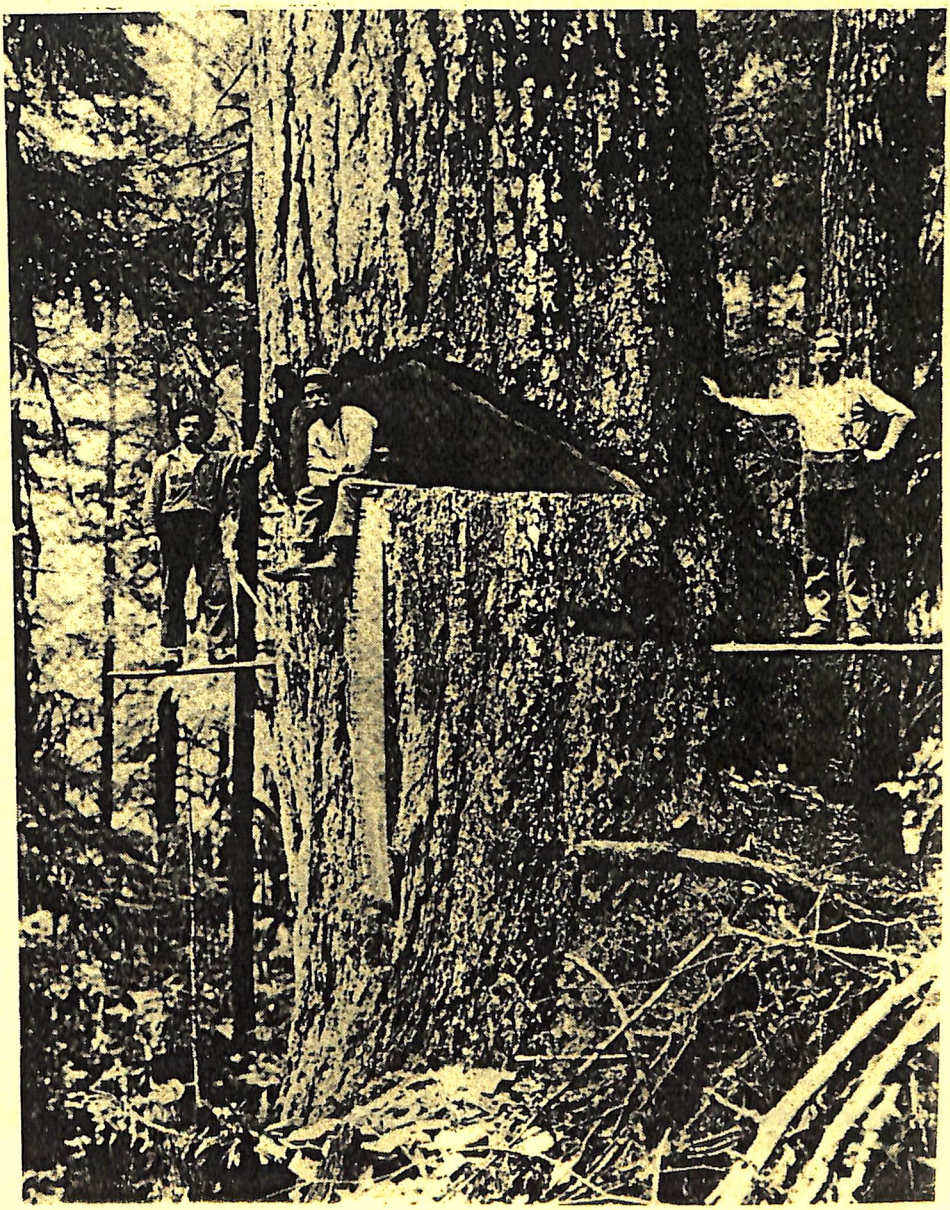
Wildcat - Zirkular

Nr.18 August 1995



Inhalt:

Editorial.....3
Die Razzien des Arbeitsamtes helfen nicht uns, sondern.....5
Interview mit einem Bauarbeiter.....10
Übersetzung aus "Aufheben" - Niedergänge 3.Teil.....15
Besprechung eines Buches von M.Postone.....34
Artikel zur Debatte ums Existenzgeld.....42
Über die Surfer dieser Welt.....46
Über Ausbeutung und Selbständige.....48
"Der neue Mensch bei VW" und das VW-Modell
- Träumereien des VW Managements.....55
Der Fußgänger als natürliche Feindin.....65
In den Gemächern der Bourgeoisie.....69
Interview mit einer Hamburger Lehrerin.....73

Kontakte:

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030 / 612 1848
West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn
Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel. & Fax: 0621 / 629 5271
Wildcat, Postlagerkarte 172 649 E, 79001 Freiburg
Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

Abo: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P. Müller

Regen und Gewitter brachten noch die Abkühlung, um einigermaßen verträgliche Arbeitsbedingungen für die Herstellung des Zirkular 18 zu gewährleisten.

Auf dem Treffen in Sylt wollen wir versuchen, die in den verschiedenen Städten sicher unterschiedlich angelaufene Kampagne zu den bzw. gegen die Razzien weiter zu entwickeln. Leider sind nur wenig Berichte über die unterschiedlichen Erfahrungen aus den Städten eingetroffen. Noch können wir die Lücke nicht recht füllen, die sich zwischen den Diskussionen um Funktion, Zweck und Ziel der Razzien und einer daraus resultierenden praktischen Organisierung auftut.
Bei den bisherigen Debatten mit VertreterInnen »aus der Linken« ist es ein wichtiger Punkt gewesen, staatlichen Plan und staatliche Regulierung zurückzuweisen. *»Die Ohnmacht im Klassenkampf ist (k)eine Legitimation für die Razzien«*, **Zitat aus dem Artikel zu den Razzien S.5.** Nicht nur zu sagen, daß die Razzien gegen die ArbeiterInnen gerichtet sind (obwohl auch das nicht selbstverständlich ist!), sondern auch den allgemeinen Widerspruch zwischen (staatlicher) Planung und Aktivität der ArbeiterInnen herauszuarbeiten. Nicht die Organisierung der Ausbeutung oder der Arbeit ist Inhalt revolutionärer proletarischer Organisierung, sondern deren Überwindung und Abschaffung.
Der Artikel von »Aufheben« auf S.15 und die Besprechung von Postones' Buch auf S.34 widmen sich diesem Thema erstmal theoretisch. Aufheben kritisiert jeglichen positiven linken Bezug auf einen (staatlichen) Plan, denunziert ihn als kapitalistischen Plan und fordert den Bezug auf die Organisierungs- und Kampfformen der ArbeiterInnen. An dem Artikel wird deutlich, daß wir unsere in den ersten Zirkularen begonnen Debatte um eine revolutionäre Krisentheorie zwar verschieben können, wir bei unseren Aktivitäten aber immer wieder auf die dort angerissenen Probleme stoßen.
Der Artikel von Aufheben stellt zwar einige richtige Fragen, skizziert den Rahmen einer notwendigen Untersuchung, aber sie bleiben bei einer historischen Kritik hängen. Der Artikel dringt noch nicht zu konkreten aktuellen Fragestellungen unserer heutigen Situation vor. Das wird in dem Artikel zu den Razzien angegangen. Hinzu kommt **ein Interview auf Seite 10** mit einem Bauarbeiter, indem die nicht seltene Form von Sabotage beschrieben wird, mit der die Arbeiter auf die Abzockereien der Firmen reagieren. Auch gegen diese Aktonen richten sich die Razzien.
Eine entscheidende Veränderung in der Klassenstruktur, die rapide Ausbreitung von **»Selbständigen« in allen möglichen Bereichen, behandelt der Beitrag auf Seite 48.**
Auch der Artikel zu den Diskussionen um **das sog. Existenzgeld auf Seite 42 und die Darstellung der abstrusen Träumereien des VW Managements Seite 55.** drehen sich um aktuelle Versuche des Kapitals, die Ausbeutung zu reorganisieren. Diese aktuellen Versuche werden auch in linken Kreisen oft positiv gesehen (z.B. das VW-Modell). Die Einleitung zu der Besprechung des Buches von Postone

erklärt das damit, daß in linken Kreisen zwar gerne über »den Wert« oder »die Abschaffung der Arbeit« philosophiert wird, aber den »konkreten ArbeiterInnen« immer die »Liebe zur Arbeit« unterstellt wird. Die Besprechung Postones' Buch von Chris Arthur ist schon starker Tobak, aber die Einleitung zeigt, was diese Problematik mit unseren Auseinandersetzungen zu tun hat. Den Kampf gegen die Arbeit sollten wir nicht abstrakten Theoretikern »überlassen«, die dann doch immer wieder Mist verbraten, wenn es um eine konkrete Organisierung gegen die Arbeit geht.

Zu so einer Organsierung gegen die Arbeit gehört aber auch eine Auseinandersetzung über die Schwächen unserer Kampagne. Was bis jetzt aus den einzelnen Städten rübergekommt, ist, daß wegen fehlender Kontakten in den von Razzien betroffenen Bereichen, erstmal eine Auseinandersetzung mit der antirassistischen- und Gewerkschaftslinken angefangen hat. Erstere sind vielleicht durch die Organisierung der diversen Kampagnen gegen die Abschaffung des Asylrechts, gegen die Zwangsverpflegung erstmal ausgepowert. Sie »honorieren« den antirassistischen Zug der Kampagne, »Illegalisierte« und »Prekäre« sind noch am ehesten Subjekte eines antirassistischen Klassenbezuges, aber sie werden erst »mitziehen«, wenn wir Vorschläge machen. Dazu müssen wir konkreter über die unterschiedlichen Schwierigkeiten in unseren Städten reden. Wir sind uns darüber einig, daß die Stoßrichtung der Kampagne richtig ist, aber oft ist unklar was getan werden muß: Flugblätter an den Baustellen, »für die Linke«, Organisierung eines »Zentrums gegen Razzien«, oder am besten alles gleichzeitig. Das alles bedeutet einen Haufen Arbeit.

Unsere Diskussionen z.b. über die Einschätzung der Entsenderichtlinie (siehe Artikel zu den Razzien) ist auch wegen den mangelnden Kontakten schwierig. So hat hier ein momentan nicht auf dem Bau arbeitender Genosse zu der Entsenderichtlinie gemeint, die ja nur für das Bauhauptgewerbe gilt, diese Regelung könne schon deswegen nichts mit einer »Durchsetzung von Mindeststandards« zu tun haben, da es bei der aufgesplitterten Arbeit auf dem Bau gang und gäbe wäre, daß ein (Sub)Unternehmer es schon irgendwie trickst, den Auftrag unter Baunebengewerbe laufen zu lassen.

Dann gibt es noch **2 Geschichten aus der Horrorwelt der Ausbeutung Seite 65 und Seite 69** und ein **Interview mit einer Lehrerin über Initiativen in der Geisterbahn der Pädagogik auf Seite 73.**

So, wir denken es gibt zwar noch keinen Guß, aber einiges Material, um gut gerüstet in die kommenden Auseinandersetzungen zu gehen.

die Freiburger Zirkularredaktion

Die Razzien des Arbeitsamts helfen nicht uns, sondern nur den Unternehmern!

In den letzten drei Jahren hat die Zahl der planmäßig und im großen Stil durchgeführten Razzien von Fahndern des Arbeitsamtes, des Zollamts und der Polizei stark zugenommen. Sie präsentieren sich dabei als Helden im Kampf um die Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Geschickt wird in Presseerklärungen und Artikeln die Jagd auf »Ausbeuter« und »betrügerische Arbeitgeber« in den Vordergrund gestellt. »Lohndumping«, »skrupellose Menschenhändler«, »skandalöse Verhältnisse« bei der Unterbringung - diese Stichworte sollen der Öffentlichkeit vorführen, daß mit den Razzien nur die besten Absichten verfolgt werden. Dann erscheinen auch die im Nachsatz erwähnten Festnahmen und Abschiebungen von ArbeiterInnen als bedauerliche Begleiterscheinung des unermüdlichen Einsatzes gegen die »Ausbeutung«. Zum Beispiel so:

»Insbesondere auf Baustellen stießen die Ermittler wiederholt auf skandalöse Verhältnisse. Drahtzieher sind häufig skrupellose Menschenhändler: So mußten auf einer Berliner Großbaustelle 65 osteuropäische Arbeitnehmer vorläufig festgenommen werden, von denen 51 weder eine Arbeits— noch eine Aufenthaltserlaubnis hatten. Sie arbeiteten zum Teil für einen Stundenlohn von 75 Pfennigen und waren von Briefkastenfirmen verliehen worden. Aussicht auf eine leistungsgerechte und deutschem Tarifrecht entsprechende Entlohnung besteht nicht; die Arbeitnehmer wurden bereits überwiegend in ihre Heimatländer abgeschoben.«

(Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 66/1993 vom 14. Oktober 1993: Neue Schwerpunktaktion gegen Mißbrauch)

Das Kölner Boulevard-Blatt »Express« titelte nach einer Razzia in einer kleinen Näherei: »Razzia: Polizei befreite Kölner Arbeitssklaven.« Für zwei Arbeiter bedeutete ihre »Befreiung« die Festnahme und Abschiebehaft!

Die Ohnmacht im Klassenkampf ist (k)eine Legitimation für die Razzien

Nicht nur staatliche Stellen, sondern auch Gewerkschaften und gutmeinende Menschen halten die Razzien für notwendig, zeigen »Schwarzarbeit« und »illegale Ausländerbeschäftigung« an und hetzen den ArbeiterInnen damit die Bullen auf den Hals. Die Einrichtung einer 150 Mann starken Sondertruppe beim Berliner Arbeitsamt, die im Rahmen eines Pilotprojekts noch systematischer Jagd auf »Illegale« betreiben soll, wird von der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden ausdrücklich begrüßt. Sie hält die staatliche Kontrolle für die einzige Möglichkeit, die von ihr selber ausgehandelten Lohntarife durchsetzen zu können, und behauptet, damit in erster Linie die Unternehmer zu treffen. In einem Interview mit der JUNGEN WELT auf die Beteiligung an der Menschenjagd angesprochen rechtfertigt sich ein Gewerkschaftsfunktionär: »Das ist ja der Vollzug einer Kontrolle, die sich im Endeffekt an den Arbeitgeber richtet. Natürlich ist der Arbeitnehmer immer in

solche Kontrollen miteinbezogen.« (JW, 27.6.95) »Miteinbezogen« - welch gekonnte Verharmlosung! »Miteinbezogen« heißt konkret: Festnahme, Knast, Abschiebung. Und die Gewerkschaft weiß selber nur zu gut, daß die Razzien den Unternehmern nicht ernstlich schaden. Ein Beamter des Bundessozialministeriums auf die Bußgelder für die erwischten Unternehmer angesprochen: »Die bezahlen die locker aus der Portokasse, weil bei der Beschäftigung von Illegalen soviel herauskommt.« (in JW vom 16.6.95) In ihren Handlungsanleitungen für Betriebsräte rief die IG BSE schon früher zur Denunziation auf:

»Liegt dem Betriebsrat ein begründeter Verdacht vor, daß illegale Beschäftigung stattfindet, sollte er sich grundsätzlich mit der IG BSE in Verbindung setzen. In Zusammenarbeit mit uns werden dann die weiteren Schritte (zum Beispiel Anzeige beim zuständigen Stützpunktarbeitsamt zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung beziehungsweise Polizei oder gegebenenfalls Finanzbehörden) eingeleitet.« (BSE-inform, Nr. 2/92)

Auch in linken Kreisen herrscht Verwirrung über die Razzien: »Irgendetwas muß doch getan werden gegen das zunehmende Unterlaufen von Tarifverträgen und gegen die Billiglohnarbeit?« Oder: »Wenn ihr gegen die Razzien seid, unterstützt ihr dann nicht gerade die Unternehmer bei der Ausbeutung?« Fragen, die wir überraschend oft zu hören bekommen, seit wir den Vorschlag einer breiten Kampagne gegen die Razzien gemacht haben. Als kürzlich 300 polnische ArbeiterInnen in Frankfurt/Oder vom BGS wegen der Absicht »illegaler« Arbeitsaufnahme abgeschoben wurden, begrüßte auch die örtliche PDS diese Maßnahme. So wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen ruft man nach dem regulierenden Staat anstatt sich selber zu bewegen und auf die eigene Stärke zu vertrauen. Zugegeben, um die ist es im Moment nicht gut bestellt, aber ist das ein Grund auf Vater Staat zu hoffen? Und zweitens, wie vereinbart sich eine Absicherung sozialer Mindeststandards durch den Nationalstaat und seine Politik der Ausgrenzung mit dem gleichzeitigen Kampf für ein Aufenthaltsrecht von Menschen aus dem Ausland und gegen die Abschiebeknäste? In Frankfurt/Oder ließen sich die ArbeiterInnen aus Polen ihre Festnahme und anschließende Ausweisung nicht einfach gefallen. Sie besetzten die Stadtbrücke und blockierten eine Stunde den Grenzverkehr. Wäre es nicht sinnvoller, solche Kampfansätze zu unterstützen und an den Arbeitsplätzen zu diskutieren, wie wir gemeinsam gegen die Unternehmer vorgehen können? – Anstatt darauf zu hoffen, der Staat würde durch gesetzliche Mindestbedingungen und Razzien verhindern, daß die Unternehmer die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen zur Verschlechterung der Bedingungen für alle ausnutzen!

Razzien schützen nicht die sozialen Standards, sondern befördern die Lohnsenkung und Arbeitsintensivierung für alle!

Daß dem Staat an der Absicherung eines bestimmten sozialen Standards gelegen sei und er diesen notfalls auch mit Razzien sichern wolle, ist eine verhängnisvolle

Illusion. Diese oberflächliche Sichtweise fällt auf die Propaganda des Arbeitsamtes herein, das mit seinem Kampf gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse prahlt. Auf die konkrete Wirksamkeit von Razzien angesprochen, gestehen die Fahnder sofort ein, daß sie den Unternehmern am wenigstens weh tun. Die rechtlichen Anforderungen an eine empfindliche Bestrafung sind so formuliert, daß sie im Zweifel nicht beweisbar sein werden: Beschäftigung von mehr als fünf nichtdeutschen Arbeitnehmern ohne Arbeitserlaubnis länger als 30 Kalendertage zu Arbeitsbedingungen, »die in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Arbeitsbedingungen deutscher Arbeitnehmer stehen« (Paragraph 227a AFG).
Was kommt also tatsächlich bei den Razzien heraus? In erster Linie die Einknastung und Abschiebung von ArbeiterInnen. Und dies betrifft nicht nur diejenigen, die bei einer Razzia erwischt werden. Die ständige Drohung schüchtert alle ein und läßt sie stillhalten. Außerdem verhindert es, daß sich die ArbeiterInnen hier dauerhaft niederlassen - was sehr schnell dazu führen würde, daß sie höhere Löhne und bessere Bedingungen fordern. Eine solche Entwicklung, wie sie im Zuge der »Gastarbeiteranwerbung« in den 60er Jahren einsetzte[1], soll heute gerade verhindert werden - und dafür sind die Razzien ein notwendiges Mittel. Die Unternehmer benutzen das damit geschaffene Klima der Angst oder erzeugen es durch anonyme Denunziation und darauf folgende Razzien selber, um die Löhne niedrig zu halten und die Arbeit zu intensivieren. Und die »legalen« ArbeiterInnen können dann wiederum damit erpreßt werden, daß sie jederzeit durch solche gefügigen (vom Staat gefügig gemachte!) ArbeiterInnen ersetzbar seien. 1990 starben 260 Arbeiter bei Unfällen auf Baustellen. 1992 und 1993 waren es zusammengenommen schon tausend! Und das sind nur diejenigen, die von der offiziellen Statistik erfaßt werden. Die Razzien machen die Baustellen nicht sicherer - im Gegenteil, erst durch die juristische »Illegalisierung« und die anschließende Verfolgung durch den Staat wird erklärbar, warum sich die ArbeiterInnen dermaßen tödliche Arbeitsbedingungen bieten lassen.
Obwohl in den letzten Jahren die »illegale Ausländerbeschäftigung« ins Zentrum der Razzien gerückt ist, zielen sie auch auf die einheimische »Illegalität«, also »Schwarzarbeit« und »Sozialbetrug« durch gleichzeitigen Bezug von Arbeitslosen-

---

1 »Das Dilemma liegt eben da, wo wir im Begriff sind, den Ausländer qualifizierter einzusetzen, wo wir ihm die Möglichkeit geben, aus der Gemeinschaftsunterkunft überzusiedeln in die eigene Wohnung und seine Familie nachzuholen. In diesem Moment, in dem spätestens der gleiche soziale Status erreicht ist, wie der einheimische Arbeiter ihn hat, schwindet der Effekt in arbeitsmarktpolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht«, schrieb der Industriekurier am 17.7.1965 und formulierte damit klar, daß eine ständige Fluchtsituation, ein nicht legalisierter oder von vornherein befristeter Aufenthalt die besten Voraussetzungen für den gewünschten »arbeitsmarktpolitischen Effekt« sind. Die heutige Einwanderung ist anders als die in den 60er Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Umkrempelung der Arbeitsmärkte zu mehr Flexibilität und Prekarisierung - ein breites illegalisiertes Arbeitsmarktsegment ist daher politisch gewollt.

oder Sozialhilfe. Auch dies ist Flankenschutz für die unternehmerischen Bemühungen, die Arbeitsbedingungen und die Löhne grundlegend zu ihren Gunsten zu verändern. Hier taucht zuweilen ein Konflikt zwischen Staat und Einzelunternehmern auf - aber einer, der sich um den effektivsten Weg zur Durchsetzung des Arbeitszwangs dreht.
Die Unternehmer weichen vor der Weigerung hiesiger Arbeitsloser, bestimmte Jobs zu machen, auf das größer gewordene Angebot ausländischer Arbeitskraft aus und zeigen damit, was für Löhne und Arbeitsbedingungen sie auch in der BRD gerne hätten. Der Staat hat dem durch die Einführung neuer Kategorien wie Saisonstatut und durch den Abschluß internationaler Verträge seit 1988 Rechnung getragen. Verstärkt seit 1990 hat er von der Grundgesetzänderung bis hinunter zur Ausführungsverordnung ein Gestrüpp von verschiedenen Aufenthaltsgenehmigungen, Ausnahmen, Fristen, Zuständigkeiten, Querverweisen, Tatbeständen und Strafmöglichkeiten geschaffen, bei dem fast niemand mehr durchblickt. Dadurch ist eine komplizierte Grauzone entstanden, die zum Einstieg in »illegale« Verhältnisse dient, welche den »grauen« Bereich weit übertreffen. Natürlich steht in keinem Gesetz und keiner Verordnung, daß damit die Schwarzarbeit gefördert werden soll, aber Fakt ist, daß der Staat damit ein Programm der kontrollierten Illegalisierung betrieben hat. Auf der anderen Seite hat der Staat durch die sozialen Operationen und Kürzungen der letzten zehn Jahre die Zumutbarkeit und den finanziellen Druck zur Annahme jeder Arbeit gesteigert.
Um sich diesem Druck zu entziehen und ihr Einkommensniveau halten zu können, kombinieren viele Leute den Bezug von Sozialleistungen mit ein bißchen Schwarzarbeit - so wie sie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl zum Überleben nutzen. Die Razzien richten sich auch gegen diesen, individuellen Versuch, dem intensivierten Arbeitszwang zu entfliehen. In der Konsequenz sollen die bereits ansässigen ArbeiterInnen dazu gebracht werden, verschlechterte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, wie sie von den Unternehmern heute mit dem Einsatz ausländischer ArbeiterInnen vorgeführt werden. Das wurde in der Diskussion um den Ernteeinsatz von Arbeitslosen deutlich, oder an dem jüngsten Vorschlag, die Höhe der Arbeitslosenhilfe an dem jeweiligen »Marktwert« der Arbeitskraft zu berechnen. Mit dem letzten Einsparungsvorschlag wird vom Staat klar gesagt, daß es in der nächsten Zeit nur um eine Verschlechterung gehen kann. Und die betreibt der Staat selber, z.B. mit der Absenkung der ABM-Förderung, die fast immer zu Lohnsenkungen durch die Projektträger führt. Den Unternehmern geht dies nur nicht schnell genug. Durch die Ausbeutung ausländischer ArbeiterInnen und das Unterlaufen noch geltender Standards mit Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit machen sie ihre Forderung nach einem radikaleren Umbau des Sozialstaats deutlich. Der Staat folgt diesen Forderungen, will aber die Verschlechterungen rechtlich regeln, um unkontrollierbare Konflikte zu verhindern. Er vertritt also nur den »ideellen Gesamtkapitalisten«, der bei der Intensivierung der Ausbeutung die politische Stabilität im Auge behalten muß.

Razzien und Entsenderichtlinie - Antwort auf drohende Kämpfe

Kran- und Baustellenbesetzungen durch ausländische Bauarbeiter waren im letzten Jahr nur die Spitze des Eisbergs. Unterhalb von solchen spektakulären Aktionen haben die ausländischen Arbeiter den Boom auf deutschen Baustellen dazu benutzen können, deutliche Lohnsteigerungen für sich durchzusetzen. Dieser Lohnanstieg, mehr aber noch die Gefahr, daß spontane Aktionen der Wut sich zu breiteren, unkontrollierten Konflikten entwickeln könnten, hat jetzt auch den Deregulierungsapostel Rexroth einlenken lassen. Der Staat greift ein und plant eine gesetzliche Lohnregelung auf den Baustellen. In der Begründung für den am 17. August vorgestellten Gesetzesentwurf zu einer Entsenderichtlinie, nach der allgemeinverbindliche Tarifverträge im Baugewerbe auch für ausländische Unternehmer und Arbeiter gelten sollen, heißt es: »Zudem wird die Ordnungs- und Befriedungsfunktion der Tarifautonomie durch Anwendung ausländischer Bestimmungen in einem ganzen Wirtschaftsbereich untergraben.« Mit anderen Worten: dort wo die Gewerkschaft keine wirksame Regulation und Kontrolle der Kämpfe übernehmen kann - »Befriedungsfunktion«! -, muß der Staat selber einspringen.
Bei den auch im Gesetzesentwurf befürchteten »sozialen Spannungen« geht es nicht um Konflikte zwischen deutschen und ausländischen Bauarbeitern, wie sie von IG BSE und Handwerkskammer mehr herbeigeredet werden, als daß es sie tatsächlich gibt. Es geht um spontane Kampfformen, mit denen Bauarbeiter gegen die beschissenen Bedingungen vorgehen. Eins der größten Probleme für die Bauarbeiter ist in der aktuellen Situation die Nichtauszahlung der Löhne. Täglich kommt es vor, daß die oft gar nicht klar zu erkennenden Arbeitgeber in den Sub-Sub-Subunternehmerketten am Tag der Lohnzahlung verschwunden sind. In solchen Fällen sind den Unternehmern die Razzien sehr recht. So geschehen im sächsischen Schmannewitz, wo italienische Bauarbeiter vergeblich auf den Lohn von ihrem abgetauchten Subunternehmer warteten, stattdessen aber eine Razzia auf der Baustelle stattfand - ausgelöst durch eine anonyme Denunziation. Sie seien illegal, weil ihre Firma keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt habe. In diesem Fall wehrten sich die Arbeiter kollektiv, besetzten die Baustelle und blockierten den gesamten Bau. Vom Bauträger angeheuerte Ersatzarbeiter konnten überzeugt werden, keine Streikbrecherarbeit zu machen. Am Schluß bekamen die meisten ihr Geld. (Siehe die lesenswerte Reportage in der JUNGEN WELT vom 17.6.95.) Das besondere an diesem Fall ist nur, daß er in die Öffentlichkeit kam und von politischen Kräften unterstützt wurde. In vielen Fällen reagieren die Arbeiter auf den Lohnraub durch direkte Aktionen der Sabotage (fertiggestellte Arbeiten werden bei Nacht und Nebel wieder zertrümmert), durch Kranbesetzungen oder tätliche Angriffe auf ihre Bosse. Eine Gewerkschaft, mit deren Hilfe sich der Konflikt in geordnete Bahnen lenken ließe, ist hier fast kaum präsent - und die ausländischen Arbeiter hätten von ihr außer Razzien auch kaum etwas zu erwarten.

Mit Ausnahme der JUNGEN WELT und einiger lokaler (Fernseh-)Sender ignorieren die Medien die Versuche ausländischer ArbeiterInnen, sich gegen ihre Scheißbedingungen zu wehren, vollständig. Ein erster wichtiger Schritt ist also, daß wir zu allen Auseinandersetzungen hingehen, über die wir was hören. Nicht nur auf dem Bau, auch in der Landwirtschaft, in Restaurants und Kneipen, in der Gebäudereinigung, sowie im gesamten Transportbereich! Öffentlichkeit herstellen, Kontakte aufbauen hilft mit, die Abschottung in Lagern und Schlafcontainern zu durchbrechen, wohin die Unternehmer die ausländischen ArbeiterInnen gesteckt haben. Zweitens können wir versuchen, Kontaktnetze aufzubauen, also Adressen zur Verfügung stellen, Informationen über die (Kampf-)Erfahrungen der ArbeiterInnen sammeln, übersetzen und rumgehen lassen.
So wichtig diese beiden Punkte sind, richtig Power kriegen unsere Aktivitäten aber nur im Angriff auf den Gesamtzusammenhang. Wenn wir nicht in die Ecke der betreuerischen Sozialarbeit oder (schlimmer noch!) des Aufbaus alternativer Gewerkschaftsstrukturen geraten wollen, müssen wir in der Lage sein, unseren Kampf gegen die Razzien mit der breiten Thematisierung des Gesamtangriffs auf alle Lebens- und Arbeitsbereiche zu verbinden: Kürzungen bei AL-Geld und Sozi, massive Verdichtung der Arbeit auf den Baustellen, in den Fabriken und anderswo.

Der Staat flankiert den Angriff der Unternehmer auf Alle

Die Entsenderichtlinie, auf die jetzt manche ihre Hoffnung setzen, soll dagegen diese ersten Kampferfahrungen wieder zunichte machen und das Problem dem Staat überlassen. Sie wird auch die weitere Absenkung der Löhne nicht verhindern, im Gegenteil: als Mindestlohn soll der unterste Tariflohn für unqualifizierte Bauarbeit festgeschrieben werden. Das jetzt vorgeschlagene Gesetz regelt lediglich, daß diese bei Allgemeinverbindlichkeit auch für alle Bauarbeiter aus dem Ausland gelten. Die Begründung des Gesetzes enthält einen deutlichen Fingerzeig an die Tarifparteien: Es läge nun an ihnen, entsprechende »unterste Lohngruppen« zu vereinbaren. Und warum sollte die IG Bau an dem Punkt nicht kompromißbereit sein, die untersten Tarife weiter absenken oder geringere Einstiegslöhne vereinbaren, wenn sie dafür im Gegenzug für die hier Ansässigen und von ihr organisierten Arbeiter eine etwas bessere Regelung für das gerade in der Diskussion stehende Schlechtwettergeld herausschlägt? Dem Entwurf zufolge ist das Gesetz auf zwei Jahre befristet, »da das unterschiedliche europäische Lohnniveau kein auf Dauer unveränderliches Merkmal der Baubranche darstellt«. Was ist damit wohl gemeint? Daß in zwei Jahren in Portugal, wo auf den Baustellen zur Zeit massenhaft Arbeiter aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien zu Billiglöhnen eingesetzt werden, die Tariflöhne der deutschen IG Bau gelten? Oder daß die Löhne hier weiter in den Keller sacken und sich den portugiesischen, italienischen oder irischen angleichen? Der Gesetzesentwurf muß es nicht so

deutlich formulieren, denn alle wissen, wohin der Zug im Moment fährt. Die Entsenderichtlinie könnte also die Tarifstruktur im Baugewerbe nach unten aufbrechen, und das gilt dann auch noch nach den zwei Jahren!

F.

»Weimarer Bedingungen in der Bauindustrie«, ein Gespräch mit Tim

Tim ist ein junger Ire, Straßenmusiker und lebt in einer Stadt im Süden der BRD. Seit er im November 1993 hier angekommen ist, hat er sich nicht um eine permanente Aufenthaltserlaubnis gekümmert, er ist soetwas wie ein »permanenter Tourist«.
Diesen Mai hat er einen Anruf von Bruce erhalten, der schon etwas länger in der BRD ist und den er aus der Musikerszene kennt. Bruce arbeitete gerade auf einer Baustelle in Thüringen, zusammen mit Sean, den Tim über Bruce ebenfalls kennt. Sean ist seit Jahren immer mal wieder in der BRD. Ob Tim eine Arbeit wolle zu 25 DM pro Stunde, bis hin zu 1000 DM in der Woche - ohne das Fragen gestellt werden. Geld konnte er gebrauchen, so sagte er zu und reiste mit Sean zu der Baustelle. Sean hat eine Menge Kontakte in den Bausektor und hatte für Bruce die Stelle besorgt. Tim hat keine Qualifizierung für den Bau.
Während der Reise setzte Sean Tim genauer ins Bild. Sean und Bruce sind beide qualifiziert, der eine ist Zimmermann, der andere Backsteinmaurer. Sie leben in der gleichen Stadt wie Tim und hatten den Auftrag übernommen, in einer Stadt nicht weit von Weimar die Betonfundamente samt Rohrleitungen für drei Häuser einer neuen privaten Wohnsiedlung zu machen. Die Häuser waren in drei Wohnungen unterteilt, vorgesehen für Eigentumswohnungen. Viele verschiedene Subunternehmer und selbständige Arbeiter waren in der Wohnsiedlung beschäftigt, die größer war als der Rest der Stadt. Die meisten der Arbeiter waren Deutsche, viele aus der Gegend. Häuser in allen Fertigungsstadien waren vorzufinden, einige waren schon bewohnt. Ein Haus stand halbfertig rum, die Gesellschaft, die es gebaut hatte, war Pleite gegangen. Die beiden anderen hatten schon auf vielen Baustellen in der BRD gearbeitet. Dieser Job sollte zwischen zweieinhalb und drei Wochen dauern. Sean und Bruce waren über eine holländische Agentur angestellt worden, die für die deutsche Firma »Land« arbeitet. Die Holländer waren nur für die Arbeitskräfte zuständig - die Ausrüstung und das Material (Beton, Rohre, Maschinen...) wurden von »Land« gestellt oder angemietet. Die drei hatten von der holländischen Firma nur die Nummer eines Mobiltelefons, sie wußten nicht,

in welcher Stadt die ist. Tim weiß gar nicht, wer für die ganze Siedlung verantwortlich war, auch nicht, wer der Boss von »Land« war - möglicherweise die Gemeindeverwaltung.
Nach der Beendigung der Arbeiten in zwei der drei Häuser sollten die zwei 6600 Mark erhalten - dann sollten sie mit dem dritten beginnen. Für »Land« war es ein Risiko, bereits nach Fertigstellung von zwei Häusern zu bezahlen, und die Burschen hatten tatsächlich geplant, danach zu verduften. Aber um sie an die Baustelle zu binden wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß es bis zu 18 weitere Häuser in der Siedlung für sie gäbe, wenn die Arbeit zufriedenstellend gemacht werden würde. Allen war klar, daß die Jungs keine Steuern oder Versicherungen bezahlen würden. Keine Dokumente oder Unterschriften wurden ausgetauscht. Sean erhielt einen Vorschuß von 750 Mark, die an das Postamt seines Aufenthaltsortes in Süddeutschland geschickt wurden.
Nach einer Woche merkten sie, daß sie in Zeitdruck gerieten, und sie beschlossen Tim zu holen. Er sollte von dem Geld bezahlt werden, was sie bekommen sollten. Sie brauchten ihn dringend, so boten sie ihm ungefähr das an, was sie sich selber bezahlten. Die holländischen Vermittler schickten ebenfalls ihren holländischen Mittelsmann - Dick, der sollte mitarbeiten und die Dinge beschleunigen. Dick war schließlich hauptsächlich als Übersetzer und Unterhändler im Umgang mit den Deutschen gut; ohne ihn waren Bruce und Sean mit »Land« nicht besonders gut klar gekommen.
Auf der Baustelle organisierten Bruce und Sean die Arbeit und erledigten die qualifizierteren Arbeiten. Tim war die meiste Zeit am Schaufeln. Sie arbeiteten durchschnittlich 12 Stunden am Tag, unterbrachen die Arbeit - gezwungenermaßen - nur bei heftigem Regen. »Land«, der meist zugegen war, wurde informiert wenn etwas gebraucht wurde. Außer Beton und Sand war auf der Baustelle generell nichts verfügbar. Sean quittierte dann die Lieferungen - immer mit falscher Unterschrift, Donald Duck oder so ähnlich. Tim denkt nicht, daß dies die Zahlungen gestört hat, aber es sollte Ihnen das Arbeitsamt vom Hals halten.
Nachts schliefen sie in zwei Wohnwägen auf der Baustelle. Dort schliefen auch fünf andere Arbeiter, die für »Land« auf der Siedlung arbeiteten: 2 Engländer, 2 Marokkaner und ein ruhiger Jugoslawe (von irgendwo aus Ex-Jugoslawien, Tim weiß nicht von wo genau). Die drei Iren teilten sich mit einem der Engländer einen Wohnwagen. Er war ausgebildeter Maurer und auf seiner ersten »Deutschlandtour«, mit Frau und Kind zuhause in Irland. Die Familie hatte versucht, in die Ruhe der Shetland Inseln zu entkommen, aber das hatte nicht geklappt. Das Kind war in der Schule rücksichtslos schikaniert worden, das Geld wurde auch knapp, und sie gingen zurück in den Süden. Auf seiner Baustelle war einer der Marrokaner der Vorarbeiter und heizte den anderen ganz schön ein. Sie hatten »Land« mehrmals um einen Vorschuß gebeten, aber außer Versprechungen war nix gekommen. Abends redeten sie über die Arbeit, soweit dies die Müdigkeit noch erlaubte, Kontakte mit den Deutschen auf der Baustelle hat es kaum gegeben.

Eigentlich wollten sie nur kurzfristig in den Wohnwägen bleiben, aber die Holländer schafften es nicht, ein Hotel zu organisieren. Nach Tim's erster Woche zogen sie in ein Hotel, daß ihnen die englischen Maurer gesteckt hatten. Es kostete mit Frühstück 25 Mark pro Nacht. Die Rechnung sollte von den vereinbarten 6600 Mark bezahlt werden.
Der Boss von »Land« zeigte sich nach Beendigung des ersten Hauses recht angetan. Eine Gruppe von sechs Maurern aus Schottland und Griechenland tauchte auf, um die Wände auf die Fundamente zu setzen, als sie mit dem zweiten Haus begannen.
Alles schien in Ordnung zu sein, aber die Dinge änderten sich. Am Ende der zweiten Woche, also Tim's erster Woche, als die Fundamente des zweiten Hauses beinahe fertig waren, wurde ihnen gesagt, daß sie zu langsam wären. Sie sollten 5400 Mark für die bereits getane Arbeit erhalten, außerdem würde die holländische Firma die Hotelrechnung übernehmen. Das war eine seltsame Geschichte, erschien aber als ein guter Handel. Mehr als zwei Drittel des vereinbarten Geldes für weniger als zwei Drittel der vereinbarten Arbeit. Das Geld sollte bis Samstag Vormittag um elf Uhr auf dem Postbüro in Weimar eintreffen. Die Jungs rochen aber den Braten, auch weil sich Mittelsmann Dick alle Mühe gab um zu verhindern, daß sie mit den neu eingetroffenen Maurern aus England sprachen. Dick wollte sie sogar dazu bringen, Weimar zu verlassen und das Geld auf dem Postbüro ihres Aufenthaltsortes in Süddeutschland in Empfang zu nehmen. Freitags tauchte der Boss von »Land« auf und schnappte sich die Laser-Wasserwaage, das wertvollste Stück auf der Baustelle, auch ein Zeichen, daß was schief lief. Tim wollte von Dick 15 Mark für ein Zugticket nach Hause. Er sollte sein Geld ja von Sean und Bruce erhalten, er sah keinen Grund ebenfalls zu warten. Dick sagte das Geld zu, verschwand dann aber auf nimmerwiedersehen. Tim rief seine Freundin an, sie sollte ihm Geld auf das Postbüro überweisen, damit er in jedem Fall Reisegeld zur Verfügung hat.
Die Jungs verbrachten eine unruhige Nacht im Hotel. Hatten sich »Land« oder die Holländer aus dem Staub gemacht? Zumindest »Land« mußte wissen, daß kein Geld eine ruinierte Baustelle bedeuten würde? Sean hatte schon früher einmal auf einer Baustelle mit Gewalt drohen müssen, um sein Geld zu bekommen, ruinierte Baustellen kannte er auch. Sie hatten Geschichten von Bauunternehmern gehört, die nicht bezahlt hatten und dann von ihren Arbeitern verprügelt worden waren. Dick hatte ihnen erzählt, daß er selber mal davonrennen mußte, als er den Leuten auf einer Baustelle eröffnet hatte, daß sie kein Geld sehen würden. Außer warten war erstmal wenig zu tun, sie wollten nicht zu früh etwas unternehmen, da die versprochene Kohle ein guter Batzen war. Am nächsten Morgen waren sie zumindest nicht darauf angewiesen, die Hotelrechnung zu prellen, denn der Holländer hatte die Hotelrechnung beglichen. Sie waren aber auch erst zwei Tage dort gewesen. Samstag Morgen gingen die drei zusammen mit den Maurern zum Postamt. Die Maurer erwarteten einen Vorschuß über 1000 Mark (für alle sechs!,

gerade genug für's Essen, aber für nichts darüber raus). Tim's Freundin hatte das Geld geschickt, aber weder erhielten Sean und Bruce ihre 5400 Mark, noch gab es Geld für die Maurer. Als sie die holländische Agentur anriefen, gab es die Nummer bereits nicht mehr. Tim entschloß sich, sein 15-Mark Ticket zu kaufen und nach hause zu fahren. Bruce besorgte sich mit Straßenmusik ein wenig Geld.
Sean, Bruce und Tim trafen sich später am Tag nochmal. Sean und die Maurer waren zur Baustelle zurückgekehrt und hatten den geliehenen Kran ruiniert, die frischen Mauern demoliert, eben auf der Baustelle ihre Wut abgelassen. Soweit die Jungs wußten, würde in den Papieren nichts über sie zu finden sein. Aber Bruce und Sean waren um 3650 Mark beschissen worden, Tim um 1000, und die Maurer befanden sich mit leeren Taschen in einem fremden Land. Sean und Bruce nahmen die Maurer mit zum »Irish House« nach Frankfurt. In diesem Haus werden billige Zimmer vermittelt und Jobinformationen weitergereicht. Wer den Ladens betreibt, weiß Tim nicht, aber anscheinend ist es weder der deutsche noch der irische Staat. Vielleicht ist es irgendeine kulturelle Organisation, oder sowas wie eine Partnerschaftsorganisation? Auf jeden Fall fanden sie hier jemanden, bei dem sie schlafen konnten. Bevor sie sich trennten, gaben die zwei Iren den anderen eine Liste der Arbeitsbestimmungen auf deutschen Baustellen. Momentan setzen die zwei Iren und die Maurer auf einer Baustelle in Frankfurt Fenster ein. Anscheinend hatten die Maurer den Job gefunden und den beiden anderen den Tip gegeben.
Tim hatte nix gegen die Arbeit, obwohl sie hart war. Die Unsicherheit war das Schlimme, die ging an die Nerven, ebenso die Bescheißerei. Sean und Bruce sind diese Geschichten gewöhnt - Probleme mit dem Lohn sind nichts besonderes, aber Tim will nicht wieder auf dem Bau arbeiten.
Im Nachhinein betrachtet war es wohl so, daß sich die Holländer und »Land« darin einig waren, keinen Lohn zu zahlen; »Land« hatte die Wasserwaage entfernt und Dick hatte sich komisch benommen. Allerdings konnte es »Land« nicht vor der Rache der Arbeiter schützen, daß er sich der Holländer bedient hatte. Die 5400 Mark waren wohl nur versprochen worden, um die Jungs dazu zu bringen, nicht früher zu handeln, daß Hotel war bezahlt worden, weil es wieder gebraucht wurde, meint Tim. Die Arbeiter waren zu entbehren. Hätten sich die Jungs besser schützen können? Aber niemand zahlt Gelegenheitsarbeitern den Lohn im voraus! Und zunächst hatte es keinen Grund zur Beunruhigung gegeben.
Wie könnte eine Zusammenarbeit unter Bauarbeitern aussehen? Eine schwarze Liste mit den Namen von Abzockerfirmen rumgeben? Die Idee ist o.k., meint Tim. Er betont aber, viele Arbeiter wären verzweifelt genug, um sich auf dubiose Absprachen einzulassen, da sie Geld an ihre Familien zu hause schicken, nicht mit leeren Händen aus Deutschland zurückkommen wollen. Sean hat in Irland einen Freund, der in einem der Büros arbeitet, die für »korrekte« Arbeitsbedingungen »sorgen« sollen, und er hat sich überlegt, die entsprechende Instanz zu den Arbeitsbedingungen hier aufzutreiben - um z.B. Informationen über die Kreditwürdigkeit einer Firma zu bekommen. Aber für die meisten Leute aus Irland oder GB

ist die Sprache das Haupthindernis.
Normalerweise ist in einer deutschen Stadt das »Irish Pub« eine Art inoffizielles Arbeitsamt - Informationen über Jobs oder linke Firmen werden unter den irischen und britischen Leuten weitergegeben. Die meisten Leute aus Irland finden sich in Berlin. Aber wie gut zirkulieren die Infos unter den verschiedenen Sprachgruppen? Möglicherweise ist es ein Job von AktivistInnen, etwas zur Überwindung solcher Grenzen beizutragen. Wenn Rassismus auf deutschen Baustellen zum Problem wird, so taucht er meist als Alibi bei persönlichen Schwierigkeiten auf, meint Tim - wenn du mit jemanden nicht klar kommst, dann wird es auf dessen Nationalität geschoben.

Zusammenbruch:
Die Theorie des Niedergangs oder der Niedergang der Theorie?
- dritter Teil –

Einleitung: das bisher Gesagte

Unsere geduldigeren und eifrigeren LeserInnen werden es wissen, Thema dieses Artikels sind die Theorien über den Niedergang oder den Zusammenbruch des Kapitalismus. In den beiden ersten Teilen haben wir die Spuren der Entwicklung dieser Theorien über den Niedergang des Kapitalismus genauer verfolgt, die in den letzten hundert Jahren aus dem Marxismus und anderen revolutionären Strömungen hervorgegangen sind. In diesem letzten Teil bringen wir eine kritische Besprechung der jüngsten dieser Zusammenbruchsstheorien, und zwar jene, die von den *Radical Chains* vertreten wird. Aber bevor wir deren neue Theorie über den Niedergang des Kapitalismus betrachten, werden wir für unsere weniger geduldigen und eifrigen LeserInnen die ersten beide Teile kurz referieren.
Im ersten Teil haben wir gesehen, wie und warum diese Zusammenbruchstheorien die Konzeptionen über die Krise des Kapitalismus und deren Verhältnis zum Übergang zum Sozialismus oder Kommunismus, in den revolutionären Analysen des Kapitalismus im 20.Jahrhundert eine entscheidende Rolle inne hatten. Wir haben gesehen, die Vorstellung eines Kapitalismus', der sich in verschiedener Hinsicht im Niedergang befindet, entstammt dem klassischen Marxismus, wie er von Engels und der 2.Internationalen entwickelt worden ist.
Zu Zeiten der revolutionären Bewegung, die den 1.Weltkrieg beendete, identifi-

zierten die radikaleren Marxisten die Theorie vom Niedergang des Kapitalismus als die objektive Basis für eine revolutionäre Politik. Als Orientierung beriefen sie sich auf die Auffassung von Marx daß, »ab einem gewissen Stand der Entwicklung, die Produktivkräfte einer Gesellschaft mit den Produktionsverhältnissen in Konflikt kommen. Von Formen der Entwicklung der Produktivkräfte, werden sie zu ihren Fesseln... Dann beginnt die Zeit der sozialen Revolution«.[1]
Sie argumentierten, daß der Kapitalismus in diese Phase eingetreten sei und sich dies in seiner permanenten Krise und der objektiv klaren Bewegung hin zu Zusammenbruch und Kollaps ausdrücken würde. Im Kielwasser der Niederlage der revolutionären Bewegung, die dem 1.Weltkrieg folgte, wurde für diese Traditionen die Annahme eines sich im Niedergang befindlichen Kapitalismus zum Glaubensgrundsatz. Diese Traditionalisten reklamierten für sich den Anspruch, den »richtigen Marxismus« gegen dessen Verräter – zunächst die reformistische Sozialdemokratie, dann die Stalinisten – zu verteidigen.
Für die Linkskommunisten war die Vorstellung entscheidend, daß der Kapitalismus 1914 mit dem Ausbruch des Krieges in der Phase des Niedergangs angelangt war, da es Ihnen dadurch möglich wurde, eine kompromißlose revolutionäre Position zu behaupten und zugleich für sich in Anspruch zu nehmen, die Weiterentwicklung der wirklichen orthodoxen marxistischen Tradition zu repräsentieren.[2] Die reformistischen Aspekte der Politik von Marx, Engels und der 2.Internationalen, die zu einer Unterstützung der Gewerkschaften und der Beteiligung am Parlamentarismus geführt hatten, ließen sich für die Linkskommunisten auf Grund dessen rechtfertigen, daß sich der Kapitalismus zu dieser Zeit in seiner aufsteigenden Phase befand. Nun aber folgte dem Ausbruch des 1.Weltkrieges der Niedergang des Kapitalismus, er wäre nun nicht mehr in der Lage gewesen, der Arbeiterklasse dauerhafte Reformen zuzugestehen. Somit gab es für die Linkskommunisten in der Phase des kapitalistischen Niedergangs nur die Option »Krieg oder Revolution!«.
Für die Trotzkisten und andere Sozialisten war der Zuwachs an staatlichen Eingriffen und Planung, das Anwachsen der Monopole, die Nationalisierung der Großindustrie und das Auftauchen des Sozialstaates ein klarer Hinweis auf den Niedergang des Kapitalismus und die Notwendigkeit des Sozialismus. In der Konsequenz bestand für die Trotzkisten die Aufgabe, »Übergangsforderungen« vorwärts zu treiben, also offensichtlich reformistische Forderungen, die gerechtfertigt erscheinen, wenn davon ausgegangen wird, daß die vorherrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Widerspruch zu den Produktivkräften stehen.
Trotz anderer, fundamentaler Differenzen, die Linkskommunisten und Trotzkisten

---

[1] Aus dem Vorwort zu »Ein Beitrag...«, wir werden später auf dessen Bedeutung zurückkommen.

[2] Pannekoek war eine abweichende Stimme innerhalb der Bewegung von Links- und Rätekommunisten, die eine Theorie des Niedergangs entwickelten.

ist die Sprache das Haupthindernis.
Normalerweise ist in einer deutschen Stadt das »Irish Pub« eine Art inoffizielles Arbeitsamt - Informationen über Jobs oder linke Firmen werden unter den irischen und britischen Leuten weitergegeben. Die meisten Leute aus Irland finden sich in Berlin. Aber wie gut zirkulieren die Infos unter den verschiedenen Sprachgruppen? Möglicherweise ist es ein Job von AktivistInnen, etwas zur Überwindung solcher Grenzen beizutragen. Wenn Rassismus auf deutschen Baustellen zum Problem wird, so taucht er meist als Alibi bei persönlichen Schwierigkeiten auf, meint Tim - wenn du mit jemanden nicht klar kommst, dann wird es auf dessen Nationalität geschoben.

Zusammenbruch:
Die Theorie des Niedergangs oder der Niedergang der Theorie?
- dritter Teil –

Einleitung: das bisher Gesagte

Unsere geduldigeren und eifrigeren LeserInnen werden es wissen, Thema dieses Artikels sind die Theorien über den Niedergang oder den Zusammenbruch des Kapitalismus. In den beiden ersten Teilen haben wir die Spuren der Entwicklung dieser Theorien über den Niedergang des Kapitalismus genauer verfolgt, die in den letzten hundert Jahren aus dem Marxismus und anderen revolutionären Strömungen hervorgegangen sind. In diesem letzten Teil bringen wir eine kritische Besprechung der jüngsten dieser Zusammenbruchsstheorien, und zwar jene, die von den *Radical Chains* vertreten wird. Aber bevor wir deren neue Theorie über den Niedergang des Kapitalismus betrachten, werden wir für unsere weniger geduldigen und eifrigen LeserInnen die ersten beide Teile kurz referieren.
Im ersten Teil haben wir gesehen, wie und warum diese Zusammenbruchstheorien die Konzeptionen über die Krise des Kapitalismus und deren Verhältnis zum Übergang zum Sozialismus oder Kommunismus, in den revolutionären Analysen des Kapitalismus im 20.Jahrhundert eine entscheidende Rolle inne hatten. Wir haben gesehen, die Vorstellung eines Kapitalismus', der sich in verschiedener Hinsicht im Niedergang befindet, entstammt dem klassischen Marxismus, wie er von Engels und der 2.Internationalen entwickelt worden ist.
Zu Zeiten der revolutionären Bewegung, die den 1.Weltkrieg beendete, identifi-

zierten die radikaleren Marxisten die Theorie vom Niedergang des Kapitalismus als die objektive Basis für eine revolutionäre Politik. Als Orientierung beriefen sie sich auf die Auffassung von Marx daß, »ab einem gewissen Stand der Entwicklung, die Produktivkräfte einer Gesellschaft mit den Produktionsverhältnissen in Konflikt kommen. Von Formen der Entwicklung der Produktivkräfte, werden sie zu ihren Fesseln... Dann beginnt die Zeit der sozialen Revolution«.[1]
Sie argumentierten, daß der Kapitalismus in diese Phase eingetreten sei und sich dies in seiner permanenten Krise und der objektiv klaren Bewegung hin zu Zusammenbruch und Kollaps ausdrücken würde. Im Kielwasser der Niederlage der revolutionären Bewegung, die dem 1.Weltkrieg folgte, wurde für diese Traditionen die Annahme eines sich im Niedergang befindlichen Kapitalismus zum Glaubensgrundsatz. Diese Traditionalisten reklamierten für sich den Anspruch, den »richtigen Marxismus« gegen dessen Verräter – zunächst die reformistische Sozialdemokratie, dann die Stalinisten – zu verteidigen.
Für die Linkskommunisten war die Vorstellung entscheidend, daß der Kapitalismus 1914 mit dem Ausbruch des Krieges in der Phase des Niedergangs angelangt war, da es Ihnen dadurch möglich wurde, eine kompromißlose revolutionäre Position zu behaupten und zugleich für sich in Anspruch zu nehmen, die Weiterentwicklung der wirklichen orthodoxen marxistischen Tradition zu repräsentieren.[2] Die reformistischen Aspekte der Politik von Marx, Engels und der 2.Internationalen, die zu einer Unterstützung der Gewerkschaften und der Beteiligung am Parlamentarismus geführt hatten, ließen sich für die Linkskommunisten auf Grund dessen rechtfertigen, daß sich der Kapitalismus zu dieser Zeit in seiner aufsteigenden Phase befand. Nun aber folgte dem Ausbruch des 1.Weltkrieges der Niedergang des Kapitalismus, er wäre nun nicht mehr in der Lage gewesen, der Arbeiterklasse dauerhafte Reformen zuzugestehen. Somit gab es für die Linkskommunisten in der Phase des kapitalistischen Niedergangs nur die Option »Krieg oder Revolution!«.
Für die Trotzkisten und andere Sozialisten war der Zuwachs an staatlichen Eingriffen und Planung, das Anwachsen der Monopole, die Nationalisierung der Großindustrie und das Auftauchen des Sozialstaates ein klarer Hinweis auf den Niedergang des Kapitalismus und die Notwendigkeit des Sozialismus. In der Konsequenz bestand für die Trotzkisten die Aufgabe, »Übergangsforderungen« vorwärts zu treiben, also offensichtlich reformistische Forderungen, die gerechtfertigt erscheinen, wenn davon ausgegangen wird, daß die vorherrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Widerspruch zu den Produktivkräften stehen.
Trotz anderer, fundamentaler Differenzen, die Linkskommunisten und Trotzkisten

---

[1] Aus dem Vorwort zu »Ein Beitrag...«, wir werden später auf dessen Bedeutung zurückkommen.

[2] Pannekoek war eine abweichende Stimme innerhalb der Bewegung von Links- und Rätekommunisten, die eine Theorie des Niedergangs entwickelten.

trennten[3] und die sie öfters in eine erbitterte Opposition zueinander brachten, drückte sich für beide Richtungen die konkrete Realität der kapitalistischen Entwicklung in einer objektiven Logik hin zum Kollaps des Kapitalismus und hin zur sozialistischen Revolution aus. Die zugrunde liegende objektive Realität des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verringerte das Problem dieser Revolution auf die Organisierung einer Avantgarde oder Partei, die jene Krise nutzt, die mit Sicherheit kommen wird.

Aber statt der revolutionären Erhebung, die von den meisten Theoretikern des Niedergangs vorausgesagt worden war, folgte dem zweiten Weltkrieg der längste Boom der kapitalistischen Geschichte. Während die Produktivkräfte anscheinend schneller als jemals zuvor anwuchsen, schien sich die Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit dem gestiegenen Lebensstandard und den sozialstaatlichen Leistungen der sozialdemokratischen Abmachungen der Nachkriegszeit zufrieden zu geben. Das Bild einer unausweichlichen Krise, die Reaktionen der Arbeiterklasse mit sich bringt, erschien nunmehr belanglos.

Als schließlich der Klassenkampf wieder in größerem Umfang zurückkehrte, da nahm er Formen an, die nicht in das Schema der »alten Arbeiterbewegung« paßten: wildcat Streiks (die oft an anderen Fragen als dem Lohn ansetzten), Arbeitsverweigerung, Kämpfe in und außerhalb der Fabrik. Viele dieser Kämpfe schienen nicht durch einen Reflex auf die, durch den kapitalistischen Niedergang bedingten, ökonomischen Härten bestimmt zu sein, sondern durch einen Kampf gegen alle Formen der Entfremdung, die durch das fortschreitende Wachstum des Kapitalismus verursacht werden. Außerdem durch eine radikalere Vorstellung von dem, was jenseits des Kapitalismus sein wird, als dies die Sozialisten anboten.

In diesem Zusammenhang entstanden die neuen Strömungen, die wir im 2.Teil betrachtet haben. Strömungen wie *Socialism ou Barbarie*, die Situationisten und die Arbeiterautonomie verband ihre Ablehnung des »Objektivismus« der alten Arbeiterbewegung. Anstatt ihr Vertrauen in einen objektiven Niedergang der Ökonomie zu setzen, betonten sie den anderen Pol: das Subjekt. Diese Strömungen, nicht die alten Theoretiker des Niedergangs, erfassten am besten, was in den Vorgängen des Mai '68, des heißen Herbstes 1969 in Italien und den breiten Protesten, die sich über die kapitalistische Gesellschaft ausbreiteten, geschehen war. Diese Ereignisse waren eine revolutionäre Welle, die den Kapitalismus überall auf der Welt in Frage stellte, auch wenn es diesmal diffuser zuging als in der Periode von 1917-23.

Der Nachkriegsboom zerbrach in der 1970er Jahren. Die kapitalistische Krise kam mit Macht zurück. War es zunächst gerade der Vorzug der neuen Strömungen

---

[3] Während die Links-Kommunisten revolutionäre Positionen gegen den Trotzkismus verteidigt haben, wurde dies durch ihre rigide Konzeption der kapitalistischen Dekadenz unterminiert und erschien zunehmend dogmatisch.

gewesen, sich von den angeblichen Mechanismen der kapitalistischen Krise abgewandt zu haben, so wurde dies allmählich zur Schwäche. Ein Kapitalismus, der sich objektiv im Niedergang befindet, diese Vorstellung fand wieder Zustimmung, es kam zu einer Erneuerung der alten Krisentheorie. Gleichzeitig kam es angesichts der Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit zu einem Rückzug der Hoffnungen und Tendenzen, die diese neuen Strömungen ausgedrückt hatten.[4] Mit dem Fortschreiten der Krise geriet unter den Angriffen des Monetarismus und der breiten Wiederdurchsetzung der Arbeit eben jene Verweigerung der Arbeit, auf die sich die neuen Strömungen bezogen hatten und die von den alten Linken nicht verstanden werden konnte, ins Wanken.

Aber die verschiedenen Wiederbelebungsversuche der Theorien über die kapitalistische Krise und den Niedergang waren alle ungenügend. Die Sekten der alten Linken hatten die Bedeutung vieler der abgelaufenen Kämpfe nicht gesehen, nun waren sie sich sicher, daß die Mechanismen des kapitalistischen Niedergangs ihre Arbeit verrichtet hatten. Jetzt wäre das Kapital dazu gezwungen, den Lebensstandard der Arbeiterklasse anzugreifen und der richtige Klassenkampf würde einsetzen. »Wir verstehen die Krise, schart euch um unsere Fahne«, so konnten diese Gruppen nun auftreten. Sie glaubten, die Arbeiterklasse würde sich angesichts des Kollaps der Grundlagen des Reformismus nun ihnen zuwenden. Es gab viele Debatten über die Natur der Krise; widersprüchliche Versionen wurden angeboten, aber der erwartete Wechsel der Arbeiterklasse hin zum Sozialismus und zur Revolution blieb aus.

Dies ist die Situation, in der wir uns befinden. Die Fortschritte der neuen Strömungen, deren Konzentration auf die Selbsttätigkeit des Proletariats, auf die Radikalität des Kommunismus sind für uns wichtige Bezugspunkte, aber nichtsdestotrotz müssen wir begreifen, wie sich die objektive Situation verändert hat. Die Umstrukturierungen, die die Krise begleitet haben, der folgende Rückzug der Arbeiterklasse, läßt einige der berauschenden Träume der 68er Bewegung wenig wahrscheinlich erscheinen. Bis zu einem gewissen Grad hat sich Vorstellung, von der die Bewegung ihre Inspiration holte, verdunkelt (Immiseration?).

Wir müssen neu nachdenken, um zu erfassen, in welchem objektiven Zusammenhang sich der Klassenkampf befindet. Bourgeoisie und Staat scheinen nicht dazu in der Lage zu sein, mit den bekannten Zugeständnissen Bewegungen einzukreisen und einzuholen, so nimmt der Klassenkampf oft verzweifeltere Formen an. Angesichts eines gewissen Rückzugs des Subjektes – dem Fehlen offensiver Klassenkämpfe, besteht der Reiz, sich eine Art Krisentheorie zu eigen zu machen. In diesem Zusammenhang sind die Ideen der Zeitung *Radical Chains* von Bedeutung.

---

[4] Die Arbeiterautonomie entwickelte die beste theoretische Erwiderung, aber sie verlor ihre Dynamik als der offensive Klassenkampf zurücktrat.

Die Synthese der Radical Chains

Radical Chains haben trotz all ihrer Fehler und Unklarheiten vielleicht mehr als andere existierende Gruppen einen gemeinschaftlichen Versuch unternommen, im Kielwasser des endgültigen Zusammenbruchs des Ostblocks und dem Niedergang des Stalinismus, neu über den Marxismus nachzudenken. Sie taten dies, indem sie versuchten den Objektivismus der trotzkistischen Tradition mit den eher »subjektivistischen«, am Klassenkampf orientierten, Theorien des autonomen Marxismus zusammenzuziehen. Von der Arbeiterautonomie hat Radical Chains die Vorstellung übernommen, daß die Arbeiterklasse kein passives Opfer des Kapitals ist, sondern stattdessen dem Kapital Veränderungen aufzwingt.[5] Von dem Trotzkisten Hillel Ticktin hat Radical Chains die Vorstellung übernommen, daß solche Veränderungen mit dem Wertgesetz und dem auftauchenden »Gesetz der Planung« in Beziehung gesetzt werden müssen.

Indem sie die Vorstellung übernehmen, die gegenwärtige Phase des Kapitalismus wäre eine Übergangsphase, die durch den Konflikt zwischem auftauchendem »Gesetz der Planung« – das mit der Entstehung des Kommunismus identifiziert wird – und einem niedergehenden Wertgesetz bestimmt ist, landen die Radical Chains zwangsläufig bei einer Theorie des kapitalistischen Niedergangs. Auch wenn es eine ist, die nachdrücklich den Klassenkampf hervorhebt. Wie wir noch sehen werden, besteht das zentrale Argument von Radical Chains tatsächlich darin zu sagen, daß die zunehmende Macht der Arbeiterklasse den Kapitalismus gezwungen hat, administrative Formen zu entwickeln, die das Auftreten des »Gesetzes der Planung« – und mithin den Schritt zum Kommunismus – behindern und verzögern. Gerade dadurch wird für die Radical Chains das dem Kapitalismus eigene grundlegende Regulationsprinzip, das Wertgesetz, untergraben.[6]

---

[5] So z.B. Negris Argument, die keynesianische Ausprägung des Staates, der Vollbeschäftigung und einen höheren Lebensstandard für eine wachsende Produktivität versprach, sei die strategische Antwort auf die Drohung einer proletarischen Revolution gewesen. Siehe A.Negri (1988), *Revolution Retrieved*. London, Red Notes.

[6] Ein Teil des Problems mit den Radical Chains und Ticktin ist die Verwendung des Begriffes »Wertgesetz«. Es wird mit der Vorstellung gearbeitet, mit dem Bezug auf »das Wertgesetz« hätte man bereits festen Boden unter den Füßen. »Die Analyse setzt das Wertgesetz ins Zentrum. Zustimmung oder Ablehnung erfordert zumindest das Begreifen des Wertgesetzes«, sagen die Radical Chains. Weil Ticktin sich danach richtet, ist er für sie ein »guter Marxist«. Das Wertgesetz wird benutzt, um den Kapitalismus auf den Begriff zu bringen, es ist quasi sein Wesen. Aber wenn das Wertgesetz in dieser Art und Weise verwendet werden soll, dann muß es in seiner breitesten Bedeutung gefaßt werden, als Addition aller Bewegungsgesetze des Kapitals: die Produktion und die Akkumulation des absoluten Mehrwerts, die Revolutionierung des Arbeitsprozesses hin zur Produktion des relativen Mehrwerts, der Zwang, die Produktivität zu steigern und so weiter. Auf der anderen Seite gibt es die engere Bedeutung, die sich einfach auf den Markt bezieht. Wenn beide Bedeutungen verwechselt werden, dann werden aus Veränderungen der engeren Bedeutung des Wertgesetzes – Grenzen des Marktes – der Niedergang des Kapitals, oder die anderen Gesichtspunkte des Kapitalismus werden vergessen. Die Radical Chains

So sehen Radical Chains im Stalinismus und der Sozialdemokratie die hauptsächlichen Formen einer »**teilweisen Aufhebung des Wertgesetzes**«, die dazu dienten, den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus zu verzögern.
Aber bevor wir die Theorie der Radical Chains über eine »teilweise Aufhebung des Wertgesetzes« genauer betrachten, ist es nötig, kurz auf deren Ursprung in den Arbeiten von Hillel Ticktin zu schauen, die den wichtigsten Einfluß auf die Ausbildung dieser Theorie gehabt haben.

Ticktin und die fatale Anziehungskraft des Fundamentalismus

Hillel Ticktin ist der Herausgeber und Cheftheoretiker der nicht parteigebundenen trotzkistischen Zeitung *Critique*. Ticktin und die *Critique* sind wohl für die Radical Chains deswegen so anziehend, weil die Analysen nicht an die partikulären Bedürfnisse einer trotzkistischen Sekte gebunden sind. Stattdessen begeben sie sich auf die höchst ehrenwerte Stufe, einen Versuch zu starten, den klassischen Marxismus wieder einzubringen.
Ticktin gibt der These der 2.Internationalen, die den Sozialismus als die bewußte Planung der Gesellschaft gegen die Anarchie des kapitalistischen Marktes gesetzt hatte, einen wissenschaftlichen Anstrich, indem er diesen Widerspruch mit demjenigen zwischen dem »Gesetz der Planung« und dem Wertgesetz gleichsetzt. Ticktin versucht dann »wissenschaftlich« zu erklären, daß die Bewegungsgesetze der gegenwärtigen Phase des kapitalistischen Niedergangs als Niedergang des dem Kapitalismus eigenen Regulationsprinzip (dem Wertgesetz) und dem beginnenden Aufstieg des »Gesetzes der Planung«, zu fassen ist, was seiner Meinung nach das notwendige Auftreten des Sozialismus ankündigt.
Ebenso wie die klassischen Marxisten betrachtet Ticktin den Niedergang des Kapitalismus in den Begriffen einer Entwicklung der Monopole, der steigenden Staatsinterventionen in die Ökonomie und dem daraus folgenden Niedergang des freien Marktes und des *Laissez Faire* Kapitalismus. Wenn die Produktion auf einer immer größer werdenden Stufenleiter vergesellschaftet wird, dann kann die Verteilung gesellschaftlicher Arbeit nicht mehr bloß durch die blinden Kräfte des Marktes betrieben werden. Aber die volle Entwicklung einer bewußten Planung widerspricht der privaten Aneignung, die den kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen anhaftet. Die Planung beschränkt sich auf einzelne Nationalstaaten und Kapitale, somit führt sie zu einer Intensivierung des Wettbewerbs zwischen diesen Kapitalen und Staaten. So enden die Vorteile der rationalen Planung in einer gesellschaftlich irrationalen Explosion aus Kriegen und Konflikten. Nur der auf Weltebene stattfindende Triumph des Sozialismus, der Produktion und Verteilung der Arbeit bewußt im Interesse der gesamten Gesellschaft plant, kann den

---

sind der Meinung, die Bedeutung des Wertgesetzes erweitert zu haben, indem sie es auf die Arbeitskraft konzentrieren. Aber sie denken es weiterhin nur in Begriffen des Marktes.

Widerspruch zwischen den materiellen Produktivkräften und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen in Einklang bringen. Das »Gesetz der Planung« zeigt sich als die grundlegende Form gesellschaftlicher Verhältnisse.
Aber anders als die führenden Theoretiker des klassischen Marxismus, räumt Ticktin der zunehmenden Autonomie des Finanzkaitals eine bedeutende Rolle als ein Symptom des kapitalistischen Niedergangs ein. Der klassische Marxismus war der Argumentation in Hilferding's fruchtbarem »*Finanzkapital*« gefolgt, indem die Integration des Bankenkapitals in das monopolisierte Industriekapital als das Kennzeichen der letzten Stufe des Kapitalismus ausgemacht wurde, die nun den Aufschwung der rationalen Planung und den Niedergang der Anarchie des Marktes ankündigt. Im Gegensatz dazu, kennzeichnet sich für Ticktin der späte Kapitalismus durch die zunehmende Autonomie des Finanzkapitals. Den Kapitalismus des 20.Jahrhunderts betrachtet Ticktin als Widerspruch zwischen den Formen der Vergesellschaftung, die nicht eingedämmt werden können, und der dekadenten parasitären Form des Finanzkapitals. Diesem Finanzkapital wird ein parasitäres Verhältnis zu den produktiven gesellschaftlichen Kräften zugeordnet. Es sorgt dafür, daß die Vergesellschaftung nicht außer Kontrolle gerät und erzwingt so die Herrschaft der abstrakten Arbeit. Aber dieses Finanzkapital ist letztlich abhängig von seinem Wirt – der Produktion und ihrem unvermeidlichen Drang zur Vergesellschaftung.
Ticktin integriert den Aufstieg des globalen Finanzkapitals in den letzten 25 Jahren in die klassische marxistische Zusammenbruchstheorie, indem er die zunehmende Autonomie des Finanzkapitals als Symptom des kapitalistischen Niedergangs interpretiert. Insofern liefert Ticktin einen bedeutenden Beitrag für die Entwicklung der klassischen Zusammenbruchstheorie.
Aber es könnte eingewandt werden, daß die zunehmende Autonomie des Finanzkapitals einfach nur der Hebel ist, mit dem das Kapital seine Um- und Neustrukturierungen vorantreibt. Der Aufstieg des Finanzkapitals in den letzten 25 Jahren ist aus dieser Sicht der wichtigste Hebel gewesen, mit dem das Kapital versucht hat, die Arbeiterklasse in den alten industrialisierten Ökonomien, wo sie sich eingegraben hatte, unter Druck zu setzen: die Produktion wurde in neue geographische Gebiete ausgelagert, neue Industrien anstelle der Alten gesetzt.
Die zunehmende Autonomie des Finanzkapitals mag so tatsächlich in einigen Gebieten den Niedergang der kapitalistischen Akkumulation ankündigen, aber nur bis zu dem Grad, wie dadurch ebenso die Beschleunigung der kapitalistischen Akkumulation in anderen Gebieten eingeläutet wird. Die zunehmende Autonomie des Finanzkapitals als Symptom des kapitalistischen Niedergangs zu begreifen, erscheint aus dieser Perspektive als eine reichlich anglo-zentristische Vorstellung. Ticktin's Vorstellung eines parasitären und dekadenten Charakters des Finanzkapitals nimmt so betrachtet die Perspektive der Anwälte der britischen Industrie ein, die schon seit langem in der Kurzsichtigkeit der Londoner Börse die Ursache für

den relativen Niedergang der Industrie in GB sieht.[7] Solche Argumente mögen nicht ganz falsch sein, aber durch deren Übernahme muß sich Ticktin den Vorwurf gefallen lassen, daß er die spezifischen Ursachen des relativen Niedergangs in GB auf den gesamten Kapitalismus projeziert. In den alten industrialisierten Ökonomien mag das freie und unbeschwerte Finanzkapital Krisen verursachen, aber zu selben Zeit kann es der Hebel sein, mit dem neue Sphären kapitalistischer Akkumulation geschaffen werden.
Ticktin's Anglozentrismus findet sich in der Theorie der Radical Chaines wieder. Aber dies wäre nur der Anfang einer Kritik gegenüber dem Versuch der Radical Chains, die Analyse von Ticktin zu übernehmen. Ticktin ist ein unverbesserlicher Trotzkist. Deshalb verteidigt er Trotzki's Beharren auf einem Fortschreiten der Produktivkräfte gegen die Arbeiterklasse, was zu einer Militarisierung der Arbeit, zu der Zerschlagung der aufständischen Arbeiter und Matrosen in Kronstadt und seiner loyalen Opposition gegenüber Stalin geführt hatte. Aber die Radical Chains stellen sich energisch gegen Ticktin's trotzkistische Politik. Sie beharren auf dem Versuch, Ticktin's guten Marxismus von seiner Politik zu trennen.
Wir sind der Meinung, diese Trennung können sie nicht durchhalten: indem sie Ticktin's Niedergangstheorie zu ihrem Ausgangspunkt machen, übernehmen sie unausgesprochen dessen Politik. Aber bevor wir dieses Argument weiter ausführen, werden wir uns zunächst die Theorie des Niedergangs der Radical Chains ein wenig genauer betrachten.

Radical Chains

> *Die Welt, in der wir leben, wird durch einen Widerspruch zwischen dem verborgenen Gesetz der Planung und dem Wertgesetz durchzogen. Dieser Zustand korrespondiert innerhalb einer im gesamten betrachteten Übergangsperiode mit den Bedürfnissen des Proletariats und denjenigen des Kapitals, die als Pole der Klassenbeziehungen bestehen bleiben.*[8]

Dieser Ausschnitt aus einer Erklärung der Radical Chains faßt kurz und bündig ihre Akzeptanz und ihre Transformation von Ticktin's Problematik des kapitalisti-

---

[7] Die von Hilferding entwickelte Vorstellung, die Ära des kapitalistischen Niedergangs beginne mit der Integration des Bankenkapitals mit dem Industriekapital kann auch als Deutschland-zentriert bezeichnet werden, da Hilferding solche Schlußfolgerungen auf dem hohen Integrationniveaus des Bankenkapitals und den großen Kartellen aufbaute, die zur Jahrhundertwende die deutsche Ökonomie kennzeichneten.

[8] »Statement of Intent«, *Radical Chains 1-3*. In der 4.Ausgabe gibt es eine leichte Änderung. »Die Welt in der wir leben wird durch den Widerspruch zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit der Planung und dem Wertgesetz durchzogen«, heißt dort die neue Formulierung.

schen Niedergangs zusammen. Ebenso wie die Theorie von Ticktin basiert die Theorie der Radical Chains auf der Vorstellung eines Konfliktes zweier unterschiedlicher Organisationsprinzipien. Für das Proletariat ist es nicht ausreichend, nur »Agent der Kämpfe« zu sein; es muß »der Träger eines neuen organisatorischen Prinzips sein, welches das Kapital angesichts seines unausweichlichen Antagonismus hinsichtlich des Wertes zu einem gesellschaftlich explosiven und schließlich untergehenden System macht.«[9]

Aber die Radical Chains sind nicht Ticktin. Sie akzeptieren die Vorstellung, daß das dem Wertgesetz eigene Wirken, verzerrten Wirkungsformen dieses Gesetzes den Weg bereitet hat. Die Radical Chains vollziehen den bedeutenden Schritt hin zu einer Vorstellung, das Wertgesetz nicht nur in Begriffen unterschiedlicher Kapitalfraktionen zu begreifen, sondern es in Begriffen des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu analysieren. Der entscheidende Punkt des Wertgesetzes sind nicht die Produkte, sondern die Arbeiterklasse.[10] So sind es für Ticktin Phänomene wie Regierungseingriffe in die Ökonomie und von den Monopolen festgesetzte Preise, die die Wirkung des Wertgesetzes untergraben, für die Radical Chains ist es die Anerkennung und Verwaltung von Bedürfnissen außerhalb des Lohnes, wie Sozialhilfe, das öffentliche Gesundheitswesen und Wohnungsämter... .[11] Dies ist ein durchaus entscheidender Unterschied, da es den Radical Chains nunmehr möglich ist, den Klassenkampf einzubringen.

Die Wechselwirkung zwischen Staat und Wertgesetz ist für die Theorie der Radical Chains zentral. Durch diese Wechselwirkung werden Systeme geschaffen, welche die Bedürfnisse regulieren, um die Kontrolle der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. Die orthodoxe Theorie des Niedergangs arbeitete mit einem Schema, daß die freien Märkte des *laissez faire* als die Blütezeit und den Kapitalismus der Monopole als Epoche des Niedergangs begriff. Die Radical Chains arbeiten mit einem ähnlichen Schema, daß auf der Anwendung des Wertgesetzes auf die Arbeitskraft basiert. Der Kapitalismus hatte seine Blütezeit erreicht, als die Arbeiterklasse gänzlich dem Wertgesetz unterstand; der Niedergang des Kapitalismus beginnt mit der Periode, in der diese volle Subordination durch administrative Maßnahmen teilweise durchsetzt wird.

---

[9] *Radical Chains* 4, Seite 27.

[10] »Das Wertgesetz steht nicht abseits der Arbeiterklasse, es ist kein separater Mechanismus. Zweckmäßiger ist es zu sagen, das Wertgesetz ist die Existenz der Arbeiterklasse, die sich noch nicht gefunden hat«, *Radical Chains* 4, Seite 21.

[11] Bei Ticktin sind es gelegentliche Hinweise, die den auf die Bedürfnisse ausgerichteten Sektor als einen Faktor für den Niedergang des Wertgesetzes enthalten, bei den Radical Chains dreht sich alles darum.

Die volle Wirkung des Wertgesetzes

Die Reform des Armengesetzes von 1834 stellt für die Radical Chaines den »programmatischen Höhepunkt« des Kapitalismus dar, da hierdurch die Etablierung der Arbeitskraft zur Ware gekennzeichnet werden kann. In den vorangehenden Armengesetzen waren die existentiellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse durch eine Kombination aus den Löhnen der Arbeitgeber und einer Reihe diverser Unterstützungen der Gemeinden reguliert worden. Das neue Armenrecht verallgemeinerte den Lohn, indem diese Formen der lokalen Wohlfahrt abgeschafft wurden. An ihre Stelle trat die Wahl zwischen einem Auskommen durch Lohnarbeit oder aber das Arbeitshaus. Das Arbeitshaus wurde so unerfreulich wie nur möglich gemacht, um es zu einer unmöglichen Alternative zur Lohnarbeit zu machen. Somit befand sich die Arbeiterklasse in einem Zustand absoluter Armut. Ihre Bedürfnisse waren gänzlich dem Geld untergeordnet, dem Zwang zum Austausch ihrer Arbeitskraft gegen den Lohn. Ihre Existenz war somit völlig abhängig von der Akkumulation. Dieser Zustand war nach den Radical Chains die einzig wahre Existenzform der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus.

Nur wenn die subjektive Existenz des arbeitenden Proletariats mit diesem Zustand der absoluten Armut korrespondiert, befindet sich das Kapital in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Objektivität des Wertgesetzes. Wenn es innerhalb dieses Verhältnisses zu Veränderungen kommt, dann kommt es zum Niedergang des Kapitals.

Die »teilweise Aufhebung des Wertgesetzes«

Die volle Subordination der Existenz der Arbeiterklasse unter das Geld veranlaßte die Arbeiterklasse dazu, ihre Interessen denen des Kapitals als grundsätzlich entgegengesetzt zu betrachten. Daraus resultierte die Entwicklung einer Kollektivität, die mit der Drohung der Vernichtung des Kapitals verbunden war. Diese Drohung basierte auf der Tatsache, daß die Arbeiterklasse trotz ihrer Vereinzelung durch das Wertgesetz, auf der Ebene des Tausches der Arbeitskraft gegen Lohn, durch ihre Stellung in der Produktion vereinheitlicht wird. Das Wertgesetz versucht die Durchsetzung der abstrakten Arbeit, aber die Arbeiterklasse kann auf ihrer Macht als besondere konkrete Arbeit setzen. Die Vorstellung einer proletarischen Konstituierung, ausgedrückt durch das Gesetz der Planung, ist für die Radical Chains gebunden an die Existenz der Arbeiterklasse als eine gesellschaftliche Produktivkraft. Die Arbeiterklasse hat als Antwort auf das volle Funktionieren des Wertgesetzes seine eigene Alternative entwickelt, die Entwicklung einer Gesellschaft, die durch die Planung der Bedürfnisse organisiert ist.

Die Bourgeoisie erkannte das Unvermeidliche an und intervenierte mit »administrativen Stellvertretern für diese Planung«. Ein Aspekt der »teilweisen Aufhebung des Wertgesetzes« ist die Anerkennung repräsentativer Formen der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Verantwortliche Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterklasse werden gefördert. Zur selben Zeit kam es zu einer Aufweichung der Härten

des Armengesetzes. Radical Chains verfolgt die Spuren der dem 2.Weltkrieg schließlich folgenden sozialdemokratischen Regelungen, und sie werden bei weit zurückliegenden Prozessen fündig, die durch weitsichtige Mitglieder der Bourgeoisie ausgelöst worden waren. Bereits Ende des 19.Jahrhunderts begann die Ergänzung des Armengesetzes durch eine noch planlose Armenunterstützung. Die liberale Regierung der Jahre 1906 bis 1912 systematisierte diesen Schritt hin zur verwalteten Wohlfahrt.
Diese Reformen spitzten sich zu einer fundamentalen Modifizierung des Wertgesetzes zu: die Lockerung der Bedingungen einer absoluten Armut. Das Einkommen wurde aufgeteilt, ein Teil blieb an die Arbeit gebunden, während der andere Teil durch den Staat verwaltet wurde. Dies war ein Schritt, den Radical Chains die »formale Anerkennung der Bedürfnisse« nennen: Bedürfnisse der Arbeiterklasse werden durch Verwaltungsmaßnahmen geregelt. Bürokratische Prozeduren, Formulare, Überprüfungen und ähnliches mehr dringen in das Leben der Arbeiterklasse ein.
Das Kapital hat nun zwei Gesichter, das Wertgesetz und den Staat. Diese teilweise Aufhebung des Wertgesetzes zeigt sich in den nationalen Deals mit der Arbeiterklasse. Das globale Proletariat ist in nationale Gruppen gespalten, die über einen unterschiedlichen Schutz vor dem Wertgesetz verfügen. Dies stoppt die globale Vereinigung der Arbeiterklasse zur revolutionären Klasse, aber es beeinträchtigt auch die Wirksamkeit des Wertgesetzes, das global agieren muß.

Die Krise der teilweisen Aufhebung des Wertgesetzes
Innerhalb der Formen der teilweisen Aufhebung des Wertgesetzes kommt es zu Kämpfen der Arbeiterklasse. Sie macht sich Vollbeschäftigung und Sozialstaat zu nutze, um beide Formen des aufgeteilten Einkommens zu erhöhen. Regierungen erweisen sich als der wesentlich uneffektivere Weg die Arbeiterklasse in Schach zu halten, als das reine Funktionieren des Marktes. Die Kampfformen, denen sich die neuen Strömungen verbunden fühlen, werden von den Radical Chains als Beweis interpretiert, daß die Arbeiterklasse ihre Umklammerung aufbricht. Die letzten 20 Jahre stellen für Radical Chains die Krise derjenigen Formen zur Verhinderung des Kommunismus dar, mit denen das Kapital reagiert hatte, indem es versuchte, die Einkommen wieder zusammenzubringen und dem Wertgesetz wieder volle Geltung zu verschaffen. Radical Chains gibt sich keine Mühe, die verschiedenen Kämpfe zu betrachten; ihnen geht es nur darum, sie in einer grandiosen theoretischen Perspektive zu verorten!
Die Anziehungskraft der Radical Chains besteht in dem Versuch, die konkreten Entwicklungen des 20.Jahrhunderts durch eine Kombination aus subjektiven und objektiven Elementen zu erklären. Revolutionäre Theorien neigen zu der Tendenz, den subjektiven Aspekt, also die Kämpfe der Arbeiterklasse, nur in revolutionären Perioden entdecken zu können, weswegen zu anderen Zeiten keine Spur mehr von ihnen übrig bleibt. Das Subjekt begreifen die Radical Chains in einer Umklamme-

rung durch die Formen zur Verhinderung des Kommunismus, also Stalinismus und Sozialdemokratie. Aber diese Umklammerung wird ständig bekämpft und schließlich aufgebrochen. Diese Analyse scheint revolutionäre Schärfe zu besitzen, kritisieren doch die Radical Chains mit dieser Theorie die linke Tendenz, zu Komplizen dieser Formen zur Verhinderung des Kommunismus zu werden. Aber wir stoßen hier auf Zweideutigkeiten: die Annahmen der Radical Chains hängen an der Vorstellung eines zugrundeliegenden Prozesses – die Planung, also die Überwindung des Wesens des Kapitalismus bevor der Kommunismus sich entfaltet. Wir werden es noch sehen, dies ist genau der Rahmen, der zur linken Komplizenschaft mit dem Kapital führt.
Aber bevor wir zu den fundamentalen gedanklichen Problemen kommen, die Radical Chains von Ticktin geerbt haben, sollten wir einige Probleme in ihren historischen Ausführungen über Aufstieg und Fall des Kapitalismus betrachten.

Nicht länger als ein Augenzwinkern

Die Radical Chaines haben recht, wenn sie das neue Armengesetz als Ausdruck dessen begreifen, daß die Bourgeoisie von einer Arbeiterklasse träumt, die gänzlich dem Kapital untergeordnet ist. Für sie beginnt diese Phase einer totalen Dominanz 1834 und endet mit dem Einsetzen der teilweisen Aufhebung des Wertgesetzes mit der Bewegung um die ersten planlosen Formen der Armenunterstützung in 1880er Jahren. Die Blütezeit des Kapitalismus dauerte ungefähr 50 Jahre.
Aber es gibt einen Unterschied zwischen Absichten und der Realität. Das neue Armengesetz war 1834 eingeführt worden, aber Arbeiterklasse und Gemeinden widersetzten sich, das neue Armengesetz wurde erst um 1870 durchgesetzt. Das neue Armengesetz wurde also praktisch in dem Moment untergraben, als es eingesetzt worden war.[12] Damit scheint es so, als ob sich die Hochphase des Kapitalismus auf wenig mehr als ein oder zwei Jahrzehnte reduzieren würde. Wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß der Feudalismus mehrere Jahrhunderte überdauerte, so wäre historisch gesehen die Blütezeit des Kapitalismus nach einem Augenzwinkern vorbei.
Gegen diese Vorstellung eines Kapitalismus, der nur in der letzten Phase des 19.Jahrhunderts richtig blühte und sich seitdem im Niedergang befindet, läßt sich natürlich sagen, daß die Welt im Laufe des 20.Jahrhunderts kapitalistischer als

---

[12] Die beste Quelle zu diesem Gegenstand ist das 3.Kapitel aus »Public Order and the Law of Labour« von Geoff Key und James Mott (MacMillan, 1982). Im wesentlichen geht es Kay und Mott darum, daß die Anwendung des Mehrwertsgesetz anhand des Lohnvertrages immer mit einer breiteren Arbeitsgesetzgebung des Staates einherging. Die Radical Chains scheinen der Analyse dieses Buches viel zu verdanken, doch Kay und Mott sprechen von keiner reinen Subordination die abnimmt. Im Gegenteil, da die Anwendung des Arbeitsvertrags immer ungenügend ist – die Arbeitskraft weigert sich nur eine Ware zu sein – müssen beständig verschiedene Kontrollen entwickelt werden.

jemals zuvor geworden ist. Diese Sicht erscheint noch begründeter, sobald wir die Entwicklung des Kapitalismus nicht nur in den Begriffen des Niedergangs des Wertgesetzes begreifen, sondern von den Begriffen des Übergangs von einer *formellen zu einer reellen Subsumption der Arbeit unter das Kapital* und des gleichzeitigen Übergangs von der Vorherrschaft *der Produktion des absoluten Mehrwertes hin zur Produktion des relativen Mehrwertes* ausgehen.[13]

Formale und reale Herrschaft

In der von der Produktion des absoluten Mehrwerts bestimmten Periode war das Leitmotiv der Kontrolle der Arbeitskraft einfach die Schaffung von genügend Härten, um die Arbeiterklasse durch die Tore der Fabriken zu zwingen.[14] Sobald aber die relative Mehrwertproduktion dominierte, waren anspruchsvollere Methoden notwendig. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit mußte neu strukturiert werden. Die Reduzierung der notwendigen Arbeit erforderte die Massenproduktion von Waren. Eine konstante Nachfrage nach diesen Waren wurde für das Kapital wesentlich. Die Arbeiterklasse wurde im Resultat nicht nur zu einer Quelle der Arbeitskraft, sondern auch zu einer Quelle der Nachfrage. Zur selben Zeit machte die kontinuierliche Revolutionierung der Produktionsmittel eine besser ausgebildete Arbeitskraft und eine kontrolliertere Reservearmee an Arbeitslosen notwendig.

Natürlich haben die Radical Chains recht, wenn sie sagen, daß diese Veränderungen dem Kapital auch durch die Drohung einer proletarischen Selbstorganisierung aufgezwungen werden. Dies aber mit dem Niedergang des Kapitalismus gleichzusetzen ist nicht gerechtfertigt. Es ist nur so, daß nur mit diesen neuen Herrschaftsformen über die Klasse die relative Mehrwertproduktion effektiv durchgesetzt werden kann. Taylorismus und Fordismus sind Phänomene die zeigen, daß der Kapitalismus des 20.Jahrhunderts mit seinem Streben nach relativem Mehrwert noch eine Menge Leben inne hat. Tatsächlich ist der Nachkriegsboom, der ein

---

[13] Für Marx verbarg sich die Natur der Klassenausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft in der Zahlung eines Lohnes für eine bestimmte Arbeitszeit, von der ein Teil – die notwendige Arbeit – den Lohn darstellte, während der Rest – nicht notwendige Arbeit – einen Mehrwert produziert. Absoluter Mehrwert steigert den Mehrwert durch eine Ausdehnung des Arbeitstages. Relativer Mehrwert steigert den Mehrwert durch eine Verringerung der notwendigen Arbeit zur Reproduktion des Lohnes. Der relative Mehrwert benötigt eine steigende Produktivität. Diese beiden Formen schließen sich nicht aus. Aber man kann sagen, daß es in der Entwicklung des Kapitalismus einen wichtigen Umschwung gab, als der Anwendung von Wissenschaft und Technologie zur Revolutionierung der Produktivkräfte im Streben nach relativen Mehrwert eine entscheidende Bedeutung zukam.

[14] In der durch die Produktion des absoluten Mehrwerts dominierten Periode übernahm der Kapitalist Arbeitsprozesse die im wesentlichen so blieben, wie gewesen waren bevor sie das Kapital übernommen hatte, obwohl eine Effizienz auf größerer Stufenleiter möglich war. Der relative Mehrwert verlangt auf der anderen Seite, daß der Kapitalist den gesamten Arbeitsprozeß umorganisiert. Es kommt zu einer beständigen Revolutionierung der Produktivkräfte; die Produktion wird spezifisch kapitalistisch und dominiert die ArbeiterInnen.

massives Wachstum des Kapitalismus brachte, das auf Vollbeschäftigung und Bindung des steigenden Lebensstandards der Arbeiterklasse an eine höhere Produktivität basierte, vielleicht die Periode, in der die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und die Akkumulation am weitestgehendsten zusammenpaßten.
Von dieser Perspektive aus betrachtet, erscheint das neue Armengesetz eher als eine Übergangsform in der Entwicklung des Kapitalismus. Zum einen befand es sich in Übereinstimmung mit der drakonischen Gesetzgebung, die das Kapital in seiner langen Entstehungsgeschichte benötigte. Zum anderen wurde ein nationales System zur Kontrolle der Arbeit geschaffen. Die Vielfalt an Behörden, die dadurch eingesetzt wurden, sind die direkten Vorläufer der bis heute folgenden Regierungsformen.
Anstatt von einem massiven Bruch müssen wir also eher von sehr vielen Kontinuitäten sprechen, wenn wir die verschiedenen vom Armengesetz von 1834 geschaffenen Institutionen mit den späteren bürokratischen Strukturen vergleichen wollen. Die durch das Armengesetz von 1834 geschaffenen systematischen Formen einer nationalen Regulierung der Arbeit zur Disziplinierung der Arbeiterklasse waren die materielle Basis für neue Beziehungen der Vertretung, der Herrschaft und der Intervention.
Wir können also sagen, daß neue Armengesetz wurde eingesetzt, um die Erfordernisse einer Periode der absoluten Mehrwertproduktion zu erfüllen. Außerdem ersetzten seine Maßnahmen nur in den 1870er Jahren wirklich frühere Unterstützungssysteme, obwohl es bereits 1834 eingeführt worden war. Zu dieser Zeit befand sich der Kapitalismus im Übergang zur relativen Mehrwertproduktion, dies machte neue Arbeitsverhältnisse notwendig.[15]
Die Radical Chains drücken das *laissez faire* Stadium des Kapitalismus mit seinen eigenen Worten aus, dies ist das grundlegende Problem ihrer historischen Analyse. Seine Worte waren eine individualistische Ideologie, die sofort durch ein Wachstum kollektiver Formen untergraben wurde. Gilt das Wertgesetz, dann ist die Vorstellung eines perfekten Sytems der Bedürfnisbefriedigung ein Mythos. Wertgesetz und Kapital befanden sich immer unter Druck, zunächst durch die ländliche Armut und den noch bestehenden Communities, dann durch den Klassenkampf, der innerhalb des Kapitals entstand. Andere Vermittlungsinstanzen als nur der Lohn werden dem Kapital von der Arbeiterklasse aufgezwungen und der Staat ist das notwendige Mittel der Reaktion. Das Armengesetz stand für eine Strategie der Kontrolle der Arbeiterklasse; der Staat steht für eine andere. Sobald wir das Wertgesetz als etwas unter Druck stehendes begreifen, verliert die Vorstellung seiner teilweisen Aufhebung den Boden unter den Füßen.

---

[15] Hierzu wichtig Kay und Mott in »Law of Labour«. Es sieht so aus als hätten die Radical Chains sich einen Text geschnappt, der aus einer eher autonomen Perspektive heraus geschrieben worden ist und dann dessen Inhalte ihrer Zusammenbruchstheorie angepaßt hätten. Es paßt nicht.

Vom Fetischismus der Planung

Wenn wir davon ausgehen, daß Radical Chains das Verhältnis des Kampfes zwischen Kapital und Arbeiterklasse herausstellen wollen, dann erscheint es seltsam, daß sie den Übergang von der formellen zur reelen Subsumption nicht in Betracht ziehen. Aber eine solche Herangehensweise würde nicht nur ihre Verbundenheit zu einer Theorie des Niedergangs untergraben, sondern auch ihrem gedanklichen Rahmen zuwiderlaufen, den sie sich durch den klassischen Marxismus bei Ticktin zugezogen haben. Um dies genauer zu untersuchen, müssen wir noch einmal kurz zu den Ursprüngen der klassischen marxistischen Zusammenbruchstheorie zurück.

Die Vorstellung eines objektiv vorbestimmten Niedergangs des Kapitalismus hat seine Wurzel in der orthodoxen Interpretation des Vorwortes zu den *Beiträgen zur Kritik der politischen Ökonomie*, in denen Marx ausführt, daß »... ab einem gewissen Stand der Entwicklung die Produktivkräfte einer Gesellschaft in Konflikt mit den existierenden Produktionsverhältnissen treten... Diese Verhältnisse werden zu Fesseln der Produktivkräfte. Dann beginnt die Zeit der sozialen Revolution.«[16] Für die klassischen Marxisten der Jahrhundertwende schien es außer Frage zu stehen, daß die gesellschaftlichen Beziehungen der privaten Aneignung und des Marktes zu Fesseln der sich beständig vergessellschaftenden Produktivkräfte werden. Deswegen der Gedanke, Antriebskraft der Revolution wäre der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer sozialistischen Planung der Produktivkräfte und der Anarchie des Marktes und der privaten Aneignung.

Damit geht natürlich die Vorstellung einher, daß der Sozialismus nur dann seine Berechtigung findet, wenn er für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte auf einer rationaleren und geplanteren Basis historisch notwendig wird. Der Sozialismus muß einspringen und den Taktstock der ökonomischen Entwicklung übernehmen, sobald der Kapitalismus sein Potential erschöpft hat, die Produktivkräfte auf der Basis des Wertgesetzes zu entwickeln. Der Sozialismus erscheint aus dieser Perspektive heraus als wenig mehr, als die geplante Entwicklung der Produktivkräfte.[17]

---

[16] Marx, *Early Writings* (Penguin:Harmongsworth) Seite 425/26.

[17] Wir denken, die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen mag beim Sturz des Feudalismus durch die Bourgeoisie hilfreich gewesen sein, aber sie kann nicht die Garantie für den Niedergang des Kapitals sein. Dieser Widerspruch mag die Wurzel der Krise sein, aber das bedeutet noch nicht die endgültige Krise, die zur Lösung den Sozialismus benötigt. Anders als frühere Produktionsweisen ist der Kapitalismus nicht an eine Stufe der Produktivkräfte gebunden. Eher basiert er auf deren permanenten Revolutionierung. Er schafft eine Wachstumsgrenze in dem Sinne, daß nur für den Markt produziert werden kann. Aber die Grenzen die das Kapital sich selber setzt, sind Grenzen die das Kapital beständig zu überwinden versucht. Um eine fortschreitende Ausdehnung zu ermöglichen werden beständig die Produktionsverhältnisse revolutioniert. Die Notwendigkeit einer beständigen Transformation der sozialen Beziehungen zwingt das Kapital zur beständigen Konfrontation mit der Arbeiterklasse. Ein einmal durch-

Wenn wir uns den Gang der Geschichte als Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den bestehenden gesellschaftlichen Beziehungen vorstellen, in dessen Verlauf jede Gesellschaftsform durch die nächste abgelöst wird, die eine weitergehende Entwicklung der Produktivkräfte erlaubt, dann werden wir Geschichte immer wieder nur vom Standpunkt des Kapitals betrachten. Marx hatte diesen Standpunkt deutlich herausgearbeitet, da er versuchen wollte, die Perspektive des Kapitals gegen das Kapital selbst umzudrehen. Marx versuchte zu zeigen, daß der Kapitalismus, ebenso wie vorangegangene Gesellschaften, der Entwicklung der Produktivkräfte immer wieder Grenzen bescheren wird, und gerade deshalb die Möglichkeit einer Abschaffung aufgrund seiner ihm eigenen Widersprüchlichkeiten besteht.

Vom Standpunkt des Kapitals betrachtet, ist Geschichte nichts anderes als die Entwicklung der Produktivkräfte; der Kapitalismus verwirklicht lediglich das vollendete Auftreten der Produktivkräfte als eine entfremdete Kraft, die abgetrennt von menschlichen Bedürfnissen und Wünschen zu sein scheint. Der Kommunismus muß nicht nur die Abschaffung jeglicher Klassen verwirklichen, sondern ebenso die Aufhebung der Produktivkräfte als eine abgetrennte Macht.

Die klassischen Marxisten landen bei der Perspektive des Kapitals, da sie den Sozialismus in erster Linie als eine vernünftiger geplante Entwicklung der Produktivkräfte begreifen und diese der Anarchie des Marktes gegenüberstellen. Eben

---

gesetztes Modell des Klassenkompromisses kann nicht unbegrenzt aufrecht erhalten werden. Die Krise kann Bedingungen bringen, unter denen das Proletariat seine Bedürfnisse gegen die des Kapitals stellt. Aber ebenso ist es möglich, daß das Kapital den Widerspruch auf einer höheren Stufe der Produktivkräfte löst. Das Kapital revolutioniert die ihm eigenen Produktuionsverhältnisse um die Profuktivkräfte zu entfalten. Die Perspektive der Produktivkräfte ist die des Kapitals, nicht die des Proletariats. Die Perspektive des Proletariats ist ein bewußter Bruch mit diesem Widerspruch, der anderenfalls weiterbesteht.

Marxen's Ausführungen im »Vorwort« als Rechtfertigung für die Vorstellung eines Niedergangs zu nehmen verwechselt Logik mit historischem Niedergang. Der Kapitalismus umfaßt die logisch/reale Möglichkeit des Niedergangs: das heißt, die Defetischisierung des Wertgesetzes und die Entfaltung einer freien Vereinigung von Produzenten an dessen Stelle. Diese Möglichkeit als historische Epoche/Fakt zu sehen bedeutet eine Konkretisierung: der Fortgang eines Teils des Kapitals (gemeint ist das Proletariat) über das Kapital hinaus wird als innerhalb und Teil des Kapitals und seiner sich veränderten Erscheinungsformen vergegenständlicht. Dies soll nicht bedeuten, daß die Defetischisierung und mithin der Kommunismus eine unhistorische Möglichkeit ist, ohne Beziehung zur Entwicklung des Kapitalismus und der Produktivkräfte; durch den Weltmarkt und die Reduzierung der notwendigen Arbeit schafft der Kapitalismus die Basis des Kommunismus. Aber für die Produktivkräfte gibt es keine technische Stufe, auf der eine weitere Entwicklung des Kapitalismus unmöglich oder der Sozialismus unvermeidlich wird. Es gibt eine organische Beziehung zwischen Klassenkampf und kapitalistischer Entwicklung. Von Zeit zu Zeit (At Times??) erreicht die Entwicklung von Kapital und Klasse den Punkt des möglichen Bruchs. Revolutionäre und die Klasse versuchen ihr Glück; wenn die Welle das Kapital nicht überrollt, dauert der Kapitalismus auf einer höheren Ebene an. Der Kapitalismus wird neu strukturiert, um die Klassenzusammensetzung die ihn angegriffen hatte zu neutralisieren: d.h., der Kapitalismus ändert seine Erscheinungsformen. So betrachtet ist die weitere Entwicklung der Produktivkräfte der Trottelpreis für gescheiterte Revolutionen.

diese Perspektive machte es den Bolschewiken nach der Machtübernahme in Rußland möglich, die Aufgaben einer Ersatzbourgeoisie zu übernehmen, da sie durch diese Perspektive zu einer Entwicklung der Produktivkräfte verpflichtet waren. Bei Trotzki war diese Sicht der Dinge vielleicht am entwickelsten. Durch seine Unterstützung des Taylorismus, des hierarchischen Managements, der Militarisierung der Arbeit und der Zerschlagung der Rebellion in Kronstadt demonstrierte er konsequent seine Verpflichtungen gegenüber einer Entwicklung der Produktivkräfte, gegen und vor den Bedürfnissen der Arbeiterklasse.

Für Ticktin als langjährigen treuen Trotzkisten ist die Identifizierung des Sozialismus mit der Planung kein Problem. Indem er den klassischen Marxismus erneuert, indem er den Widerspruch zwischen Planung und Anarchie des Marktes weiterentwickelt, bezieht sich Ticktin ziemlich eindeutig auf die Arbeiten von Preobrazhensky, der in den 20er Jahren Seite an Seite mit Trotzki zu den führenden Theoretikern der Links-Opposition gehörte. Die Unterscheidung zwischen einem Gesetz der Planung und dem Wertgesetz als Grundlage des Wettstreits zweier ökonomischer Regulationsprinzipien in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, stammt von Preobrazhensky. Auf der Basis dieser Unterscheidung entwickelte Preobrazhensky die Argumentation der Links-Opposition, die für eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte auf Kosten des Lebensstandards der Arbeiterklasse und Bauern eintrat. Nachdem die Links-Opposition beseitigt worden war, setzte Stalin das alles später praktisch um.[18]

Für die Radical Chains ist es weitaus schwieriger, einfach die Position zu übernehmen, wir befänden uns in der Phase des kapitalistischen Niedergangs und folglich im Übergang zum Sozialismus, der in erster Linie durch den Widerspruch zwischen Wertgesetz und Gesetz der Planung geprägt sei. Ein wichtiger Teil der Arbeit von Radical Chains ist ihr Versuch, traditionelle linke Politikformen und insbesondere den Leninismus zurückzuweisen. So betonen sie in Artikeln wie z.B. »The Hidden political Economy of the Left« resolut die Bedeutung der Selbstakti-

---

[18] Es war die stalinistische Verpflichtung zur Planung die Trotzki und den orthodoxen Trotzkismus (zusammen mit vielen sozialistischen Intellektuellen im Westen) in der UDSSR ein progressives System sehen ließ. Ticktin's »Bruch« mit dieser Tradition besteht in der Behauptung, die UDSSR wäre weder von der Planung noch vom Markt bestimmt gewesen. Er behauptet, für Lenin und Trotzki wäre die Planung notwendigerweise »demokratisch« gewesen. Lenin's Unterstützung des Tylorismus und Trotzki's Ruf nach einer Militarisierung der Arbeit zeigen, daß die frühen Vorstellungen der Bolschewisten über die Planung nicht so einfach von der stalinistischen Version getrennt werden können. Es ist eindeutig nicht ausreichend nur darauf zu bestehen, dem sozialistischen Projekt einer geplanten Entwicklung der Produktivkräfte das Wort »demokratisch« anhängen zu wollen. Das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis ist ziemlich kompatibel mit Demokratie. Kommunismus ist ein Inhalt – die Abschaffung der Lohnarbeit – und keine Form. Die unangetastete Natur in Ticktin's Trotzkismus zeigt sich deutlich in dem Artikel »What would a socialist society be like« aus *Critique* 25. Nach der Übernahme der Macht umfaßt dieser »die allmähliche Abwicklung der Reservearmee an Arbeitslosen«, die »allmähliche Eliminierung des Finanzkapitals, die »Nationalisierung der wichtigen Firmen und ihre allmähliche Vergesellschaftung«!!

vität der Arbeiterklasse und attackieren die leninistische Vorstellung einer passiven Arbeiterklasse und die Notwendigkeit einer von außen auferlegten Disziplin. Aber ihr Festhalten am »guten Marxismus« von Ticktin untergräbt diese Anstrengungen. Die Position der Radical Chains wird daher schlüpfrig und äußerst doppeldeutig, wenn die Frage nach der Planung zugespitzt wird. Sie rechtfertigen die Planung, indem sie diese praktisch mit der Selbstemanzipation identifizieren. Sie erwarten von uns, daß wir die Revolution im Namen der Planung machen, und bestehen noch darauf, daß dies echt klasse ist, denn »die Planung ist die gesellschaftliche Präsenz des in Freiheit vereinigten Proletariats und darüber hinaus die menschliche Daseinsform«.[19] Aber Planung ist Planung. Die freie Vereinigung des Proletariats ist die freie Vereinigung des Proletariats. Weil sie sich weigern, den von Ticktin vorgegebenen Rahmen zu sprengen, landen die Radical Chains trotz all ihrer Anstrengungen bei einer Kritik der linken Vorstellungen über die Planung aus der Sicht von Planern. Unserer Meinung nach sollte solch ein klassischer linker Marxismus untergraben und nicht wiederbelebt werden. Hierfür muß die ihm eigene Struktur in Frage gestellt werden.

Der Markt oder das Wertgesetz sind für uns nicht die Essenz des Kapitals;[20] dieses Wesen ist eher die *Selbst-Ausdehnung* des Wertes: also die entfremdete Arbeit. Das Kapital ist vor allem eine Organisierung der entfremdeten Arbeit, wobei eine Kombination von Markt- und Planungsaspekten dazugehört. Der Kapitalismus hat immer Märkte gebraucht und er hat immer Planung benötigt. Im 20.Jahrhundert hat sich eine beständige Spannung zwischen dem kapitalistischem Markt und den Tendenzen zur Planung entfaltet. Die Linke hat sich mit einem dieser Pole identifiziert, mit der Planung. Aber unser Projekt ist nicht mit Planung gleichzusetzen. Der Kommunismus ist die Abschaffung aller kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen, sowohl des Marktes als auch des entfremdeten Planes. Irgendeine Form der Organisierung ist selbstverständlich Vorbedingung des Kommunismus: aber dabei geht es nicht um die Planung an sich, nicht um eine abgetrennte und spezielle Aktivität, sondern um die Planung im Dienste des Projektes einer freien Entfaltung unseres Lebens. Der Brennpunkt bestände in der Produktion von *uns selber*, nicht in der Produktion von Dingen. Nicht Planung der Arbeit und der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern die Planung freier Aktivitäten im Dienste einer freien Entfaltung unseres Lebens.

---

[19] *Radical Chains*1, Seite 11.

[20] Das Wertgesetz ist eine der Arten, in denen der *Kapitalismus sein eigenes Wesen ausdrückt*. Wettbewerb und Markt ist der Weg, mit dem das Wertgesetz den einzelnen Kapitalisten aufgezwungen wird.

Kurze Zusammenfassung der Radical Chains

Mit den Radical Chains haben wir den jüngsten und vielleicht intelligentesten Vertreter der klassischen marxistischen Theorie des Niedergangs kennengelernt. Aber unserer Meinung nach ist ihr Versuch gescheitert, diese objektivistische marxistische Theorie mit den enger am Klassenkampf orientierten Theorien der 60er und 70er Jahre zu verbinden, und dies hinterläßt sie in einer politisch ziemlich bloßgestellten Lage. Mit den Radical Chains haben wir unsere Odyssee beendet und wir können zu einer Art Schlußbetrachtung kommen.

Statt einer Schlußfolgerung

Befindet sich der Kapitalismus im Niedergang? Die Auseinandersetzung mit den Begriffen der Theorien über den Niedergang des Kapitalismus hat uns zu einer Auseinandersetzung mit den Begriffen des Marxismus gebracht. Für Marx war es einer der wesentlichen Aspekte der Kritik der politischen Ökonomie zu zeigen, daß die Beziehungen der kapitalistischen Gesellschaft nicht natürlich und ewig sind. Vielmehr zeigte er, warum der Kapitalismus eine Übergangsform der Produktion ist. Der Kapitalismus entfaltet seine eigene Vergänglichkeit. Der Kapitalismus beinhaltet seine eigene Negation und es gibt eine Bewegung hin zu seiner Abschaffung. Aber die Theorie des Niedergangs ist nicht die unsrige. Sie betont den Niedergang als eine Periode **innerhalb** des Kapitalismus und der Prozeß der Überwindung des Kapitals wird mit Änderungen in den Erscheinungsformen des Kapitals identifiziert statt mit den Kämpfen gegen diese Erscheinungsformen.

Den Niedergang können wir weder als eine objektive Periode des Kapitalismus begreifen, noch kann der progressive Aspekt des Kapitals als eine nun vergangene Periode begriffen werden. Die progressiven und dekadenten Aspekte des Kapitals sind immer gemeinsam aufgetreten. Der Kapitalismus war immer mit einem dekadenten und negativen Prozeß verbunden, mittels des Wertes das Leben zur Ware zu machen. Ebenso war er verbunden mit der Entfaltung der sich in der Opposition befindlichen universellen Klasse, reich an Bedürfnissen und mit dem äußersten Bedürfnis nach einem neuen Leben, jenseits des Kapitals.

Das Problem mit den orthodoxen Marxisten ist deren Bestreben, das Verhängnis des Kapitals nicht in den kollektiven Organisierungs- und Kampfformen des Proletariats zu verorten, sondern in den Erscheinungsformen der kapitalistischen Vergesellschaftung. Dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus wird eine lineares evolutionäres Modell verpaßt. Die revolutionäre Bewegung hin zum Kommunismus umfaßt Brüche; die Theoretisierungen über den Niedergang des Kapitalismus übersehen dies, da sie sich mit Aspekten des Kapitals identifizieren. Dabei hat schon Pannekoek gezeigt, der wirkliche Niedergang des Kapitals ist die Selbst-Emanzipation der Arbeiterklasse.

Theorien gegen die Arbeit: Moishe Postone

Die Besprechung des Buches von Moishe Postone in der Zeitschrift *Capital & Class* endet mit der Feststellung, daß Postone ein revisionistischer Marxist sei, aber die von ihm gelieferte Kritik der Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Debatte um Marx darstelle. Es ist ein interessantes Phänomen, daß heute fast jeder ernstzunehmende Versuch einer Diskussion über die Theorie von Marx an seiner radikalen Kritik der Arbeit – der Arbeit schlechthin, nicht nur der Lohnarbeit wie bei Engels! – nicht vorbeikommt. Genauso auffällig ist aber, daß diese Versuche alle »revisionistisch« in dem Sinne sind, daß sie von der bei Marx mit dieser Kritik verbundenen These, die Arbeiterklasse oder das Proletariat bilde in seiner Bewegung das historische Subjekt, das allein die Kritik der Arbeit praktisch durchführen könne, abrücken und sie zunehmend leugnen (Postone, Gorz, die Crisis-Gruppe um Kurz usw.).

Postone bemüht sich seit zwanzig Jahren (s. die untenstehende Textliste), wieder an den kritischen Gehalt der Theorie von Marx zu erinnern und nimmt dabei den orthodoxen Marxismus oder Ansätze der kritischen Theorie aufs Korn. Wenn er dies heute noch genauso wie vor zwanzig Jahren mit dem Gestus des einsamen Kämpfers gegen die übermächtige Marxorthodoxie tut, dann wirkt das in der Tat – wie Chris Arthur bemerkt – etwas lächerlich. Postone behandelt an vielen Stellen dieselben Fragen, die den Ausgangspunkt der sogenannten »operaistischen« Theorie in Italien bildeten: Er kritisiert die Vorstellung, der Kapitalismus sei eine Marktwirtschaft und könne daher durch Planung überwunden werden. Indem er an die Marxsche Entdeckung erinnert, daß die Produktionsverhältnisse die Distributionsweisen bestimmen und nicht umgekehrt, kann er den Plan als etwas dem Kapitalismus zugehöriges kritisieren. Er betont, daß sich die kapitalistischen Verhältnisse tief in die gesamte Struktur des Produktionsprozesse eingeprägt haben, daß sie die Produktionsformen stofflich bestimmen, es mit der bloßen Änderung von Eigentumsverhältnisse nicht getan ist. Und daß es daher auch nicht um die *Veränderung* der Arbeit, sondern um ihre Zurückdrängung und *Abschaffung* geht. Die Texte von Raniero Panzieri zu Plan und Maschinerie kritisieren in ganz ähnlicher Weise die Vorstellungen des zur Partei- und Staatsideologie geronnen Marxismus (nachgedruckt in Thekla 7, siehe auch den Artikel zum Operaismus in Wildcat 64/65). Diese gesamte Theorieströmung wird von Postone an keinem Punkt erwähnt – dabei benutzt er teilweise fast identische Formulierungen, wie sie bei dem damaligen »Philosophen« der Operaismus, Mario Tronti, zu finden sind (s. *Arbeiter und Kapital*, nachgedruckt in Thekla 9). Daß er sie nicht kannte, ist schwer vorstellbar, da er sich in den 70er Jahren an der Frankfurter Uni aufhielt. Entweder gehorcht er mit dieser Ignoranz den Diktaten des Wissenschaftsbetriebes, der die operaistischen Strömungen schon bald als »terroristische«

ausgrenzte, oder er vermeidet bewußt eine Auseinandersetzung, weil von Leuten wie Panzieri die radikale Kritik der orthodoxen Auffassungen mit einer Neubegründung des Klassenkampfs verbunden wurde. Postone sucht dagegen seine Adressaten im Kreis der »neuen sozialen Bewegungen«, so wie Gorz oder Kurz es auch tun und damit in ihren praktischen Konsequenzen unweigerlich in reformistische Vorschläge für den Kapitalismus abgleiten.

Hinter dieser theoretischen Trennung von Kritik der Arbeit und Klassenantagonismus steckt das reale politische Problem der »Spaltung zwischen Klassenbewegung und Revolte«, wie wir es in den 80er Jahren genannt haben. Über diese materielle Grundlage, die sowohl die verbreitete Kritik an der Arbeit trägt, wie auch die Verabschiedung vom Proletariat, kann sich Postone aber nicht vergewissern. In diesem Sinne ist er blind gegenüber den Konstitutionsbedingungen seines eigenen theoretischen Tuns. Überhaupt fällt es auf, daß er den philosophischen Horizont nie verläßt. Er fordert zwar an vielen Punkten dazu auf, seine theoretisch geschärfte Kritik mit der Analyse der wirklichen Entwicklungen zu verbinden, aber sowohl in dem Aufsatz in *Social Research* wie in dem besprochenen Buch bricht er immer genau an den Punkten ab, wo es spannend werden würde. Für Marx war alles Theoretisieren wertlos, das sich nicht auf eine genaue Untersuchung und Kenntnis der wirklichen historischen Entwicklung bezog.
Was Leute wie Postone oder Kurz kennzeichnet, ist ihre erstaunliche Unwissenheit über das wirkliche gesellschaftliche Verhalten zur Arbeit. Während ihre Theorien auf einer abstrakten leidenschaftslosen Ebene die Ablehnung der Arbeit vertreten, unterstellen sie denjenigen, die arbeiten müssen, eine ständige Liebe zur Arbeit. Und dies, obwohl sämtliche sozialen Indikatoren das Gegenteil zeigen. Arbeiterklasse oder Klassenkampf bekommen sie aufgrund ihrer empirischen Unwissenheit nur an seinen oberflächlichsten Kondensaten zu packen, an den Gewerkschaften und Resten von Arbeiterparteien. Auch hier verstoßen sie fundamental gegen ihren Pathos der Entmystifizierung, sitzen selber den im Kapitalismus zwangsläufigen verkehrten Erscheinungsformen auf. Daß diese Verkehrungen dem Kapital eigentümlich sind, beten sie als etwas intelligentere Marxepigonen beständig nach. Nur da, wo es darum ginge, diese Verkehrungen an den aktuellen gesellschaftlichen Formen und Institutionen zu kritisieren, scheitern sie, da ihre Kritik gerade so weit reicht, wie Marx es ihnen vorbuchstabiert hat, also etwa bis 1870. Die breite Institutionalisierung und Mystifizierung des Klassenkonflikts durch Sozialstaat, Gewerkschaften und Tarifautonomie gab es damals nicht. Statt nun, so wie die Marxsche Kritik es an der Ware oder am Geld getan hat, hinter diese sozialen Vergegenständlichungen zu schauen, nehmen sie den ersten Anschein für bare Münze und versuchen, die Realität aus ihren Kategorien abzuleiten.
Bei Postone führt dies zu einer für einen so tiefschürfenden Denker überraschenden sprachlichen Ungenauigkeit: in seinem Buch gebraucht er durchgehend ›Arbeit‹ und ›Arbeiter‹ als identische Begriffe und kopiert so den vulgären, für die

Gewerkschaftsbewegung typischen Sprachgebrauch »Arbeit und Kapital«, »Konflikt zwischen Arbeit und Kapital«. In dieser Sprachverwirrung folgt ihm Arthur, wie der untenstehende Text zeigt. Er sieht zwar noch den Unterschied zwischen Arbeit und lebendigem Arbeiter, setzt aber einen »kritischen Standpunkt der Arbeit« umstandslos mit einem »Klassenstandpunkt« gleich. Postone und Arthur sind professionelle Philosophen – möglicherweise ignorieren sie daher die Philosophiekritik von Marx, der diese Verwandlung von Eigenschaften und Tätigkeiten in selbständige Subjekte als den Kernfehler der Philosophie benannt hat. Daß wir heute so selbstverständlich von der »Arbeit« reden und dazu neigen, sie in ein handelndes Subjekt zu verwandeln, ist selbst nur der besonderen Vergegenständlichung einer lebendigen Tätigkeit in totes Kapital zuzuschreiben.

WILDCAT hat immer versucht, sowohl praktisch wie theoretisch gegen diese Spaltung von Klassenkampf und Revolte anzugehen; eine Spaltung, die der Staat durch die Ruhigstellung finanziert und auf deren materiellen Basis überhaupt erst das Phänomen der vom Proletariat isolierten »sozialen Bewegungen« zu verstehen ist (siehe die Bemerkungen zum Existenzgeld in diesem Zirkular). Diejenigen, die heute nach den Konstitutionsbedingungen eines neuen weltweiten und antagonistischen Klassenkampfs fragen, haben meistens eine radikale Kritik der Arbeit über Bord geworfen – umgekehrt sehen die radikalen Kritiker der Arbeit keinen Antagonismus mehr und flüchten sich daher entweder in die Mystifikation objektiver Gesetzmäßigkeiten, die den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeiführen sollen (Kurz), oder in die Hoffnung auf das allgemeinmenschliche Leiden an Arbeit und Entfremdung (Postone), das zu keinem Antagonismus und daher auch zu keinem revolutionären Bruch führen kann.
Im Unterschied zu den Reformisten der Arbeit (gegen die falsche Arbeit, für mehr Zeitsouveränität, für eine sinnvolle Arbeit, für mehr Selbstbestimmung in der Arbeit, die Idee, es könne eine nicht-entfremdete Arbeit geben usw.) halten Leute wie Postone auf einer sehr abstrakten theoretischen Ebene (dort sogar André Gorz) an der radikalen Ablehnung der Arbeit fest, greifen das auf, was Marx über Befreiung als Befreiung von Arbeit gesagt hat. Aber da, wo sie zu politisch-praktischen Konsequenzen kommen wollen, landet vieles wieder in dem Mief der kleinen reformistischen Veränderung.
Trotzdem plädiere ich dafür, uns nicht aus diesen Debatten herauszuhalten, sondern die jeweiligen Bornierungen und Begrenzungen sehr genau zu kritisieren – gerade um die Kritik der Arbeit mit der Perspektive einer weltweiten revolutionären Bewegung zusammenzubringen.

Weitere Texte von Moishe Postone:

– Postone, Moishe/Reinicke, Helmut, Dialektik und Proletariat, Zur ökonomiekritischen Analyse des Diamat, in: Claudio Pozolli (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, Jahrbuch für Arbeiterbewegung, Band 4, Frankfurt 1976, S. 259-284

– Postone, Moishe, Necessity, Labor and Time, in: Social Research, 45 (1978) 4, S. 739-788 [als hektographierte Rohübersetzung ins Deutsche vorhanden]

– Brick, Barbara/Postone, Moishe, Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, in: Wolfgang Bonss u. Axel Honneth (Hg.), Sozialforschung als Kritik: zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie; Frankfurt/M. 1982, S. 179-239.

– Postone, Moishe, Die Logik des Antisemitismus, in: Merkur, 1982, 1, S. 13-25

* * *

Buchbesprechung aus *Capital & Class*, Nr. 54

Moishe Postone, *Time, Labor, and Social Domination*, Cambridge University Press, Cambridge 1993, 424 Seiten, ISBN 0-521-39157-1, 35.00 £

Besprochen von Chris Arthur [alle Fußnoten vom Übersetzter]

In der Tat wiederholt sich vieles in diesem Buch. Das ist schade, denn die guten Sachen befinden sich hauptsächlich in der zweiten Hälfte. Der erste Teil ist dem Angriff auf einen »Pappkameraden« namens »traditioneller Marxismus« gewidmet. Vieles von dem, was hier als etwas »Neues« behauptet wird, dürfte den Mitgliedern der CSE und der URPE[1] wohlbekannt sein. Im weiteren Fortgang des Buches werden aber tatsächlich originelle Positionen entwickelt.

Für mich liegt das große Verdienst des Buches von Postone darin, daß es die methodologische Frage nach der Bedeutung der dialektischen Logik von Hegel für den Marxismus klärt. Jeder kennt die geheimnisvolle Bemerkung über den »rationellen Kern«, der in Hegels Dialektik stecke.[2] Normalerweise denken die

---

[1]CSE = Conference of Socialist Economics, wurde 1970 gegründet und gibt in London die Zeitschrift *Capital & Class* heraus; URPE = Union for Radical Political Economics of the United States, wurde 1968 in den USA gegründet und gibt dort die Zeitschrift *Review of Radical Political Economics* heraus.

[2]Arthur meint eine Stelle aus dem Nachwort zur zweiten Auflage des ›Kapital‹ von Marx, die ich hier zum besseren Verständnis der Besprechung anführe: »Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts andres als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle. / Die mystifizierende Seite der Hegelschen Dialektik habe ich vor beinah 30 Jahren, zu einer Zeit kritisiert, wo sie noch Tagesmode war. Aber grade als ich den ersten Band des ›Kapital‹ ausarbeitete, gefiel sich das verdrießliche, anmaßliche und mittelmäßige Epigonentum, welches jetzt im gebildeten Deutschland das große Wort führt, darin, Hegel zu behandeln, wie der brave Moses Mendelssohn zu Lessings Zeit den Spinoza behandelt hat, nämlich als ›toten

Leute, man müsse Hegel »wieder auf die Füße stellen«, um zu einer vernünftigen materialistischen Dialektik zu gelangen. Was aber, wenn der »rationelle Kern« von Hegels Dialektik genau in seinem »Idealismus« besteht! – »rationell« in dem Sinn, daß er aus der verrückten Welt der dem Kapital eigenen Verkehrungen von Form und Inhalt herrührt. Diese faszinierende Möglichkeit wird hier erläutert.

Postone zufolge »geht Marx davon aus, daß ein historisches Subjekt im Hegelschen Sinn tatsächlich im Kapitalismus existiert«, nämlich das *Kapital*, das wiederum auf der abstrakten Arbeit beruht. Mit anderen Worten: Hegel hat die widersprüchlichen gesellschaftlichen Formen des Kapitalismus erfaßt, aber »*nicht in ihrer historischen Besonderheit*« (S. 81). Daraus folgt:

> Die Struktur der dialektischen Entfaltung der Marxschen Argumente im *Kapital* sollte als Metakommentar zu Hegel verstanden werden. Marx habe nicht Hegel auf die klassische politische Ökonomie »angewandt«, sondern Hegels Gedanken in einen Zusammenhang zu den Begriffen der gesellschaftlichen Formen der kapitalistischen Gesellschaft gestellt (S. 81).

Während eine bloße Umkehrung von Hegel zu einer materialistischen Geschichtsphilosophie führt, die auf einigen *a priori* gegebenen dialektischen Schemata beruht, ist es die wahre Leistung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, die Formen, die Hegel als absolut und ideell denkt, als gesellschaftliche auszumachen. In diesen Formen kann tatsächlich eine historische »Logik« erkannt werden; aber eine, die *auf die Parameter der kapitalistischen Entwicklung begrenzt* ist, weil deren gesellschaftliche Formen durch eine materielle Abstraktion in der Weise einheitlich konstituiert werden, daß dies eine Dialektik begründet. Die Methode entspricht dem Gegenstand. Postone argumentiert auch zutreffend, daß der Gegenstand die entwickelte kapitalistische Gesellschaft ist – *nur* sofern der Wert als »eine totalisierende Kategorie« existiert (S. 271).

Postone macht sich zu Recht über »Post-Marxisten« und »Post-Modernisten« lustig, die der Kategorie der Totalität die Gültigkeit absprechen, als trügen Hegel und Marx die Schuld an ihr. Dabei reflektieren diese nur (Hegel unkritisch, Marx kritisch) die totalisierende Logik der Wertform, die sich selber so erdrükkend aufzwingt, daß alle Beziehungen von ihr erfaßt werden.

Ausgehend von diesem Begreifen der historischen Besonderheit der Marxschen Kategorien fordert Postone, »den Marxismus nicht als eine universell

---

Hund«. Ich bekannte mich daher offen als Schüler jenes großen Denkers und kokettierte sogar hier und da im Kapitel über die Werttheorie mit der ihm eigentümlichen Ausdrucksweise. Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken.« (MEW Bd. 23, S. 27).

anwendbare Theorie, sondern als eine kritische Theorie speziell für die kapitalistische Gesellschaft« (S. 5) zu begreifen: Sie analysiere die für den Kapitalismus spezifischen Formen von Arbeit, Reichtum und Zeit. Im Einzelnen führt er aus, daß Arbeit *nicht* »das Prinzip der gesellschaftlichen Konstitution und nicht in *allen* Gesellschaften die Quelle des Reichtums« (S. 6) ist. An dieser Stelle droht Verwirrung, da Postone den Begriff »Reichtum« hier ungenau verwendet. Es ist allgemein bekannt, daß Marx der Ansicht entgegengetreten ist, Arbeit sei *die einzige* Quelle des *materiellen* Reichtums. Woran Postone denkt, ist aber folgendes: Erstens, daß nur im Kapitalismus die Arbeitszeit zum Maßstab der *sozialen Form* des Reichtums wird; zweitens, daß in einer Zukunft, die nahezu frei von Arbeit ist, Wissenschaft und Technologie die Hauptquellen des Reichtums sein werden (wobei er sich auf die bekannten Passagen in den *Grundrissen* stützt). Der interessantere Teil seiner Behauptung ist jedoch das Argument, daß nur im Kapitalismus Arbeit eine gesellschaftliche Form annimmt, die sie zur Basis aller gesellschaftlichen Vermittlung macht. Im Verlauf seiner Analyse der Bestimmungen dieser gesellschaftlichen Form der Arbeit schenkt er der eigentümlichen Dialektik der Zeit, die den Trieb zur Akkumulation unterstreicht, viel Aufmerksamkeit.

Sein Verständnis der eigentümlichen gesellschaftlichen Form der Arbeit hat Konsequenzen dafür, wie das Verhältnis zwischen »Struktur« und »Kampf« in angemessener Weise verstanden wird. Postone sagt, das Kapital könne nicht »vollständig« als ein Klassenverhältnis erfaßt werden, dessen innere Entwicklung »allein« auf dem Klassenkampf beruht. Überzeugend zeigt er, daß zusätzlich zu solchen Überlegungen die dem Kapital *eigene* strukturelle Logik begriffen werden muß: der Wert »ist weder ein bloßer Regulator der Zirkulation, noch allein eine Kategorie der Klassenausbeutung; sondern als selbstverwertender Wert formt er den Produktionsprozesses und begründet die innere Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft« (S. 278).

Diese Interpretation hebt sich von reduktionistischen Betrachtungsweisen, wie sie in John Holloways Aphorismus »Kapital *ist* Klassenkampf« (Bonefeld und Holloway, 1991, Ch. 9) zum Ausdruck kommen. In Wirklichkeit besteht zwischen Struktur und Kampf eine dialektische Wechselbeziehung. Leider verliert Postone diese aber aus den Augen. Sein fataler Fehler besteht darin, daß er von dem »das Kapital kann nicht *vollständig* und *nur* in Klassenbegriffen erfaßt werden« – von diesem »vollständig« und diesem »nur« – zu einer völligen Ablehnung der Bedeutung des Klassenkampfes für den Sozialismus übergeht.

Die zentrale Behauptung seines Buches ist folgende: Während der »traditionelle Marxismus« den Kapitalismus vom *Standpunkt* der Arbeit aus kritisiert, denkt Postone, daß Marx zufolge die Arbeit im Kapitalismus »der *Gegenstand* der Kritik« ist (S. 6). Als Wertbestimmung ist die proletarische Arbeit gesellschaftlich konstitutiv für das Kapital; daher »widerspricht sie ihm nicht völlig« (S. 371). Daraus zieht er die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse dem Kapitalismus und seiner Entwicklung wesentlich angehört, statt die »Verkörperung seiner Negation«

zu sein (S. 17).

Weder die Voraussetzung noch die Schlußfolgerungen treffen zu. Postones Gegensatz zwischen einem Standpunkt der Arbeit und einer Kritik der Arbeit ist eine falsche Antithese. Insoweit die Arbeit sich selbst als den Grund ihrer eigenen Unterdrückung begreift, unterzieht sie sich *einer Selbstkritik.* Postone schließt sich dermaßen in seiner Betrachtung der Kategorien als historisch besondere ein, daß er nicht mehr sehen kann, wie *aus dem Inneren* des Systems heraus seine objektive Transzendenz behauptet werden kann. Daher kann er den Standpunkt der Arbeit nicht als einen erkennen, der zu einer *selbsttranszendierenden* Bewegung führt.

Für mich ist die Positon von Marx »der kritisch eingenommene Standpunkt der Arbeit« (Arthur, 1986: 145). Ich sehe keinen Grund (und auch Postone tat dies vor 20 Jahren noch nicht – siehe Postone und Reinicke, 1974), sich gegen die von Marx selber erklärte Betrachtungsweise zu wenden, daß seine Kritik den Standpunkt »der Klasse« vertritt, »deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist – das Proletariat« (*Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 22).

Das Kapital beruht letztendlich auf proletarischer Arbeit – »daher«, so argumentiert Postone in einem wunderbaren *non sequitur*[3], »kann die Überwindung des Kapitals nicht auf der Selbstbestätigung der Arbeiterklasse beruhen« (S. 371).

Natürlich kann sie! – wenn die Arbeiter sich selber als die menschlichen Wesen bestätigen, die sie zusätzlich zu ihrem Dasein als Träger von Arbeitskraft sind. Postone spricht, als habe das Kapital erfolgreich das Kapitalverhältnis vergegenständlicht – als könnten die Arbeiter nicht in *und gegen* die Wertform denken.

Da Postone diesen objektiven Standpunkt aufgeben hat, kann er seine Kritik nicht mehr gesellschaftlich verorten; er kann nur zu »Möglichkeiten« Zuflucht nehmen, die »subjektiv« begriffen werden könnten, oder auch nicht. »Diese Kritik wurzelt nicht in dem, was ist, sondern in dem, was möglich geworden ist«, schreibt er (S. 361). Er hofft, daß »die Menschen« (S. 373) auf dieser Basis das bestehende Herrschaftssystem bekämpfen mögen. Wie schwach! *Welche* Menschen? Industrielle? Bürokraten? Bischöfe? Wissenschaftler? Arbeiter?

Natürlich unterscheidet sich die proletarische Revolution von der der Bourgeoisie darin, daß letztere innerhalb des Feudalismus ihre eigene Produktionsweise ansatzweise entwickeln und auf der Basis ihres Reichtums, ihrer Erziehung und ihres Wissens über neue Produktivkräfte um die politische Macht wetteifern konnte. Dem Proletariat fehlt diese praktische Basis, um seine Hegemonie zu beanspruchen. Es repräsentiert neue Produktivkräfte nur in dem Sinne, daß seine Revolution gegen das Kapital den Weg für die oben erwähnten Möglichkeiten eröffnet. Die Grundlage für seine Revolte wurzelt in der existierenden Unsicherheit, Belastung und Leere der Lohnarbeit. Der Standpunkt dessen »was ist«, ist

---

[3]Verneinung der Konsequenz; »wer a sagt, muß nicht b sagen«.

auch der Standpunkt dessen »was sein könnte«, wenn er der negative Pol eines Widerspruchs ist.

Der Schlüssel zu Postones Perspektive sind die Passagen der *Grundrisse* und des *Kapital*, die sich auf die wachsende Tendenz beziehen, die lebendige Arbeit durch die Resultate des gesellschaftlich angeeigneten Wissens um Wissenschaft und Technologie zu ersetzen. Er ignoriert die von anderen daraus gezogene Schlußfolgerung, daß die »Klasse der Zukunft« die Technokraten sein werden, und bietet stattdessen eine vage Hoffnung, die »Menschen« könnten die Notwendigkeit für einen auf diesem gesellschaftlichen Wissen basierenden Sozialismus erkennen, in dem der Arbeit nur noch eine marginale Rolle zugewiesen wird oder zumindest nicht mehr das Subjekt des »Tretmühleneffekts« ist, der den Akkumulationstrieb des Kapitals konstituiert.

Meinerseits gestehe ich zu, daß die proletarische Revolution es schwer haben wird, »zu sich selbst zu kommen«, denn wegen des leicht »dezentrierten« Verhältnisses zwischen Klassenkampf und den besonderen Formen der »Materialisierung des Kapitals« hat das Proletariat, auch wenn es die auf dem Eigentum beruhenden Klassenverhältnisse zerstört, die schwierige Aufgabe noch vor sich, ein seinem Wesen nach entfremdetes und entfremdendes hierarchisch organisiertes Produktionssystem sich anzueignen und zu reorganisieren. Wenn es der Revolution nicht gelingt, dieses von Grund auf umzukrempeln, dann wird jemand anderes es verwalten und Profit aus ihm ziehen. In diesem Sinne kann das Kapital in gewisser Weise ohne Kapitalismus existieren (vergleiche Mészáros, 1992).

Postone ist ein revisionistischer Marxist; aber ein schüchterner. Das »Neue« hier ist, daß Punkte, die normalerweise von Andersdenkenden *gegen* Marx angeführt werden, als Marx' eigene Standpunkte dargestellt werden! – z.B. die Behauptung, das Proletariat sei nicht »das revolutionäre Subjekt« (S. 388). Trotz seiner zweifelhaften politischen Schlußfolgerungen ist das Buch doch von größem Interesse. Die hier gelieferte »Kritik der Arbeit« ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte um Marx.

Literatur:

Arthur, C.J. (1986) *Dialectics of Labour*, Blackwell, Oxford.

_____ (1993) »Hegel's Logic and Marx's Capital« in *Marx's Method in Capital*, F. Moseley [ed.] Humanities, Atlantic Highlands, NJ.

Bonefeld, W., and J. Holloway [eds.] (1991) *Post-Fordism & Social Form: A Marxist Debate*, Macmillan, London.

Marx, K., *Das Kapital* [hier zitiert nach MEW Bd. 23].

Mészáros, Istvan (1992) Interview, in *Radical Philosophy* 62, Autumn.

Postone, M. and H. Reinicke (1974) »On Nicolaus ›Introduction‹ to the *Grundrisse*« in *Telos* 22.

Der folgende Artikel ist ursprünglich für die Sondernummer der Quer zu dem Erwerbslosenkongreß im Herbst in Hamburg geschrieben worden. Wir drucken ihn jetzt im Zirkular ab, da er dort doch keinen Platz mehr gefunden hat.

Mindestens ein Einkommen?
Die Forderung nach Existenzgeld ist in die Krise geraten

Das Thema Existenzgeld (oder auch: Mindesteinkommen, bedarfsorientierte Grundsicherung, Bürgergeld, negative Einkommenssteuer) hatte in den letzten Jahren Konjunktur. Die Erwerbslosengruppen und Arbeitslosenintiativen waren mit dieser Forderung angetreten, um eine breite und vereinheitlichte Bewegung von Erwerbslosen zu schaffen. Die neue Popularität des Konzepts stellt sie aber vor ein ernsthaftes Problem: es waren nicht massenhafte Demonstrationen von Erwerbslosen, die sich die Forderung nach einer Mindestsicherung auf die Fahnen schrieben, sondern unerwünschte Bündnispartner wie die Neoliberalen sowie Teile der CDU und des Unternehmerlagers. Die Forderung nach Existenzgeld läuft Gefahr, in den Sog der kapitalistischen Umbaupläne am Sozialstaat zu geraten.
Zunächst wurde versucht, die grundlegende Unterschiedlichkeit der Vorschläge aus den verschiedenen Lagern herauszustreichen. Aber so grundverschieden waren und sind sie nicht. Es begann daher begrüßenswerterweise innerhalb der Erwerbslosenbewegung eine selbstkritische Diskussion um die bisherige Forderung. Am weitesten ging bisher der Beitrag in der QUER vom Dezember letzten Jahres. Er sieht, daß eine Mindestsicherung die weitere Prekarisierung der Arbeitsmärkte nur flankieren würde. Er hinterfragt die begrenzte Orientierung auf ein Geldeinkommen und die Fixierung auf den Staat. Dem Kampf um ein Existenzgeld soll daher der Widerstand gegen die Prekarisierung und ein Kampf um Arbeitszeitverkürzung zur Seite gestellt werden. Unübersehbar werden hier Diskussionsstränge von Robert Kurz oder Karl Heinz Roth aufgenommen, die etwas frischen Wind in die reformistisch festgefahrene Existenzgelddebatte bringen könnten. Das wichtigste an dem Beitrag ist daher auch der Vorschlag, zunächst einmal die Realität in der Gesellschaft breiter zu untersuchen. Da, wo er schon versucht, die kritischen Überlegungen in neue Forderungen umzusetzen, bleibt er auf ausgetretenen Pfaden: Forderung eines Mindestlohns oder Weitertreiben der bisherigen Arbeitszeitverkürzungspolitik. Also doch wieder der Appell an den Staat, die weitere Prekarisierung zu verhindern, obwohl klar ist, daß er sie betreibt.

Die Geschichte der Forderung nach Existenzgeld

Heute ist in Vergessenheit geraten, wie in der politisch radikalen Bewegung die Idee entstanden ist, Existenzgeld zu fordern, aber diese Geschichte ist wichtig zum Verständnis der aktuellen Krise der Forderung. Das »Existenzgeld« tauchte erst-

um eine radikale Konfrontation mit der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, deren Grundlage in der Abpressung von Arbeit gesehen wurde. Der Kampf gegen die Arbeit und Ausbeutung bildete daher ein Zentrum und die Machtbasis, von dem aus alle gesellschaftlichen Bereiche der praktischen Kritik unterzogen werden sollten. Die Kämpfe in den Stadtteilen und Hausbesetzungen, Null-Tarif-Aktionen, Bewegungen an den Schulen, gegen Knast oder Psychiatrie standen nicht im Gegensatz zu den Fabrikrevolten, sondern wurden als Einheit gesehen und erfahren. Die verschiedenen kapitalistischen Institutionen zerstören unser Leben, weil sie alle dem Zweck dienen, uns zum lebenslangen Arbeiten in der Leistungsgesellschaft abzurichten. Der Zwang zur Arbeit wurde weithin als die grundlegendste und brutalste Gewalt dieser Gesellschaft empfunden. In den radikalsten theoretischen Strömungen, die vor allem aus Italien kamen, wurde dies offen formuliert und mit einer Kritik am Arbeitsfetisch des orthodoxen Marxismus untermauert.
Den ersten Einschnitt bildete der Krisenangriff des Kapitals Mitte der 70er Jahre, der in Verbindung mit einer enormen politischen Repression die Kämpfe zurückdrängte. Die Arbeitslosigkeit wurde dauerhaft hochgetrieben. Die Unternehmer wollten uns wieder mit Gewalt einbleuen, daß wir gefälligst um Arbeit zu betteln hätten, statt uns gegen ihre Zwänge aufzulehnen. Politisch konnte die Bewegung so abgebrochen werden, aber ihre Inhalte, die Ablehnung der Arbeit, waren damit nicht ausgelöscht. Bezahlte Arbeitslosigkeit wurde als eine befreiende Möglichkeit begriffen: der »glückliche Arbeitslose«! Daneben stand die unmittelbare Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum auf dem Programm: Laden- oder Stromdiebstahl, Schwarzfahren und Hausbesetzungen. Damit war – wie beim Gebrauch von Sozialgeldern für ein »selbstbestimmteres« Leben – eine Individualisierung der Kampfformen verbunden, aber im Unterschied zu heute wurden sie politisch verstanden (oder als solche überhöht).
Den zweiten Einschnitt bildete die Krise 1980/82, die die Arbeitslosigkeit weiter herauftrieb. Die neue Hausbesetzerbewegung dieser Jahre zeigte, daß es auch damit nicht gelang, die Jugendlichen für die kapitalistische Arbeitsgesellschaft zu begeistern. Aber nach deren Rückgang fragten sich die verbliebenen sozialrevolutionären Gruppen, wie sich eine breitere Bewegung entwickeln ließe – ohne daß es dafür eine Massenbasis auf der Straße oder in den Fabriken gab. Hinzukam, daß die gesellschaftliche Entwicklung theoretisch als Tendenz zu einer »postindustriellen Massenarmut« erklärt wurde. Aufgrund der verstärkten Rationalisierung und Automatisierung in der Produktion wurde die baldige Abschaffung der Arbeit durch die Unternehmer selbst vorhergesagt. Es gänge also langfristig nicht mehr um den Kampf gegen den Arbeitszwang, sondern um den Kampf um das pure Existenzrecht der arbeitslosen Massenarmut. Es kam anders: das Kapital nutzte die Schwächung des gesellschaftlichen Widerstands für einen Boom in den 80er Jahren, in dem in kurzer Zeit über drei Millionen neue Jobs geschaffen wurden – allerdings schlechtere und mieser bezahlte: Leiharbeit, befristete Jobs, Arbeit auf Abruf, neue Klitschen im Zuliefer- und Dienstleistungsbereich waren

angesagt.
Wir hatten auf diese Entwicklung schon damals hingewiesen, aber der Vorschlag, Kampfinitiativen und praktische Untersuchungen innerhalb einer neu zusammengesetzten und prekarisierten Arbeiterklasse zu probieren, fiel auf keinen fruchtbaren Boden. Das Dilemma der damaligen sozialrevolutionären Gruppen, die zu den Vorläufern der heutigen Erwerbslosenbewegung gehören, lag darin, daß sie *für sich selber* die Nutzung der Sozialleistungen (später kam die Nutzung der aufgeblähten ABM-Mittel hinzu) als die befreitere Lebensweise entdeckt hatten, von da aus aber zu keinen umfassenden politischen Vorschlägen mehr kommen konnten. In dieser Situation entstand die Forderung nach dem Existenzgeld, mit dem der Staat das Überleben in der Massenarmut sichern sollte.

Existenzgeld – integrierbar in die neue Kapitalpolitik

Damit war an zwei Punkten eine entscheidende Wende vollzogen. Erstens kam es zu einer Hinwendung zum Staat, dem nun wieder die Aufgabe zugeteilt wurde, das gesellschaftliche Gemeinwohl zu organisieren. Er wurde nicht mehr als politische Seite der kapitalistischen Herrschaft gesehen, sondern als neutrale Instanz, der die Auswirkungen der kapitalistischen Krisenpolitik kompensieren könne. Der materielle Hintergrund war die zunehmende Integration der radikalen Kräfte in eine systemtragende Politik – nicht zuletzt über den Weg der Grünen in die Parlamente.
Zweitens wurde mit diesem Konzept der Klassenkonflikt, der sich zentral um die Abpressung von Arbeit dreht, unterschlagen. »Der Abschied vom Proletariat« war damals Zeitgeist, und die Theorie der Massenarmut behauptete, daß der Konflikt entlang des Arbeitszwangs absehbar bedeutungslos werde. Stehen sich aber im Konzept der Massenarmut nicht mehr spezifische Klassen gegenüber, dann wird nur noch die Beziehung zwischen Individuum (Bürger) und Staat gesehen. Das Existenzgeld war – aufgrund der fehlenden Klassenbestimmung – schon immer ein »Bürgergeld«, denn als einzelner gegenüber dem Staat ist das Individuum eben nur Bürger – der eine ärmer, der andere reicher, aber daraus ergibt sich keine kollektive Bestimmung. Insofern ist es auch nur ein Taschenspielertrick, wenn Horst Kahrs meint, schon die Begriffe »Bürgergeld« und »Existenzgeld« würden auf einen wesentlichen Unterschied hinweisen. Von der gesellschaftspolitischen, klassenlosen Konstruktion her ist das Existenzgeld gerade ein Bürgergeld.
Schon damals war natürlich nicht unbekannt, daß Neoliberale wie Milton Friedman oder Margaret Thatcher an ähnlichen Konzepten bastelten. Der eigene Vorschlag eines Existenzgeldes wurde aber vor dem Hintergrund einer sich rapide verbreitenden arbeitslosen Massenarmut (im Unterschied zu dem sich tatsächlich ausweitenden Phänomen der »working poor«, also der Armut innerhalb der Lohnarbeit) gesehen. Daher erschien die Nähe zu den neoliberalen Konzepten unbedenklich, die ja gerade auf eine verstärkte Integration in die Arbeit abzielten. Zudem war

den arbeitslosen Massenarmut (im Unterschied zu dem sich tatsächlich ausweitenden Phänomen der »working poor«, also der Armut innerhalb der Lohnarbeit) gesehen. Daher erschien die Nähe zu den neoliberalen Konzepten unbedenklich, die ja gerade auf eine verstärkte Integration in die Arbeit abzielten. Zudem war der Vorschlag von der politischen Elite – abgesehen von einigen Außenseitern – noch nicht ins Spiel gebracht worden. Durch diese Betrachtungsweise wurde in der Erwerbslosenbewegung jahrelang übersehen, welcher funktionale Zusammenhang zwischen der vom Kapital gewollten Prekarisierung der Arbeitsmärkte und einer Mindestsicherung besteht. Diese funktioniert dann nämlich als staatliche Subventionierung von Billiglohnarbeit und Arbeit ohne andere Absicherungen (befristete Jobs, Scheinselbständigkeit, Teilzeitarbeit usw.). Das Konzept Existenzgeld wurde auch quantitativ von Anfang an so bescheiden formuliert (1500 Mark), daß eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum zusätzliche Arbeit erfordern würde.

Das Mißverständnis über den Sozialstaat

Der Orientierung auf einen anderen Sozialstaat lag ein weiteres historisches Mißverständnis zugrunde. Ausgehend von der eigenen Lebenspraxis, Sozialgelder für ein Leben mit weniger oder ohne Arbeit nutzbar zu machen, wurde übersehen, daß der Sozialstaat historisch entstanden ist, um den Zwang zur Arbeit abzusichern. Die wesentlichen Leistungen wie Rente oder Arbeitslosenversicherung sind daran gebunden, daß wir uns dauerhaft in die Arbeitsgesellschaft integrieren lassen. Nicht umsonst wurde die Rente in der sozialpolitischen Diskussion als »Durchhalteprämie« gekennzeichnet. Jede einzelne Leistung wird für die Zeit der Nicht-Arbeit gezahlt, weshalb der Schein entsteht, der Sozialstaat könne in diese Richtung der Existenzsicherung bei Nichtarbeit hin »weiterentwickelt« werden. Aber das sozialstaatliche System bildet gerade den umfassenden Zwang zur Arbeit, weswegen es hier für uns auch nichts weiterzuentwickeln gibt!
Die neoliberalen Varianten eines Existenzgeldes treten heute auf den Plan, weil die bisherige Form der Sozialversicherung die dauerhafte Einbindung in die Arbeit nicht mehr sicherstellt. Der Sozialstaat ist nicht irgendwie zu teuer geworden, sondern die ausgegebenen Gelder machen sich nicht mehr hinreichend als Produktivität und Arbeitsmotivation bezahlt. Und auf der andern Seite können mit ihr die zunehmende Arbeit von Frauen in prekären Jobs oder das wechselhafte, aber sehr wohl hochproduktive Arbeitsleben jüngerer Leute nicht mehr sozial gesichert werden. Die Modelle einer Grundsicherung sollen die Kombination von Sozialleistung und Arbeit ermöglichen und damit mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme schaffen.
Auf der anderen Seite ist in der Erwerbslosenbewegung die Kritik an der Arbeit gründlich in Vergessenheit geraten. »Vollbeschäftigung« erscheint als ein ideales, nur leider nicht erreichbares Ziel. Insofern hat es die jahrelange Arbeitslosigkeit

geschafft, die linke Diskussion zu verändern – von der Kritik der Arbeitsgesellschaft zum (Horror)Traum der Vollbeschäftigung. Zwar wird von Teilen der Bewegung die Forderung nach dem Existenzgeld noch mit einem »Recht auf Faulheit« verbunden, aber dafür fehlt der Adressat und das Subjekt. Das Leiden an der Arbeit ist vor allem dort verbreitet, wo sich die Menschen dem Zwang zur Arbeit nicht entziehen können. Dort müßte also auch ein Kampf ansetzen, der dieses Leiden wieder aus dem Schatten holt und in den Mittelpunkt einer politischen Initiative stellt.

F.

Vollzeit-Surfer
Wie die Nicht-Arbeit die Produktivität erhöht

In den 80er Jahren haben wir mehrfach darauf hingewiesen, daß der lockere Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozi in der BRD auch dem Zweck dient, ein politisch radikales Potential aus den Fabriken fernzuhalten; daß daher das massive Benutzen der Sozialleistungen zwar die ungebrochene Verweigerung der Arbeit anzeigt, aber kein revolutionärer Weg sein kann.
»Der Sozialstaat der BRD wirkt also durchaus politisch stabilisierend: er gibt den Leuten, die die Arbeit am massivsten verweigern oder oppositionelle Vorstellungen transportieren, ein relativ hohes Einkommen und verhindert damit, daß sie zu politischen Faktoren in den Sphären der alltäglichen Ausbeutung, des massenhaften Elends werden könnten. Nach den großen Auseinandersetzungen in Wackersdorf gab es den Vorschlag, die Festgenommenen auf den Bezug von Arbeitslosenknete hin zu überprüfen. Ihnen sollte dann wegen der Demobeteiligung (»Nichtvermittelbarkeit«) eine Sperrzeit reingedrückt werden. Dieser Vorschlag ist nicht weiter verfolgt worden, schließlich hält sich der Staat mit der Finanzierung dieser »Chaoten« (an anderer Stelle) den Rücken frei!« (aus dem Artikel zum Häuserkampf in *Wildcat* 42, 1987)
Die These des gezielten Fernhaltens des renitenten Potentials aus den Fabriken wurde von vielen als die übliche Konspirationsmacke der *Wildcat* weggesteckt. Umso interessanter, daß Ökonomen diese Wirkung eines Mindesteinkommen ernsthaft diskutieren. Der Wirtschaftswissenschaftler Franz Haslinger diskutiert in einem Aufsatz ernsthaft die Frage: »Soll man 'Surfern' ein Garantieeinkommen bezahlen?«
Einleitend weist er daraufhin, daß Anfang der 70er Jahre in Hawaii darüber gestritten wurde, ob es moralisch vertretbar sei, den Hippies soziale Unterstützung zu gewähren und ihnen damit ein Leben ohne Arbeit zu ermöglichen, bei dem sie den ganzen Tag lang surfen können. Bis auf einen belgischen Moralphilosophen

hätten dies alle verneint, Haslinger will die Frage aber rein ökonomisch behandeln: »Im folgenden wird anhand eines einfachen Modells gezeigt, daß es nicht nur wirtschaftlich möglich ist, Garantieeinkommen zu bezahlen, sondern daß es ab einem hohen Entwicklungsniveau auch gesellschaftlich durchaus effizient sein kann, dies zu tun.«

In seinem Modell geht er von der Annahme aus, daß die Produktivität der Arbeit gesteigert wird, wenn hochqualifizierte und -motivierte Arbeitskräfte entweder innerhalb eines Unternehmens oder durch die regionale Konzentration einer Branche eng zusammenarbeiten. Was umgekehrt bedeutet, daß durch die Anwesenheit von unmotivierten, zwangsweise in die Produktion eingebundenen Surfern die Produktivität sinkt. Um das Ausmaß dieses Effekts berechnen zu können, stellt er eine beeindruckende Formel auf, in der u.a. ein »Produktivitätseffekt, der von den durchschnittlichen Fähigkeiten und der durchschnittlichen Arbeitskraft eines Arbeiters auf die anderen Arbeiter des Unternehmens ausstrahlt« auftaucht. Der negative Effekt der Anwesenheit von Surfern in der Produktion wird nach dieser Formel um so größer sein, je höher das technologische und Produktivitätsniveau einer Gesellschaft ist. Der Wettbewerbslohn des Surfers würde aber nicht in dem selben Maße sinken. Letztendlich gelangt er zu der Schlußfolgerung: »Ist das technische Niveau hinlänglich hoch, dann ist es für die Gesellschaft besser, den Surfern ein Garantieeinkommen dafür zu zahlen, daß sie sich nicht mehr am Arbeitsprozeß beteiligen. Indem man die Surfer von der Produktion fernhält, kann das Pro-Kopf-Einkommen erhöht werden, da deren negative Auswirkungen auf die durchschnittliche Arbeitsproduktivität der Gesellschaft eliminiert werden.«

Er nennt es trotz der komplizierten Formeln ein »einfaches Modell«, weil er einen Idealzustand voraussetzt, damit seine Rechnungen aufgehen: In der Gesellschaft gibt es nur zwei Menschensorten, »Fleißige« und »Surfer«, die sich ohne Mühe – also auch ohne Kontrollprobleme und Kontrollkosten – unterscheiden lassen; die Zahl der Surfer darf nicht zu groß sein; und Surfer bleiben unter sich, sie können die Fleißigen nicht anstecken (im übrigen wird die Bevölkerung und ihre Verteilung konstant gehalten, die Kinder der Surfer werden wieder Surfer, die der Fleißigen wieder Fleißige).

Daß das nicht geht, daß das faktische Mindesteinkommen in den 80er Jahren und seine Versatzstücke in den 90ern nur eine Verzögerung der weiteren Verbreitung des Virus bewirken können, haben die Midnight Notes an Maxwells Dämon demonstriert (s. *TheKla* 12, S. 82ff.), der daran scheitert, daß Information auch Arbeit ist. Haslinger weiß das ebenso, wenn er zu der idealen Annahme der kostenlosen Unterscheidbarkeit zwischen Surfern und Fleißigen schreibt, daß damit »die praktisch so wichtigen (!) Informations- und Kontrollprobleme ausgeschlossen wurden«. ■

Abhängige "Selbständigkeit" – ein neues Gesicht von Ausbeutung

Der Wechsel von der Lohnarbeit in die Selbständigkeit hat Konjunktur. Das Arbeitsamt fördert durch die Zahlung von Übergangsgeld die "Existenzgründung". Mehr und mehr Firmen verzichten auf festangestelltes Personal und lassen "Freie", "Freelancer" und "Selbständige" für sich arbeiten. Die Krankenkassen verzeichnen eine "Flucht aus dem Beschäftigungsverhältnis" und warnen vor einer "sozialen Zeitbombe",[1] die platzt, wenn die ungenügend kranken- und rentenversicherten Selbständigen arbeitsunfähig werden.
Viele ArbeiterInnen sind anfällig für Vorschläge des Unternehmers, in Zukunft auf eigene Rechnung und Verantwortung zu arbeiten und über Arbeitszeit und Einkommen selbst bestimmen zu können. Das alte Modell sozial geschützter Lohnarbeit wird innerhalb der Klasse nicht massiv verteidigt, weil sich die Hoffnungen der traditionellen Arbeiterbewegung auf einen kollektiven Emanzipationsprozeß zersetzt haben. Genaueres Hinsehen macht deutlich, daß ein Teil dieser "neuen Selbständigen" einen wesentlichen Bestandteil der "postfordistischen" netzwerkartigen Fabrik bilden. Ihre Arbeit ist eher mit der der alten "Massenarbeiter" zu vergleichen als mit der von traditionellen Freiberuflern. Wer etwas über die neue Klassenzusammensetzung wissen will, muß sich auch mit den abhängigen Selbständigen befassen.

Die "neuen Selbständigen"

Unter dem Begriff "Selbständige" versammelt sich ein sehr breites Spektrum, das von mittelständischen Unternehmern mit mehreren hundert Beschäftigten über die freien Handelsvertreter bis hin zum selbständigen Eisenflechter reicht. Diese Gleichheit vor dem Steuergesetz verdeckt, daß es unter den "Selbständigen" eine ganze Reihe von Erwerbstätigen gibt, deren tatsächliche Stellung im Produktionsprozeß reichlich wenig mit "unternehmerischem Handeln" zu tun hat und die kaum ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Mitte der 70er Jahre schien es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis praktisch alle Erwerbstätigen in der BRD in einem abhängigen und gegen Risiken abgesicherten Beschäftigungsverhältnis stehen. Die Auflösung des traditionellen Sektors (kleine Handwerksbetriebe, Einzelhändler, selbständige Bauern, v.a. zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmittel und handwerklichen Leistungen) hatte seit den 50er Jahren zu einer ständigen Zunahme der lohnabhängigen gegenüber den nichtlohnabhängigen Erwerbstätigen geführt. Das traditionelle "Kleinbürgertum", das im Besitz seiner Produktionsmittel war, verschwand mehr und mehr. Die dort

---

[1] Schöner Schein - Eine neue Selbständigkeit zweiter Klasse breitet sich aus in Deutschland, in: Wirtschaftswoche, 8.7.94.

das im Besitz seiner Produktionsmittel war, verschwand mehr und mehr. Die dort Beschäftigten wurden abhängige Erwerbstätige in Fabriken oder in der staatlichen Verwaltung. Auch Sektoren abhängiger Arbeit, die traditionell prekär waren wie Bauarbeit oder Hafenarbeit, waren durch sozialstaatliche Regelungen in ihrem Jahreseinkommen weitgehend abgesichert worden.
Eine Wende in dieser Entwicklung brachte die kapitalistische Krisenpolitik als Antwort auf den Klassenkampfzyklus Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, die in der Folge in Westeuropa Millionen ArbeiterInnen auf die Straße setzte.
Am ausgeprägtesten in Italien und England (aber auch in der BRD v.a. nach 1989) findet seit Anfang der 80er Jahre eine zahlenmäßige Verschiebung in der rechtlichen Form der Erwerbstätigkeit statt. Die Zahl der "Selbständigen" sinkt nicht mehr, sondern steigt eher an. Diese Entwicklung wird von der neolilberalen Politik in England seit 1979, in der BRD seit 1981 massiv gefördert und als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit verkauft.[2]
Zum einen stiegen – wie zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auch früher üblich – die Unternehmensgründungen im traditionellen Sektor (typisch in Ostdeutschland nach der Wende, wo für viele erwerbslos gewordene Staatsfunktionäre und Immigranten der Einstieg in die selbständige Erwerbstätigkeit die einzige Überlebensmöglichkeit war). Kennzeichnend für diesen Bereich von Lebensmittelhandel, Kleingewerbe und Gastgewerbe ist die unentlohnte Arbeit von Familienangehörigen und Schwarzarbeit. Die Arbeitszeiten sind wesentlich länger als in vergleichbaren größeren Betrieben. Neu für die BRD ist nur die Herausbildung eines "ethnischen Kleingewerbes", wie es für andere Einwanderungsländer schon seit langem charakteristisch ist. Diese Selbständigen beziehen ihre Waren/ihr Rohmaterial von mehreren Lieferanten, sie haben einen vielfältigen, meist in der Umgebung ansässigen Kundenkreis.
Eine völlig neue Entwicklung von selbständiger Arbeit fand aber im Bereich der industriellen Dienstleistungen und Dienstleistungen für Unternehmen statt. Großbetriebe hatten im Zuge der Krisenpolitik die Neueinstellung von ArbeiterInnen gestoppt oder ganz geschlossen; andere suchten nach Strategien einer betrieblichen Neuorganisation, um die geballte Arbeitermacht der Großfabrik auszuschalten. Bestimmte Arbeitsschritte wurden an Kleinbetriebe und sogenannte Selbständige vergeben. Für das Großunternehmen unrentable Bereiche wie Transport, Wartung, Reinigung, aber auch Planung werden zunehmend an kleine Dienstleistungsbetriebe und Ein-Mann-Unternehmen vergeben.
Kennzeichen des traditionellen Mittelstandes ist, daß die Handwerker im Besitz der Produktionsmittel sind, was ihnen eine gewissen Unabhängigkeit gibt, aber auch selbst arbeiten. Im Unterschied zur neoliberalen Propaganda bedeutet die heutige

---

[2] Helen Rainbird, The Self-Employed: Small Entrepreneurs or Disguised Wage Labourers?, in: Farewell to Flexibility? Hrsg. Anna Pollert, Oxford 1991

Zunahme kleiner Produktionseinheiten jedoch keine Stärkung des kleinen Kapitals gegenüber dem großen oder eine Umverteilung vom großen zum kleinen Kapital. Im Gegenteil hat der Konzentrationsprozeß des Kapitals weiter zugenommen. Selbständige Fuhrunternehmer besitzen zwar heute Produktionsmittel im Wert von 100-200 000 DM. Dies gibt ihnen aber noch lange keine Position der finanziellen Unabhängigkeit, von der aus sie tatsächlich "unternehmerisch tätig" sein könnten. Viele der "neuen Selbständigen" besitzen überhaupt kein Kapital außerhalb ihrer Arbeitskraft.

Wer ist selbständig?

Es ist schwierig, anhand der offiziellen Zahlen (Gewerbeanmeldung) auf die tatsächliche Zahl "neuer Selbständiger" zu schließen. Auf Unternehmensneugründungen kommen in der BRD fast ebensoviele Abmeldungen. Viele sind nur formal angemeldet, um Steuern zu sparen, ohne je wirklich tätig zu werden. Andere legalisieren ihr Gewerbe nicht, weil sie staatliche Transferleistungen beziehen, machen also Schwarzarbeit. Die Zahl der abhängigen Selbständigen dürfte heute in der BRD schon mehrere 100 000 umfassen.[3]

Im deutschen Arbeitsrecht ist die entscheidende Bedingung, ob jemand Arbeitnehmer ist oder nicht (und folglich der Sozialversicherungspflicht untersteht, Kündigungsschutz, Anspruch auf Urlaub und Lohnfortzahlung hat), die persönliche Abhängigkeit von einem Arbeitgeber, der ihm Weisungen erteilt und den Arbeitstag einteilt (Ohne Arbeitgeber kein Arbeitnehmer). Angesichts der Veränderung der Arbeitsorganisation in den Betrieben einerseits, die auch Arbeitnehmern höhere Entscheidungsfreiheit über die Einteilung ihrer Arbeit zuspricht, und der sprunghaften Zunahme eines neuen Typs von "selbständiger Arbeit" wird über diese Definition gerade heftig diskutiert. Denn ein Großteil der "neuen Selbständigen" lebt "von der Hand in den Mund" und zahlt aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine Beiträge zur Rentenversicherung. Die zukünftige Abhängigkeit von Sozialhilfe wird von Sozialrechtlern schon als "soziale Zeitbombe" thematisiert. Aus diesem Grund argumentieren Krankenkassen und gewerkschaftlich orientierte Arbeitsrechtler mit der "wirtschaftlichen Abhängigkeit" der neuen Selbständigen, die den Schutz des Arbeitsrechts erfordert.

Abhängige Selbständigkeit

Die "neuen Selbständigen" sind zunehmend Einmann/Einfrau-Unternehmen. Sie sind vorwiegend im Transport, Bau-, Metall- und EDV-Sektor tätig und übernehmen Arbeiten, die häufig vorher von Beschäftigten des Großunternehmens selbst ausgeführt wurden. Äußerlich sind sie oft nicht von den übrigen Beschäfigten zu

---

[3] Mayer, U./Paasch, U., Ein Schein von Selbständigkeit. Ein-Personen-Unternehmen als neue Form der Abhängigkeit, Köln 1990

unterscheiden. Der Unterschied ist, daß sie alle Risiken der Wechselfälle des Lebens selbst tragen bzw. absichern müssen. Sehr oft sind sie von *einem* Auftraggeber abhängig. Da die Palette sehr breit ist, will ich einige typische "selbständige Arbeiter" beschreiben.

* EDV-Berater/Netzwerkbetreuer. Eingesetztes Kapital: null. Er ist in einem Betrieb für die Betreuung des Computernetzwerks zuständig. Formale Qualifikationen, wie sie für Festeinstellungen in Großbetrieben Voraussetzung sind, sind hier nicht gefragt. Von einem Beschäftigten des Unternehmens unterscheidet ihn äußerlich nur, daß Krankheit und Urlaub zu seinen Lasten geht. Er bezieht ein monatliches festes Honorar, das er selbst versteuert. Seine Arbeitszeit richtet sich nach der des Unternehmens, sie kann u.U. sehr lang sein, wenn das Computersystem zusammenbricht und er es bis zum nächsten Morgen in den Griff kriegen muß. "Überstunden" werden nicht bezahlt. Berufliche Fortbildung ist ebenfalls seine Privatangelegenheit.

* KurierfahrerInnen. Eingesetztes Kapital: von Fahrrad bis Kleinlieferwagen. Voraussetzung: Führerschein. Sie sind gewöhnlich angeschlossen an ein oder mehrere Unternehmen, das ihnen Aufträge erteilt. Stadtkuriere müssen sich zu bestimmten Zeiten bereithalten, um Sendungen zu verteilen, die von Overnight-Linien gebracht werden. Danach können sie den ganzen Tag über Aufträge für Stadtfahrten bekommen – je nachdem, wieviel sie arbeiten wollen. Vor langen Wochenenden und an heißen Tagen ziehen viele die Freizeit vor. Die Fluktuation in diesem Gewerbe ist sehr hoch. Wer in den ersten Monaten nicht auf einen ausreichenden Verdienst kommt, steigt aus. Wer drei Jahre dabei ist, gehört schon zum Stamm. Manche schaffen den Aufstieg und erwerben weitere Autos, mit denen sie dann andere Kuriere fahren lassen.

Die Selbständigkeit ist häufig keine freiwillige Entscheidung der Fahrer. Viele Speditionen haben in den letzten Jahren ihr Personal drastisch abgebaut und beschäftigen keine Fahrer mehr, sondern nur noch "Unternehmer". Jüngst hat UPS in Berlin seinen Fahrern ihre Entlassung im Herbst angekündigt. Die Fahrer können den UPS-LKW erwerben und bekommen dann pro Monat eine Pauschale von 7000,-. Reparaturen, Diesel, Versicherungen usw. sind dann Sache jedes einzelnen Fahrers.

* Selbständige auf dem Bau haben zahlenmäßig zugenommen, seit die Leiharbeit im Bauhauptgewerbe 1981 verboten wurde. Der Unterschied zum traditionellen Bauhandwerk ist, daß die selbständigen Schweißer, Eisenflechter usw. keine in die Handwerksrolle eingetragenen Meister sind. Häufig handelt es sich um Arbeiter, die ganz normal in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind. Der Werkvertrag dient allein dem Unternehmer, um die Sozialabgaben zu sparen. Unter den Selbständigen, die häufig die Baustelle wechseln, befinden sich einige, die diese Form von Erwerbstätigkeit wählen, weil sie Schulden haben und so der Lohnpfändung entgehen. In England gab es schon Ende der 70er Jahre eine Welle von Unternehmensanmeldungen im Baugewerbe, weil die Bauarbeiter auf diese Weise

wesentlich bessere Löhne erhalten konnten. Zusammengeschlossen in Kolonnen konnten und können sie relativ gute Bedingungen für sich durchsetzen. Sie entsprechen damit gar nicht dem Bild, das hiesige Gewerkschafter von ihnen gerne malen.
Abgesehen von diesen typischen Bereichen gibt es ständig neue Versuche von Unternehmern die Lohnnebenkosten einzusparen und Leute als "Selbständige" zu beschäftigen: als Regalbestücker, Lagerarbeiter, als Propagandistin usw. Wer dem entgehen will, kann den Arbeitnehmerstatus individuell einklagen. Meistens geschieht dies erst nachträglich, denn eine Weiterbeschäftigung ist unter diesen Umständen illusorisch.

Wer ist "ArbeiterIn"?

In der Diskussion um die "postfordistischen" Arbeitsbedingungen geht bei der Abwägung zwischen der Sicherheit des Normalarbeitsverhältnisses und der Prekarität der neuen Beschäftigungsformen gerne verloren, daß diese dauerhafte Einbindung der Mehrheit der ProletarierInnen in Beschäftigungsverhältnisse eine historisch sehr neue und kurze Phase umfaßt. Sie steht am Ende eines lang andauernden Prozesses der Unterwerfung der ProlaterierInnen unter das Kapitalverhältnis. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein hatten ganze Berufsgruppen formell den Status von "Selbständigen"(Weber, Schleifer). Das hat sie nicht daran gehindert, sich zu organisieren und gegen den Kapitalisten, von dem sie abhängig waren, zu kämpfen.
Die sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Regulierung des Lohnarbeiterstatus war historisch erst die Antwort auf einen massiven Klassendruck. Sie konnte den Konflikt eindämmen, indem sie den ArbeiterInnen eine gewisse Existenzsicherheit zugestand und sie dafür im Gegenzug in ein – historisch völlig neues – System der regelmäßigen Arbeit einband, das langjährige Betriebstreue belohnte und die freiwillige Fluktuation eindämmen sollte.[4]
Der Begriff des "Arbeitnehmers", der heute in der Debatte um die neue Selbständigkeit so umkämpft ist, spiegelt nur auf der Ebene des Rechts ein bestimmtes historisches Klassenverhältnis wider, in dem Kapital und Staat die politische Existenz der Arbeiterklasse anerkennen mußten. Angesichts der heutigen Schwäche der ArbeiterInnen als Klasse ist das Kapital nicht mehr auf diese "Bindung" angewiesen. Es versucht, alle Risiken des Verwertungsprozesses auf die ArbeiterInnen abzuwälzen und die Arbeitskraft wieder vollständig zur Ware zu machen.
Wer ArbeiterIn ist, läßt sich also nicht aus der Definition des Arbeitsrechts erklären, sondern nur aus der tatsächlichen Stellung im Produktionsprozeß erkennen.

---

[4] Die kurzen Kündigungsfristen ermöglichten es den ArbeiterInnen, in wirtschaftlichen Aufschwungzeiten rasch den Job zu wechseln, wenn woanders mehr gezahlt wurde. 20 Jahre hohe Arbeitslosigkeit haben diesen Aspekt vergessen gemacht.

Entscheidend ist hier nicht allein der Besitz der Produktionsmittel, sondern ob sie selbst Mehrwert aus der Arbeit anderer aneignen können und wohin dieser Mehrwert fließt.

Die Linke und die "Kleinbürger"

Die abhängigen Selbständigen einfach als "Kleinbürger" und "kleine Kapitalisten" abzuqualifizieren, wie das die Linke traditionell getan hat und immer noch tut, ist gefährlich – insbesondere dann, wenn Staat und Kapital an solchen Spaltungen ansetzen, um Sozialkürzungen gegen die gesamte Klasse durchzusetzen.[5]

Viele Selbständige sind zwar dem Titel nach Unternehmer. Oft besitzen sie sogar Produktionsmittel von hohem nominalen Wert. Das versetzt sie jedoch keineswegs in die Lage, selbständig "am Markt" zu bestehen. Sie sollen sich wie Unternehmer verhalten, konkurrieren jedoch nur untereinander, niemals mit dem großen Kapital, das ihnen gegenüber sowohl als Lieferant, als auch als Kunde auftreten kann. In beiden Fällen diktiert es die Preise und oft auch die Arbeitszeit. Der Mehrwert fließt zum Großunternehmen.

Sergio Bologna schätzt die reale Zahl der abhängigen Selbständigen (Lavoratori autonomi) in Italien auf mehrere Millionen.[6] In ihrer Mehrheit üben sie einfache körperliche Tätigkeiten aus, die rein gar nichts zu tun hat mit "immaterieller Arbeit" akademischer Freiberufler. Er sieht in ihnen eher die Erben des alten "Massenarbeiters" und kritisiert hart eine Linke, die ihr Bezugsobjekt eher nach rassistischen Kriterien auswählt, als nach deren tatsächlicher Stellung im Produktionsprozeß. Eine Linke, die die Arbeit nicht mehr thematisiert, überläßt diese Leute der Lega und den Faschisten. Und diese drängen sie dann in eine korporative Organisierung gemeinsam mit den Unternehmern, von denen sie abhängig sind.[7]

Karl Heinz Roth hat in seinem Referat auf dem Konkret-Kongreß[8] vor zwei Jahren in Anlehnung an Bolognas Untersuchung sehr stark die Figur des "selbständigen

---

5 Primo Moroni, Jeder ist sein eigener Unternehmer, in: SoZ Nr. 11/94

6 Problematiche del lavoro autonomo in Italia, in "altreragioni" I (1/92) und II (4/93); Zusammenfassung in FR vom 16.2.94: "Wenn immer mehr Menschen aus gesicherter Arbeit herausfallen".

7 Diese Polemik benutzt Bologna öfter: die Linke findet in den Immigranten ein ideales Objekt, um das sie sich kümmern kann, weil sie selbst die ImmigrantInnen nur zu niederen, schlecht bezahlten Arbeiten fähig hält - was nicht der Realität entspricht. In seinen Texten zur sozialen Basis des Faschismus bezieht sich Bologna immer wieder auf die Beschäftigten in Kleinbetrieben und die Kleinunternehmer, die auch in den 20er Jahren von der Linken "übersehen" wurden.

8 Karl Hein Roth, Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Die Wiederkehr der Proletarität, Köln 1994

Arbeiters" und ihre mögliche Rolle in künftigen Klassenkämpfen betont – und ist dafür von mehreren Seiten her kritisiert bis belächelt worden. Sein Ansatz geht eher von den "Subjekten" aus: viele der "neuen Selbständigen" kommen aus der Linken. Sie verfügen über vielfältige Erfahrungen von (Selbst-)Organisierung und könnten deshalb zu einem wichtigen Verbindungsglied zwischen Teilen der dezentralisierten Fabrik werden.

Kampfansätze

Die Gewerkschaften versuchen, die "Flucht aus dem Beschäftigungsverhältnis" aufzuhalten durch das rechtliche Einklagen des Arbeitnehmerstatus. Für die einzelnen ArbeiterInnen ist dies oft der einzige Weg, um überhaupt an Urlaub, Lohnfortzahlung usw. heranzukommen. In einigen Fällen haben sich Belegschaften gemeinsam gegen die aufgezwungene Selbständigkeit gewehrt. Aufklärende Propaganda über die materielle Lage des durchschnittlichen Selbständigen kann im Vorfeld einige Illusionen zerstören: wo Selbständige mehr verdienen als Lohnabhängige, tun sie das aufgrund eines erheblich ausgeweiteten Arbeitstages.

Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz der finanziell unsicheren Lage ein großer Teil der Selbständigen nicht mehr in ein normales Lohnarbeitsverhältnis wechseln will. Ein selbständiger Kurierfahrer kann tatsächlich über seine Arbeitszeit freier bestimmen als ein Arbeiter mit Stechkarte. Dieser Wunsch, keinen Chef über sich zu haben, der oft weniger fachliche Kompetenz hat, aber aufgrund seiner Stellung in der Hierarchie den Arbeitstag bestimmen kann, ist ein wesentlicher Grund für viele LohnarbeiterInnen, das Angebot der "Selbständigkeit" anzunehmen.

Dieses Moment von mehr Freiheit als emanzipatorisches Potential gilt es aufzugreifen und in Perspektiven kollektiver Kämpfe einzubringen. Die aktuellen Kämpfe von ausländischen Bauarbeitern in der BRD, die formal selbständig sind, oder der aufsehenerregende Kampf der LKW-Fahrer in Frankreich[9], der den Mythos vom superindividualistischen "Selbstfahrer" Lügen strafte, sind Beispiele für kollektive Kämpfe von selbständigen ArbeiterInnen.

Die "abhängigen Selbständigen" bilden heute einen wesentlichen Teil der Arbeitskraft der neuen netzwerkartigen Unternehmen. Bei der Diskussion um Kampfmöglichkeiten kann es nicht um eine berufsgruppenmäßige Organisierung "der Selbständigen" gehen, sondern nur um eine Organisierung entlang der Produktionszyklen – unahängig vom formalrechtlichen Status der einzelnen ArbeiterInen. Dabei wird es wichtig sein, Kampferfahrungen sowohl aus "vorfordistischer" Zeit als auch aus anderen Ländern, wo diese "Massenselbständigkeit" verbreiteter ist, einzubeziehen.

---

9 siehe Wildcat 60

Das VW-Modell oder ein Personalchef hakt seine Wunschliste ab

Die Vereinbarung zur 4-Tage-Woche bei VW, die im November 1993 geschlossen wurde, gilt bis weit in »linke« Kreise als ein Beispiel für sozialverträgliches Krisenmanagment. Zu den Inhalten und Zielen der »Volkswagen-Lösung« hat der Arbeitsdirektor bei VW, Peter Hartz 1994 ein Buch herausgegeben mit dem Titel »Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht« (Campus Verlag, Frankfurt/Main – Zitate in kursiver Schrift). Schon der Titel formuliert den Anspruch, eine Lösung gefunden zu haben, die sich positiv vom Krisenmanagment anderer Autofirmen abgrenzen soll. In einer Zeit, da die Kapitalfunktionäre längere Arbeitszeiten einforderten, Kohl mit seiner Wortschöpfung des »kollektiven Freizeitparks« den Ball aufnahm, mußte es überraschen, daß hier der Weg einer starken Arbeitszeitverkürzung gewählt wurde. Die Gewerkschaften, allen voran die IG-Metall reklamierten das VW-Modell als ihren Verhandlungserfolg. Hier schien der Weg gefunden zu sein für »solidarische Beschäftigungs- und Standortsicherung«. Die Darstellungen des Peter Hartz geben klar zu erkennen, daß VW mit der 4-Tage Vereinbarung die beste aller Möglichkeiten gewählt hat, die für VW dringend erforderlichen neuen Rationalisierungskonzepte weiter voranzutreiben. Es wird ersichtlich, daß VW hier unter der Entlassungsdrohung Ausgangspunkte gesetzt hat, um zu versuchen, die Widerstände gegen Umstrukturierungen in den »alten« Werken, vor allem im Werk Wolfsburg mit seinen 53 000 Beschäftigten, zu brechen, um zu beweisen, daß der »Industriegigant« Wolfsburg reformierbar ist. Darüberhinaus liest sich das Buch wie eine Zusammenstellung sämtlicher Versatzstücke der neuen Unternehmensstrategien. Es zeigt auf, daß es um mehr geht, als kurzfristig auf Absatzschwierigkeiten zu ragieren, daß auf der Woge der öffentlichen Zustimmung Prozesse eingeleitet werden sollen, die es VW gestatten, die ArbeiterInnen dem Diktat der »ständigen Verbesserung« zu unterwerfen. Nichts soll in Zukunft sicher und »starr« sein, der Lohn, die Arbeitszeit, die Bedingungen an den Arbeitsstellen, die Beschäftigung.

Kühle Rechner

Hartz beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß es galt, Kosten in Höhe von 2 Milliarden einzusparen, und dies ohne *»die soziale Funktion des Großunternehmens Volkswagen zu zerbrechen«*. Die Massenentlassung von 30 000 Menschen wäre *»für die Hauptregion Wolfsburg-Braunschweig-Salzgitter-Hannover, aber auch in Emden und Kassel, nicht mehr vorstellbar und noch viel weniger verkraftbar«*. In den Jahren zuvor war die Belegschaft in Deutschland durch Vorruhestands- und Aufhebungsverträge von über 130 000 auf 100 000 Menschen zurückgefahren worden. Beim Vorruhestand war man inzwischen bei den 55jährigen angelangt. Die betriebsbedingte Kündigung mit Sozialplan hätte Auseinandersetzungen über die Auswahlkriterien mit der Belegschaft bedeutet, die zum

Teil wohl über Arbeitsgerichtsprozesse geführt worden wären. Dies hätte die Dauer des Kostensenkungsprozesses verlängert. Zudem wären die Einsparungen erst in späteren Jahren wirksam geworden, die Sozialplankosten hätten den Lohnkostenanteil pro Fahrzeug in die Höhe getrieben. Zu den Personalkostenanteilen pro Fahrzeug stellt Hartz folgende Rechnung auf: *»Werden die Personalkosten bei Fortführung des sozialverträglichen Abbaus der Beschäftigung mit gleichzeitig maximaler Kurzarbeit mit 100 Prozent angesetzt, reduzieren sich die Kosten bei Massenentlassungen um 6 Prozent. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Entgeltausgleich, also das 4-Tage-Modell für alle 100.000 Beschäftigten, reduziert den Personalkostenanteil je Fahrzeug um 13 Prozent. Dieses Rechenergebnis war überzeugend.«*

Hartz verweist auf eine amerikanische Studie über Folgen von Massenentlassungen: *»60 Prozent der Firmen berichten über sinkende Arbeitsmoral, 40 Prozent über erheblichen Nachschulungsbedarf, 30 Prozent über mehr Überstunden und 20 Prozent über das Ausscheiden der Falschen«*. Gerade den letzten Aspekt betont Hartz: *»Ein Großunternehmen wie VW würde bei der Sozialauswahl gerade altersmäßig die Gruppe verlieren, auf die man in Zukunft setzt. Die Zahl der unter dreißigjährigen Mitarbeiter macht mit 30.000 genau den Bedarf an Personalabbau aus. Ganz zu schweigen vom sozialen Zündstoff der multikulturellen Gesellschaft. Ausländische Mitarbeiterfamilien besitzen aufgrund ihrer größeren Unterhaltsverpflichtungen im Regelfall einen höheren Kündigungsschutz als viele Deutsche (darunter fast 40 Prozent Singles!)«*.

Die Zumutbarkeit oder wieviel Opfer ist ein Arbeitsplatz bei VW wert

Geschickt ist es der Unternehmensleitung bei VW gelungen, die Gewerkschaft ihre Rolle als Beschäftigungssicherer vor der Belegschaft spielen zu lassen. Alle Stellungnahmen der Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten preisen stolz die Vereinbarung als »Bollwerk gegen Entlassungen« und als weiteren Beweis für die »sozialpartnerschaftliche« Konsensfindung bei VW. Sie werden nicht müde zu betonen, wie sie bis zuletzt um die »bestmögliche Lösung« mit der Unternehmensleitung gerungen haben. Der Unternehmensleitung war immer der Stellenwert der *»Volkswagen-Tradition der Mitbestimmung und Kooperation auf allen Ebenen«* bewußt, oder wie Hartz formuliert: *»Denn gerade eine funktionierende Mitbestimmung bewirkt Transparenz, erzeugt mehr Verständnis bei der Belegschaft und hilft so beim Mittragen einer schwierigen Unternehmenssituation«*. Daß die »Vertreter« der ArbeiterInnen ihre Bereitschaft gezeigt haben, für die Vereinbarungsdauer Abstriche von ihrer Arbeitszeitpolitik (Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich) zu machen, ermutigt Hartz, Zugeständnisse bei jedem einzelnen einzufordern: *»Wenn den Menschen ein Arbeitsplatz mit den hohen Kosten der sozialen Sicherheit, der Qualität der Ausbildung, der zusätzlichen Altersversorgung und dem besonderen Schutz eines hohen Mitbestimmungsstandes wirklich etwas wert ist, dann sollte das in ihre eigene Bewertung einfließen: als unsichtbarer zweiter Lohn.*

Dann muß die Bereitschaft da sein, beim ersten, eigentlichen Lohn zumutbare Zugeständnisse zu machen«. »›Hast du noch Arbeit?‹ wird mehr und mehr zur wichtigsten Frage der Menschen im Familien- und Nachbarschaftskreis. Die Frage drückt nicht nur die Sorge, sondern auch den Wert aus, den ein Arbeitsplatz für die Menschen hat. Die Anzahl der Bestätigungen erhöht den Wert, den jeder VW-Mitarbeiter erhält. ›Besser vier Tage als gar nicht arbeiten‹ -zehnmal gehört, zehnmal als Bestätigung empfunden- zieht dem gebrachten Opfer den Stachel des Zweifels. So wird ein variables Arbeitsverhältnis emotional aufgeladen wie ein normales. Diese Bindung und auch die Zumutbarkeit neu zu definieren sind große Aufgaben der nächsten Jahre«. Peter Hartz denkt nicht in so beschränkten Zeiträumen von zwei Jahren (Laufzeit der Betriebsvereinbarung), für ihn ist die Arbeitszeitverkürzung ein Baustein bei der Einführung neuer Arbeitssysteme, bei der der Begriff der Zumutbarkeit eine zentrale Rolle spielt.

»Es geht darum sich Neues, Anderes, Unbequemes zuzumuten.« Warum? Um die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern: *»Es geht um die ›New German Connection‹: Produktivitätsoffensive plus Beschäftigungssicherung«.* Produktivitätsoffensive heißt: *»Die Senkung der Fertigungszeit pro Fahrzeug bedeutet zum Beispiel mehr Teamarbeit, mehr Qualität und Technikbeherrschung am Arbeitsplatz, mehr Direktläufer statt Nacharbeit, mehr Unterstützung aus dem indirekten Bereich oder mehr Simultaneous Engineering für fertigungsgerechte Produkte und Prozesse. -Die Senkung der Lohnkosten pro Fahrzeug beinhaltet zum Beispiel weniger Mehrarbeit und Arbeit in ungünstigen Zeiten und Systemen wie Nachtarbeit oder weniger physisch-psychologisch bedingte Minderproduktion durch ständigen Einsatzwechsel. – Die Erhöhung der effektiven, wertschöpfenden Arbeitszeit pro Mitarbeiter erfolgt durch bessere Maschinennutzungszeiten, geringere Stillstandszeiten oder weniger Fehlzeiten.«* Diese Maßnahmen sollen den Wirkungsgrad des einzelnen an seinem Arbeitsplatz erhöhen, *»dabei wird von dem einzelnen lediglich erwartet, daß die Gegenleistung für seine Personalkosten stimmt«.* Ein weiteres großes Handlungspotential sind für Hartz *»die Verbesserungen, die nicht vorgeschlagen werden«.* Klar sieht er, daß ohne Beschäftigungsperspektiven der »Kontinuierliche Verbesserungsprozeß« (KVP) als Dauerprogramm scheitert (Massenentlassungen hätten diese Rationalisierungsstrategie zersetzt). *»Jedes Rationalisierungsprogramm läuft sich fest, wenn dabei die Mitwirkung des Betroffenen nötig ist. Soviel Selbstlosigkeit anzunehmen, ist unrealistisch. Man sollte nicht erwarten, daß Menschen beständig gegen ihren Vorteil handeln.«* Das Neue, Unbequeme soll dosiert zugemutet werden, Hartz spricht von Zumutbarkeitskurven, die Jüngeren sind anders zu belasten als die Älteren, Mitarbeiter mit Familie anders als Singles: *»Je weniger jemand verdient und je mehr Verpflichtungen er hat, um so weniger ist ihm ein Beitrag zuzumuten.«*

Vier Zumutbarkeitsdimensionen werden definiert: die materielle, die funktionale, die geographische und die soziale. Die **materielle** Zumutung liegt in der Einkommenseinbuße bei kürzerer Arbeitszeit, hier zitiert Hartz eine Notiz aus

der »Neuen Züricher Zeitung«, in dem behauptet wird, daß die Beschäftigten in den westlichen Industrieländern insgesamt so viel verdienen, daß eine Einbuße von 10 Prozent für eine große Zahl verkraftbar sei.. Die **funktionale** Zumutung bedeutet, daß eine Vereinbarung geschlossen wird, aus dem normalen Arbeitsprozeß auszuscheiden, um dann in die Qualifizierungsprogramme der Coaching-Gesellschaft[1] zu gehen, eine Umschichtung, die auch dazu führen soll Angestellte in produktionsnahe Tätigkeiten zurückzuführen. Die psychologische Vorbereitung auf den nächsten Job ist eine Funktion dieser Coaching-Gesellschaft. Die **geographische** Zumutbarkeit meint, daß für die ArbeiterInnen bei VW alle vier Werke erreichbar sind. Die **soziale** Zumutbarkeit verlagert Beschäftigungslösungen in den familiären, nachbarschaftlichen Kreis: *»So könnte der Auszubildende aus einem Dorf sein Arbeitsverhältnis beginnen, wenn ein älterer Nachbar dafür kürzer tritt. Mit Hilfe des Sympathiekreises könnte der VW-Arbeitsmarkt Stück für Stück nach außen geöffnet werden. Die soziale Zumutbarkeit muß sich auf eine breitere Gemeinschaft vor Ort stützen können, wenn sie eine Politik neuer Chancen tragen soll.«*

Wichtig ist für Hartz die Definition neuer Grade von Zufriedenheit: *»Wenn die Menschen über die Zumutbarkeit wieder zur sinnvollen eigenen Solidargruppe und dem zugehörigen gerechten Maß zurückfinden, besteht sogar die Chance einer höheren Zufriedenheit. Sie erfahren mehr Sinn, weil alle ein zumutbares Opfer leisten und nicht einige ein großes, andere keines bringen.«*

Die Variabilität der Beschäftigungsverhältnisse oder Hauptsache Arbeit, egal wie und wann

»Der Vollzeitarbeitsplatz ist immer noch das, was die Menschen wollen. Bei weni-

---

[1] »Die Volkswagen AG hat zur Organisierung der Qualifizierungsmaßnahmen eine ›Coaching GmbH für innovative Personal- und Organisationsentwicklung‹ gegründet. Diese Gesellschaft soll jedoch nicht nur Qualifizierungsmaßnahmen entwickeln, organisieren und durchführen, sondern auch als regionale ›Entwicklungsagentur‹ fungieren, die ihren Wirkungskreis über das Unternehmen hinaus ausweitet und als Instrument einer regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik dienen kann. An der Finanzierung und Organisierung dieses neuen Weiterbildungsmodells soll sich daher die Arbeitsverwaltung im Rahmen der geltenden Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes beteiligen. Mit der Coaching Gesellschaft wird auch eine Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landesregierung und anderen Unternehmen bzw. Zulieferern angestrebt. Rosdücher/Seifert, Die Einführung der »4-Tage-Woche« bei der Volkswagen AG, Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin 1994.

Die Inhalte und Ziele sollen sich eng an die Erfordernisse der Autoindustrie und der Zulieferer ausrichten (*»Das pädagogische Konzept der Coaching-Gesellschaft hat zu berücksichtigen, daß sich die Qualifizierung bzw. Qualifikation auch direkt und schnell am Arbeitsplatz umsetzen läßt. darf die Zeit nicht in der Lernstube vertrödelt werden)*, unterstützt werden sollen die KVP-Prozesse, nebenfachliche Qualifikationsvermittlung soll den Übergang in Zuliefer- oder Kundenfirmen erleichtern, aber auch der *»Mut zu neuen Unternehmensgründungen«* soll gefördert werden. Die Qualifizierung und »Betreuung« soll im Schichtbetrieb laufen, die TeilnehmerInnen *»können ihren gewohnten Lebensrythmus bis hin zu Fahrgemeinschaften beibehalten«.*

ger verfügbarer Arbeit ist die bessere Alternative zur Arbeitslosigkeit aber das Teilen und die Neubewertung der Arbeit. Variable Arbeitszeiten mit neuen Bindungsdefinitionen brauchen deshalb einen gesellschaftlich höheren Stellenwert als bisher.... Eine solche Variabilität bricht mit einer Vergangenheit, die Teilzeit, Berufspausen oder eine bedarfsorientierte Beschäftigung lange Zeit tabuisiert hat.« Um wechselhaften Beschäftigungsformen bei VW zumutbar zu machen, versucht Hartz einen ideellen Wert der Arbeit bei VW neben den materiellen zu definieren. Der Arbeitsplatz bei VW gab bisher ein hohes Sicherheitsgefühl bei hohem Sozialleistungsstandard und regional konkurrenzlosem Lohnniveau, die Betriebstreue sei außerordentlich hoch: *»Gerade diese hohe Bindung und dieser hohe Standard bieten heute eine Chance, Vielfalt und Anzahl variabler Beschäftigungsverhältnisse bewußt zu erweitern. Denn eine gute persönliche Situation erlaubt es vielen, sich auf ein variables Beschäftigungsverhältnis einzulassen. Diese größeren persönlichen Bindungen gilt es jetzt gezielt zu nutzen, um die Bindung an das Unternehmen erweitert zu definieren. Der Wert mit seinen Langfristwirkungen, bei einem Unternehmen wie Volkswagen Arbeit, Obhut und Zukunftschancen zu haben, kann viel höher angesetzt werden.* Es geht *»um das langfristige Band, das die Menschen persönlich, untereinander, in den Generationen und Nachbarschaften zu Volkswagen hält und ihnen das Zutrauen gibt, die ganze Variabilität von der Vollzeit bis zur Vollpause ausschöpfen zu können und doch immer wieder vom Unternehmen eingesetzt zu werden.*

Unter der Überschrift »Neue Bindungsformen« faßt Hartz: seine Vorstellungen zusammen: *»Die Variabilität eines Beschäftigungsverhältnisses kann mehrere Möglichkeiten umfassen, zum Beispiel einen Arbeitsvertrag mit Volkswagen oder ein Beschäftigungsverhältnis im weiteren Sinn, bei dem die persönliche Lebensplanung auf Volkswagen beruht. Im Lebensbogen des einzelnen VW-Mitarbeiters gibt es viele Möglichkeiten: Er kann direkt nach der Ausbildung in das Stafettenmodell[2] einsteigen, um danach ein zeitlich anwachsendes Beschäftigungsverhältnis bis zur betriebsüblichen Arbeitszeit zu erhalten. Mehrere Blockzeiten[3] während des*

---

[2] Das Stafettenmodell hat zwei Komponenten: Zum einen sollen die gerade ausgebildeten Arbeitnehmer schrittweise in ein Vollzeitarbeitsverhältnis übernommen werden, und zum anderen sollen ältere Arbeitnehmer nach und nach auf einen Teil ihrer Arbeitszeit verzichten und in den Ruhestand »gleiten«. Wochenarbeitszeiten für Ausgebildete: 20 Stunden bis 24 Monate, 24 Stunden 24 bis 42 Monate, ab 42 Monate 28,8 Stunden = Vollzeit. Wochenarbeitszeiten für ältere Arbeitnehmer: bis 56 Jahre 28,8 Stunden, 56 bis 59 Jahre 24 Stunden, 60 bis 62 Jahre 20 Wochenstunden. Bisher ist nur die erste Komponente für die Ausgebildeten realisiert worden (Vereinbarung vom 24. Mai 1994).

[3] »Ende Mai 1994 haben sich die Tarifparteien über eine Vereinbarung zum Blockmodell geeinigt. Der Grundgedanke des Modells sieht vor, daß jährlich ein Zeitraum von drei Monaten arbeitsfrei bleibt und diese Zeit für Qualifizierung genutzt werden soll. Als Zielgruppe ... sollten ursprünglich vorwiegend Beschäftigte angesprochen werden, die unter 30 Jahre alt und alleinstehend sind. Für diese Gruppe der ›jungen Singles‹ wurde unterstellt, daß die mit der Blockzeit

Berufslebens dienen zum Training für Spitzenleistungen oder für berufliche Neuorientierungen. Eine bedarfsorientierte Beschäftigung auf Jahresbasis eröffnet größere Freiräume, zum Beispiel für einen parallelen Bildungsweg oder eine Zweittätigkeit. Job-sharing der Eltern während der Familienphase ist leichter als bisher zu realisieren. ›Wenn ich weiß, daß ich dazugehöre, kann ich auch lange fortbleiben‹. Das Kommen und Gehen zwischen dem inneren Kreis der bei Volkswagen Beschäftigten und dem äußeren Kreis der Mitarbeiter ist so möglich. Der äußere Kreis setzt sich vor allem zusammen aus freigestellten Mitarbeitern, aus ehemaligen Mitarbeitern bei Zulieferern im Werk[4] *und Urlaubsvertretungen. Volkswagen bietet trotz seines geschrumpften internen Arbeitsmarktes danach die Möglichkeit, seine Beschäftigungsverhältnisse in großer Zahl zu halten und kann bei Bedarf auf diesen Symphatiekreis zurückgreifen, das heißt, schnell wieder entsprechend ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung zu haben.*

Hartz verweist darauf, daß variable Arbeitsverhältnisse, der Abschied von der »*›Vollkonti-Biographie‹, der Fiktion einer über 40 Jahre geschlossenen und aufsteigenden Erwerbstätigkeit*« eine andere Form der Altersversorgung erfordern. Eine Rückkehr zur 5-Tage Woche und zum Vollzeiteinkommen hält er angesichts der Beschäftigungssituation und der Ergebnisse der Rationalisierungsprozesse für nicht absehbar. Alle Elemente des VW-Modells führen ohne Gegensteuerung zu größeren Versorgungslücken im Rentenfall. Abkehr vom endgehaltsorientierten System (»Statusrente«) und Einführung des Systems »Beteiligungsrente« sind Zielvorstellungen. Das jeweilige Einkommen würde zur Bemessungsgrundlage werden, ein »leistungsgerechtes« System, das »*ein Spiegelbild der variablen Wege im Unternehmen und der tatsächlichen Einkommenskurve des Mitarbeiters während*

---

verbundene zusätzliche Arbeitszeit- und Einkommensreduzierung sozial zumutbar ist, weil deren finanzielle Verpflichtungen in der Regel geringer sind und von ihnen aufgrund fehlender familiärer Verpflichtungen eine höhere Mobilität und Flexibilität erwartet werden kann.... Das Weiterbildungsangebot wird sich aber zunächst aus betrieblichen Gründen vor allem an die Mitarbeiter richten, die aufgrund des Produktionsrückgangs, der Produktivitätssteigerungen oder der Auslagerung der Produktion unterbeschäftigt sind. Die Dauer und Lage der zur Qualifizierung bestimmten arbeitsfreien Blockzeit sollen sich nach den Vorstellungen des Managments grundsätzlich nach den Produktionsanforderungen richten, damit konjunkturelle und saisonale Produktionsschwankungen aufgefangen werden können. Auch die Auswahl möglicher Teilnehmer der Qualifizierungsmaßnahmen soll in erster Linie nach den betrieblichen Bedarf erfolgen.« Rosdücher/Seifert.

[4] Ein Schwerpunkt nimmt im Rahmen der »neuen Strategien« das Konzept des »strategischen Insourcing« ein. Zur Vereinfachung der logistischen Prozeßkette werden Zulieferer auf dem Werksgelände angesiedelt, als »Fabrik in der Fabrik«. Gegenseitiger Personaltransfer wird angestrebt. Diese Werke können auch an Dritte liefern. »Materiell endet das Beschäftigungsverhältnis im engeren Sinn zwar mit der Auflösung eines VW-Arbeitsvertrages. Aber das Produkt Volkswagen als Erzeugnis gemeinsamer Anstrengungen macht auch den Zulieferer im Werk zum Mitglied des Volkswagen-Kreises. Denn Fahrzeugherstellung besteht zu 90 Prozent aus Vorarbeit zur Montage, was damit die eigentliche Hauptleistung ist.

seiner Dienstzeit« wäre. Wahl- und Umwandlungsmöglichkeiten sollen angeboten werden zwischen »Barlohn« und Versorgungslohn«, ein »Bausteinsystem« soll entstehen: *»Jahr für Jahr sammelt der Mitarbeiter abhängig von seiner Einkommensentwicklung Rentenbausteine, die er sozusagen ›in der Tasche‹ hat. Kollektiv könnte die Absenkung durch die generelle Arbeitszeitverkürzung durch höhere Bausteine in besonders guten Geschäftsjahren ausgeglichen werden.«*

Die Arbeitszeitverkürzung gibt VW die Möglichkeit Arbeitszeitmodelle einzuführen, die eine optimale Ausnutzung der Betriebszeiten gestatten[5]. *»Herausgekommen ist dabei – außer der idealtypischen Lösung* (4-Tage-Woche) – *eine Fülle von Varianten, die Arbeitszeitverkürzung in die Praxis umsetzt, ohne die Maschinenkapazität eines Werkes herunterzufahren.«*[6]

---

[5] Zunächst wird versucht, die Tage von Montag bis Freitag auszufüllen. Doch die Begehrlichkeit wächst: »Der Volkswagen-Konzern will die Arbeitszeiten an die Autonachfrage anpassen. Beispielsweise könne im Frühjahr mehr und im Herbst weniger gearbeitet werden, sagte VW-Sprecher Otto Ferdinand Wachs am Wochenende. Auch über die Arbeit an Wochenenden werde nachgedacht. ›Der Sonntag hat für uns aber keine Priorität‹, sagte Wachs. ›Wir wollen die atmende Fabrik, also die Kapazität an die Kundennachfrage anpassen.‹ Damit korrigierte VW Angaben des Magazins ›Focus‹, denen zufolge der Wolfsburger Konzern die Sieben-Tage-Woche plant.« ›Neue Westfälische‹ vom 29.5.95.

[6] Rosdücher/Seifert schreiben zu den Betriebsvereinbarungen, die im März/April 1994 in den einzelnen Werken abgeschlossen wurden: »Aus den rund 20 unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen können nur die Grundmuster der neuen Arbeitszeitgestaltung in der Volkswagen AG vorgestellt werden:

– Die Einführung der ›4-Tage-Woche‹ hat die tatsächliche Arbeitszeit keineswegs durchgängig auf vier Arbeitstage mit jeweils 7 Stunden und 12 Minuten begrenzt. Nur etwa 70 v.H. der Belegschaften arbeiten in einem Vier-Tage-Rhythmus, bei dem entweder der Freitag oder der Montag und in einigen Fällen auch andere Wochentage im Wechsel arbeitsfrei bleiben. Vereinzelt sind auch Lösungen vorgesehen, die einen regelmäßigen Wechsel zwischen einer Drei- und Fünf-Tage-Woche ermöglichen oder den Freitag in jeder vierten Woche als Arbeitstag miteinbeziehen. Mit diesen rollierenden Systemen wird gewährleistet, daß die Ab-teilungen an fünf Tagen in der Woche arbeitsfähig bleiben.

– Eine tätsächliche Vier-Tage-Woche ließ sich hauptsächlich in den indirekten Bereichen (d.h. in den nicht direkt mit der Produktion beschäftigten Bereichen) realisieren, wo auch die bisher praktizierte Gleitzeit weiter Anwendung findet.

– Besonders in den Bereichen Lack, Rohbau und Montage war die Einführung einer Vier-Tage-Woche problematisch, weil dies die Maschinenlaufzeiten verkürzt hätte. Aufgrund der technischen Produktionsbedingungen und der hohen Kapitalintensität der Anlagen sowie der damit verbundenen Notwendigkeit zur Produktion größer Stückzahlen, um in die Gewinnschwelle zu fahren, scheidet für diese Bereiche die Reduzierung der Arbeitszeit über eine Vier-Tage-Woche weitgehend aus. Aus diesem Grund wird für diese Bereiche im wesentlichen an der Fünf-Tage-Woche festgehalten und die Arbeitszeitverkürzung entweder über eine Reduzierung der täglichen Schichtzeiten (z.B. auf sechs Stunden inclusive der Pausen beim Zwei-Schicht-System im Leistungslohn) oder bei unterschiedlich langen Schichtzeiten über eine Gewährung von arbeitsfreien Tagen erreicht.

– Die jeweiligen täglichen und wöchentlichen Schichtzeiten streuen erheblich. Zum Teil werden die bisherigen täglichen Arbeitszeiten beibehalten oder sogar ausgedehnt, was zu relativ langen und häufigen Freizeitblöcken führt.

– Die Gewährung von freien Tagen erfolgt in Freizeitblöcken, die regelmäßig alle vier oder fünf

M4 der neue Mitarbeiter oder die kontinuierliche Verbesserung des VW-Menschen

Für Hartz bietet das VW-Modell *»endlich eine Chance zur Stabilisierung der Team- und Gruppenarbeit vor Ort. Die ständige Veränderung der Belegschaftsgruppen durch Personalabbau und -umsetzungen entfällt.«* Und er glaubt, daß die neuen Regelungen eine Dauerlösung darstellen: *»Denn selbst wenn die Konjunktur wieder anzieht, laufen die strukturellen Bemühungen zur Produktivitätssteigerung weiter...«* Er summiert die Umsetzung der bisherigen Prozeßverbesserungen, die *»insbesondere in der Qualität und Produktivität durchschnittliche Verbesserungen zwischen 20 und 30 Prozent«* erzielten. Doch würde der kontinuierliche Verbesserungsprozeß *»trotz der Erfolge relativ schnell an ›natürliche‹, das heißt marktbedingte und in der Konsequenz an psychologische Grenzen stoßen. Eine Schlüsselrolle haben deshalb die neuen arbeitsorganisatorischen und personalpolitischen Modelle... Bei dem Modell ›4-Tage-Woche für alle‹ sinkt die nutzbare Kapazität der Arbeitskraft durch Reduzierung der Arbeitszeit bzw. der Personal-*

Wochen eine freie Arbeitswoche garantieren oder Freizeitblöcke von mehreren Tagen innerhalb eines Quartals vorschreiben. Durch die häufig relativ langen Arbeitszeiten von mehr als sieben Stunden ergeben sich selbst für diejenigen Beschäftigten, die regelmäßig nur vier Tage arbeiten, zusätzliche Zeitguthaben, die durch weitere arbeitsfreie Tage abgegolten werden.

– Die Einführung neuer Schichtsysteme hat teilweise zu Schichtentkoppelungen bzw. flexiblen Schichtwechseln geführt. Dies bedeutet, daß sich nicht nur die Dauer der Schichten, sondern auch deren Anfangs- und Endzeiten ändern und neue Schichten eingeführt werden. Es Handelt sich hierbei im wesentlichen um zusätzliche vierte bzw. fünfte Schichten, die notwendig werden, wenn die tägliche Schichtzeit verkürzt wird. Aber auch zusätzliche Nachtschichten sind unter bestimmten Voraussetzungen zumindestens vorübergehend vorgesehen.

– Darüber hinaus wird in einigen Bereichen (z.B. in den Engpaßbereichen Rohbau und Lackiererei im Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge) ein sog. ›AK-System‹ eingerichtet, mit dem durch zusätzlich eingeteiltes Personal in den jeweiligen Schichten die Produktion auch in den Pausenzeiten aufrecht erhalten werden kann, was dazu führt, daß die Maschinenlaufzeiten auch bei einer Vier-Tage-Woche beibehalten werden können.

– Für bestimmte Personengruppen oder Funktionen können über die beschriebenen Modelle hinaus weitere Sonderregelungen vereinbart werden, die u.a. zeitlich begrenzte projektbezogenen Arbeitszeitmodelle vorsehen können.

– Alle Vereinbarungen sehen vor, bei entsprechender Auftragslage oder bei unvorhergesehenen Produktionsausfall kurzfristig die Arbeitszeit durch eine Ausdehnung der Schichtzeiten oder durch zusätzliche Nachtschichten verlängern zu können. Die Produktion der geplanten Stückzahlen wird somit im Grundsatz sichergestellt, auch wenn dies Mehrarbeit über eine jahresdurchschnittliche Wochenarbeitszeit von 288 Stunden pro Woche bedeuten würde. Die Pflicht zur Zahlung eines Mehrarbeitszuschlages entsteht erst dann, wenn das geleistete Arbeitsvolumen 35 Stunden in der Woche übersteigt.

– Für Führungskräfte und außertariflich Beschäftigte gilt eine sogenannte ›Arbeitszeitsouveränität‹, bei der auf eine Definition der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit im Dienstvertrag verzichtet wird. Für diesen Personenkreis gelten daher vollständig andere Arbeitszeitbedingungen. Ob auch bei diesen Gruppen de facto eine Reduzierung der Arbeitszeit stattfindet, ist nach ersten Erfahrungen zu bezweifeln.«

Rosdücher/Seifert resümieren, daß VW jetzt über ein »sehr differenziertes und flexibles Instrumentarium« verfügt, daß »zur Optimierung der Prozesse genutzt werden kann.« »Insgesamt wurde das bestehende Arbeitszeitsystem grundlegend umorganisiert.«

kapazität zwar um 20 Prozent. Aber die technisch nutzbaren Kapazitäten bleiben unverändert bei 100 Prozent. Deswegen werden die durch ›KVP‹ erzielten Produktivitätsverbesserungen vor allem dazu genutzt, das Personal für einen 5. Arbeitstag zu gewinnen. Springt die Konjunktur an, werden sicher alle Kapazitäten gebraucht.«

Hartz sieht eine ständige Erhöhung des Innovationstempos im globalen Wettbewerb. Darauf will VW mit dem Wandel zum »schlanken« Unternehmen antworten, Stichworte sind hier: keine Verschwendung von Ressourcen, kontinuierliche Verbesserung der Prozesse, flache Organisationsstrukturen mit weniger Hierarchieebenen, Dezentralisierung in übersichtliche Einheiten (die Marken, die Werke, die Cost-Center, die Meisterschaften), Umwandlung der arbeitsteiligen Organisationsformen in Teams- und Gruppen. Und er definiert die Anforderungen an die ArbeiterInnen: *»Für die Mitarbeiter geht es nicht mehr um den Erwerb dieser oder jener Zusatzqualifikationen. Vielmehr ist ein neuer Arbeitnehmertyp gefordert: ein Mitarbeiter mit hoher Flexibilität, was Aufgabe, Einsatzort und Zeitraum der Beschäftigung betrifft... Diesen neuen Mitarbeiter bezeichnet Volkswagen als M4-Mitarbeiter. Und zwar heißt M4: -multifunktional, -mobil, -mitgestaltend, -menschlich.«*

Multifunktional: In den Gruppen soll künftig für Neuerungen gesorgt werden, planerische Aufgaben logistischer oder ablauftechnischer Art sollen übernommen werden. Das Arbeitsteam soll seine eigene Personaleinsatz- und Qualifizierungsplanung durchführen und schließlich seine eigene Produktivität kontrollieren. Hierfür werden Handlungskompetenzen erwartet, die sowohl fachliche als auch überfachliche Qualifikationen umfassen sollen, überfachlich meint hier das *»unternehmerische Engagement«* und den *»Umgang mit Menschen«*. Zu diesen sollen nebenfachliche Qualifikationen kommen, die ArbeiterInnen sollen die Prozesse *»›links‹ und ›rechts‹ von ihrem Arbeitsgebiet«* kennen: *»Kürzere Produktlebenszyklen, Prozeßinnovationen und Nachfrageschwankungen führen dazu, daß sich Arbeitsinhalte stärker wandeln und der Mitarbeiterneue Aufgaben übernehmen muß. Dafür ist aber nicht unbedingt der Mitarbeiter mit einer Doppel- und Dreifachqualifikation gefragt, sondern vor allem seine grundsätzliche Bereitschaft und Fähigkeit, sich immer wieder in neue Arbeitsbereiche einzuarbeiten... Aber der Mitarbeiter muß auch bereit sein, zeitweise Arbeiten mit geringeren Anforderungen zu erledigen. Nur wenn diese Flexibilität gegeben ist, kann das Unternehmen langfristig Beschäftigung auch dann sichern, wenn bestimmte Aufgaben entfallen.«*

Mobil: *»Wenn es in einem bestimmten Werk keine Arbeit für Mitarbeiter mit bestimmten Qualifikationen gibt und ein anderes Werk diese qualifizierten Mitarbeiter braucht, so müssen sie zur Sicherung ihrer Beschäftigung die zumutbare Mobilität zeigen.«*

Mitgestaltend:
Mitgestalten sollen die ArbeiterInnen beim ›Kontinuierlichen Verbesserungsprozeß‹. *»Jetzt beseitigen die Mitarbeiter die erkannten Mängel und Störungen sofort. Und das ist der entscheidende Durchbruch! Die Mitarbeiter warten nicht auf die Entscheidung von ›oben‹. Sie erkennen das Problem und lösen es. Sie gestalten selbst. Und dabei optimieren sie ihren eigenen Arbeitsablauf und beschleunigen den angestrebten Verbesserungsprozeß insgesamt. Der ›Kontinuierliche Verbesserungsprozeß‹ bringt enorme Vorteile für die Mitarbeiter als auch für das Unternehmen. Die Mitarbeiter verbessern nicht nur die eigene Arbeit vor Ort, sie sind auch eher bereit mitzudenken und mitzugestalten, weil sie mit ihrer Arbeit zufrieden sind. Und das Unternehmen kann das Ideenpotential der Mitarbeiter zur Problemlösung optimal nutzen und seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessern.«*

Traum oder Wirklichkeit?

Für die Manager von Autofabriken ist Sabotage ein »soziales Problem«, für die »Saboteure« ist die Arbeit selbst das Problem:

»Diese Leute sind vernünftig und reif. In ihrer eigenen Umgebung draußen würden solche Formen von Vandalismus und Sabotage nicht toleriert. Aber am Arbeitsplatz ist das eine ganz andere Sache... Ford hat wahrscheinlich mehr Leute getötet, geistig umgebracht, als irgendeine andere Scheißfirma. Was immer auch gegen sie unternommen wird, als Mensch stehe ich ganz klar auf der Seite der Leute, die diese Aktionen machen«

(Interview mit einem Autoarbeiter, aus: Sabotage, Sisina Berlin)

Menschlich: *»Letztlich geht es um einen Wandel der Unternehmenskultur von der bisherigen ›Zweckgemeinschaft‹ zur künftigen ›Sinn-Gemeinschaft‹. Aus Mit-Arbeitern werden Mit-Unternehmer, die die persönliche Verantwortung für ihren Aufgabenbereich übernehmen. Eine wichtige Voraussetzung für die ›Sinn-Gemeinschaft‹ ist der menschliche Umgang miteinander und ein Arbeitsplatz mit ›Gesicht‹. Und das heißt: Die Arbeit macht Freude, beinhaltet Freiräume und bietet Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Der Mitarbeiter weiß, daß sein Arbeitsplatz seiner fachlichen und persönlichen Kompetenz entspricht. Seine Leistung wird anerkannt und entsprechend bezahlt. Darüber hinaus hat er Chancen zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung.«*

»M4-Mitarbeiter zu sein heißt, bis zur eigenen Spitzenleistung vorzudringen«

Das Schlußwort soll der Chef von Peter Hartz, Ferdinand Piech – VW-Vorstandsvorsitzender, haben: *»Ohne diese kreative Lösung (4-Tage-Woche) könnten wir unsere enormen Produktivitätsfortschritte nicht realisieren. Wir wären bei unserer Belegschaft an die Wand gefahren.«*

Der Fußgänger als natürliche Feindin

Kürzlich wurde bekannt, daß der Weltkonzern ups (Paketzusteller) im Osten versucht, die braunen Firmen-Karren an seine Arbeiter zu verscheuern, damit diese dann als Subunternehmer arbeiten. Bei den beiden großen anderen privaten Paketdiensten, dpd und german parcel, ist das schon lange so.
Im Transportgewerbe sind Arbeitszeiten und -belastungen extrem, die Bezahlung eher lächerlich. Die meisten Speditionen zahlen pauschale Monatslöhne, bei den kleinen geht's mit 2.500 DM los, bei den großen mit 3.500 (alles brutto). Letzteres klingt est einmal nicht ganz so schlecht, auch weil oft nach spätestens drei Monaten der Lohn aufgestockt wird. Fragt man aber nach den Arbeitszeiten, so stellt sich schnell heraus, daß unter einer 60 Stundenwoche nix drin ist, auch 320 Stunden im Monat sind keine Seltenheit:

Die bundesweit operierende firma "direkt-kuriere" sagt z.B. beim Einstellungsgespräch ganz offen, daß man gutes Geld verdienen könne, wenn man 300 h Stunden im Monat macht (bei einem Bruttostundenlohn von 12.-DM).
Die Firma Hermes (hellblaue Mercedestransporter) ist die Transportabteilung des Otto-Versandes und einiger anderer Versandhäuser, die auch zum Otto-Konzern gehören. Hermes zahlt Stundenlohn: 17.-DM, bei einer 38 Stundenwoche (d.h. 2.800 Brutto bei Normalarbeitszeit, Überstunden mit 125% (d.h. 3.700 brutto bei 10 Überstunden in der Woche), Samstagsarbeit nur in Ausnahmen.
Bei meinem Einstellungsgespräch stellt der Bezirksleiter die Arbeit als dermaßen stressig dar, daß schnell klar wird: sie wollen nicht 100% fitte und leistungswillige Leute etc gleich abschrecken und vor allem von vornherein sagen, wer der Herr im Hause ist. Offensichtlich können sie sich das auch leisten, da er sich an drei Nachmittagen ca 60 BewerberInnen (für 2 Stellen) ansehen wollte und dann zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden (!) eine Vorauswahl treffen wollte (durch diese bin ich glücklicherweise durchgefallen). Bei den "Auserwählten" würde sich dann schon nach wenigen Tagen rausstellen, ob sie die Arbeit pakken oder nicht...
Zu den angebotenen Bedingungen im einzelnen: unbedingte Leistung vom ersten Tag an, Bereitschaft zu Überstunden, 13,4 Paketbewegungen (Abholen und Liefern) pro Stunde (d.h. knapp 4,5 Minuten pro Paketbewegung, also ständig aus dem Auto raus und im Laufschritt arbeiten), Pakete bis zu 30 Kilo müssen bis an die Wohnungstür der Kundin gebracht werden, Streß bis zum Abwinken...

Ein paar Tage später fand ich im Stelleninformationsservice des Arbeitsamtes eine Anzeige: Großbäckerei sucht Fahrer.
Da sie ganz bei mir in der Nähe sind, bin ich hingegangen.

Der Chef des Familiengroßunternehmens (22 Filialen) bot mir genau die Bedingungen, die im Manteltarifvertrag für Fahrer im Bäckerhandwerk in NRW festgelegt sind: 38,5 h-Woche bei fünf Arbeitstagen während der Betriebszeit von Montag bis Samstag (d.h. der Samstag ist Normalarbeitstag und du hast nur jeden sechsten frei, in den anderen fünf Wochen immer einen anderen Wochentag), 18,22 DM Stundenlohn für Kraftfahrer, für jede Überstunde 125% gemessen an der Wochenarbeitszeit (d.h. knapp über 3.000 brutto für die Normalarbeitszeit, mit wöchentlich 10 Überstunden 4.000), die Arbeit geht morgens um 5 Uhr bzw Samstags und vor Feiertagen um 4 Uhr los.
Der Großbäcker hatte wegen Krankenstand und Urlaubszeit großen Druck und gab mir einen auf vier Wochen befristeten Vertrag, in dem (auch laut Tarifvertrag) tägliche Kündigung möglich ist.

Die Arbeit war dann ein echter Hammer:
Für jeden der sieben Fahrer (sechs Wagen und ein Springer als Ersatz für die freien Wochentage) gibt es einen Plan mit genauen Zeitvorgaben, die zwar unerfüllbar sind, aber genau den Druck machen sollen, der nötig ist, um in jeder Filiale und bei den zahlreichen Privatkunden (v.a. Betriebskantinen etc) pünktlich Brot, Brötchen und Kuchen zu liefern. Die Reihenfolge ist für jeden Werktag und für jede Route gleich, nur Samstags und vor Feiertagen gibt es ein paar Abweichungen.
Morgens um fünf (bzw Samstags und vor Feiertagen um vier) lädst du in einem total engen Hof (beim Rausfahren sind immer nur ein paar Zentimeter neben den Außenspiegeln) Container mit vorgebackenen Brötchen (die dann in den Filialen fertiggebacken werden), Bleche mit Kuchen und flache Körbe mit Brot und Brötchen ein.
Backstube und Versand sind so eng, daß man sich sein Zeug teilweise zusammensuchen muß. Wenn du fertig geladen hast und kein anderes Auto der Bäckerei die Ausfahrt versperrt, kannst du losbrettern. Gefordert ist immer die maximale Geschwindigkeit, d.h. morgens im halb sechs auch schon mal 120 in der Stadt (wobei völlig klar ist: alle Knöllchen und sonstigen Strafen, Führerscheinentzug und Knast wegen Unfällen gehen auf deine Kappe), Arbeit im Laufschritt und: Jeder Trick, der die Arbeit erleichtert, den Weg abkürzt, muß sitzen, jeder Handgriff muß klar sein, sonst kommst du mit der Zeitvorgabe überhaupt nicht klar.
Wenn die erste Tour fertig ist, fährst du mit dem eingesammelten Leergut (Körbe, Bleche, Container) zurück, drängelst dich in den Hof, lädst aus, lädst neu ein und gehst wieder auf die Piste usw usw.
In der Backstube und im Versand ist nur Hektik angesagt, Körbestapel werden durch die Gegend geschoben, die Fahrer drängeln die VersandarbeiterInnen, die VersandarbeiterInnen die Bäcker. Alle setzen sich gegenseitig unter Druck, alle sind nach den ersten vier Stunden völlig fertig: Und die ersten vier Stunden sind

Der Fußgänger als natürliche Feindin

Kürzlich wurde bekannt, daß der Weltkonzern ups (Paketzusteller) im Osten versucht, die braunen Firmen-Karren an seine Arbeiter zu verscheuern, damit diese dann als Subunternehmer arbeiten. Bei den beiden großen anderen privaten Paketdiensten, dpd und german parcel, ist das schon lange so.
Im Transportgewerbe sind Arbeitszeiten und -belastungen extrem, die Bezahlung eher lächerlich. Die meisten Speditionen zahlen pauschale Monatslöhne, bei den kleinen geht's mit 2.500 DM los, bei den großen mit 3.500 (alles brutto). Letzteres klingt est einmal nicht ganz so schlecht, auch weil oft nach spätestens drei Monaten der Lohn aufgestockt wird. Fragt man aber nach den Arbeitszeiten, so stellt sich schnell heraus, daß unter einer 60 Stundenwoche nix drin ist, auch 320 Stunden im Monat sind keine Seltenheit:

Die bundesweit operierende firma "direkt-kuriere" sagt z.B. beim Einstellungsgespräch ganz offen, daß man gutes Geld verdienen könne, wenn man 300 h Stunden im Monat macht (bei einem Bruttostundenlohn von 12.-DM).
Die Firma Hermes (hellblaue Mercedestransporter) ist die Transportabteilung des Otto-Versandes und einiger anderer Versandhäuser, die auch zum Otto-Konzern gehören. Hermes zahlt Stundenlohn: 17.-DM, bei einer 38 Stundenwoche (d.h. 2.800 Brutto bei Normalarbeitszeit, Überstunden mit 125% (d.h. 3.700 brutto bei 10 Überstunden in der Woche), Samstagsarbeit nur in Ausnahmen.
Bei meinem Einstellungsgespräch stellt der Bezirksleiter die Arbeit als dermaßen stressig dar, daß schnell klar wird: sie wollen nicht 100% fitte und leistungswillige Leute etc gleich abschrecken und vor allem von vornherein sagen, wer der Herr im Hause ist. Offensichtlich können sie sich das auch leisten, da er sich an drei Nachmittagen ca 60 BewerberInnen (für 2 Stellen) ansehen wollte und dann zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden (!) eine Vorauswahl treffen wollte (durch diese bin ich glücklicherweise durchgefallen). Bei den "Auserwählten" würde sich dann schon nach wenigen Tagen rausstellen, ob sie die Arbeit pakken oder nicht...
Zu den angebotenen Bedingungen im einzelnen: unbedingte Leistung vom ersten Tag an, Bereitschaft zu Überstunden, 13,4 Paketbewegungen (Abholen und Liefern) pro Stunde (d.h. knapp 4,5 Minuten pro Paketbewegung, also ständig aus dem Auto raus und im Laufschritt arbeiten), Pakete bis zu 30 Kilo müssen bis an die Wohnungstür der Kundin gebracht werden, Streß bis zum Abwinken...

Ein paar Tage später fand ich im Stelleninformationsservice des Arbeitsamtes eine Anzeige: Großbäckerei sucht Fahrer.
Da sie ganz bei mir in der Nähe sind, bin ich hingegangen.

Der Chef des Familiengroßunternehmens (22 Filialen) bot mir genau die Bedingungen, die im Manteltarifvertrag für Fahrer im Bäckerhandwerk in NRW festgelegt sind: 38,5 h-Woche bei fünf Arbeitstagen während der Betriebszeit von Montag bis Samstag (d.h. der Samstag ist Normalarbeitstag und du hast nur jeden sechsten frei, in den anderen fünf Wochen immer einen anderen Wochentag), 18,22 DM Stundenlohn für Kraftfahrer, für jede Überstunde 125% gemessen an der Wochenarbeitszeit (d.h. knapp über 3.000 brutto für die Normalarbeitszeit, mit wöchentlich 10 Überstunden 4.000), die Arbeit geht morgens um 5 Uhr bzw Samstags und vor Feiertagen um 4 Uhr los.
Der Großbäcker hatte wegen Krankenstand und Urlaubszeit großen Druck und gab mir einen auf vier Wochen befristeten Vertrag, in dem (auch laut Tarifvertrag) tägliche Kündigung möglich ist.

Die Arbeit war dann ein echter Hammer:
Für jeden der sieben Fahrer (sechs Wagen und ein Springer als Ersatz für die freien Wochentage) gibt es einen Plan mit genauen Zeitvorgaben, die zwar unerfüllbar sind, aber genau den Druck machen sollen, der nötig ist, um in jeder Filiale und bei den zahlreichen Privatkunden (v.a. Betriebskantinen etc) pünktlich Brot, Brötchen und Kuchen zu liefern. Die Reihenfolge ist für jeden Werktag und für jede Route gleich, nur Samstags und vor Feiertagen gibt es ein paar Abweichungen.
Morgens um fünf (bzw Samstags und vor Feiertagen um vier) lädst du in einem total engen Hof (beim Rausfahren sind immer nur ein paar Zentimeter neben den Außenspiegeln) Container mit vorgebackenen Brötchen (die dann in den Filialen fertiggebacken werden), Bleche mit Kuchen und flache Körbe mit Brot und Brötchen ein.
Backstube und Versand sind so eng, daß man sich sein Zeug teilweise zusammensuchen muß. Wenn du fertig geladen hast und kein anderes Auto der Bäckerei die Ausfahrt versperrt, kannst du losbrettern. Gefordert ist immer die maximale Geschwindigkeit, d.h. morgens im halb sechs auch schon mal 120 in der Stadt (wobei völlig klar ist: alle Knöllchen und sonstigen Strafen, Führerscheinentzug und Knast wegen Unfällen gehen auf deine Kappe), Arbeit im Laufschritt und: Jeder Trick, der die Arbeit erleichtert, den Weg abkürzt, muß sitzen, jeder Handgriff muß klar sein, sonst kommst du mit der Zeitvorgabe überhaupt nicht klar.
Wenn die erste Tour fertig ist, fährst du mit dem eingesammelten Leergut (Körbe, Bleche, Container) zurück, drängelst dich in den Hof, lädst aus, lädst neu ein und gehst wieder auf die Piste usw usw.
In der Backstube und im Versand ist nur Hektik angesagt, Körbestapel werden durch die Gegend geschoben, die Fahrer drängeln die VersandarbeiterInnen, die VersandarbeiterInnen die Bäcker. Alle setzen sich gegenseitig unter Druck, alle sind nach den ersten vier Stunden völlig fertig: Und die ersten vier Stunden sind

die wichtigstens, weil da die erste frische Ware in die Läden kommt bzw die Kantinen beliefert werden. Theoretisch gibt es Pausen (1/2 Stunde am Tag, unbezahlt), praktisch ist das nicht drin, niemand macht Pausen, die Bäcker kommen höchstens mal auf den Hof und rauchen ganz schnell eine Zigarette, die Fahrer trinken irgendwo in einer der Filialen im Stehen auf die Schnelle einen Kaffee.

Drei Tage Einarbeitungszeit mit einem der Fahrer als "Anleiter" sind natürlich ein Witz. Der Kollege versuchte, mir jeden Trick beizubringen, machte von sich aus keinen Streß, ließ mich am zweiten Tag fast alles alleine ausprobieren, damit ich am vierten Tag nicht völlig durchdrehte...
Die Arbeit ist körperlich sehr anstrengend, du muß mit hoher Geschwindigkeit ein- und ausladen, dich ständig bücken und strecken, zum rückenschonenden Arbeiten fehlt der Platz, die einzelnen Körbe etc sind nicht so wahnsinnig schwer, aber nach ein paar Stunden merkst du schon, wieviele Kilos du bewegst (abgepacktes Schwarzbrot ist am meisten verhaßt!).
Dazu kommt der Streß beim Autofahren durch die Stadt, unter 9 Stunden am Tag geht gar nix, danach soll noch das Auto ausgefegt werden, Samstags ist richtig Waschen etc angesagt.

Alle KollegInnen in der Zentrale und den Filialen haben mich in den ersten Tagen unterstützt, ihnen war klar, daß sonst meine Tour nicht laufen würde, was ganz einfach auch auf ihre Knochen ginge (andere Fahrer oder jemand aus dem Versand müßte dann einen Teil meiner Tour fahren, wenn ich mit der Zeit zu weit hinterherhängen würde).
Die Verkäuferinnen in den Läden sind seit einigen Jahren nicht mehr nur mit dem normalen Verkauf beschäftigt, sondern müssen auch noch die Brötchenrohlinge backen, Waffeln produzieren und Kaffee ausschenken. Sie verdienen im ersten Berufsjahr 2.146 DM (Monatsgehalt), ab dem 5. BJ sind es 2.763 DM, die Filialleiterinnen kriegen 3.147 DM.
Sogenannte ungelernte Arbeitskräfte für Spül-, Putz und Aufräumungsarbeiten erhalten laut Tarifvertrag je nach Lebensalter zwichen 10.67 und 12.86 DM pro Stunde.
Der Stundenlohn für ausgelernte Bäcker liegt im ersten Gesellenjahr bei 16,12 DM, ab dem fünften Jahr bei 19,11 DM, ohne Zuschläge.

Ich habe mich ab dem ersten Tag, an dem ich alleine auf dem Auto saß, geweigert, im Laufschritt zu arbeiten und vor allem wie ein Verrückter durch die Stadt zu ballern, entsprechend hing ich immer der Zeit hinterher, kriegte die Lieferungen nicht pünktlich hin, die Kantinenarbeiterinnen machten Druck (klar, sie müssen die Brötchen für ihre Kundschaft fertig haben), blockierte zu unvor-

hergesehenen Zeiten den Hof etc.
Es gab wenig direkten Druck von oben, mich schneller zu machen, der Druck wurde einfach durch die Kooperation ausgeübt: wenn ich nach der zweiten Tour schon 1 h hinter dem Plan war, standen bereits die Körbe für die nächste Tour bereit, der Versandvorarbeiter, räumte meinen Wagen mit aus, checkte, ob ich alles geladen hatte und schickte mich wieder los. Inzwischen hatte Filiale X angerufen, die dringend neue Brötchenrohlinge brauchten, irgendeinem Privatkunden auf meiner Strecke war eingefallen, daß er noch ein Blech Kuchen für den Nachmittag wollte und schon ist die Kacke voll am Dampfen.
Jetzt wird jede Fußgängerin auf der Straße für dich als Fahrer zur natürlichen Feindin. Baustellen in der Innenstadt sind tödlich, Verkehrshindernisse jeder Art ein Greuel, eine HBV-Demonstration für höhere Tarife machte mich recht nervös. Der einzige echte Gag, den ich landen konnte, war bei einem bestreikten Großsupermarkt, wo ich blecheweise den Kuchen vom Vortag verteilte und dem wütenden Geschäftsführer, der mich daraufhin zur Rede stellte, Prügel androhte (der arme Kerl kriegt meinen ganzen Haß auf die Brotfahrerei ab). Leider beschwerte er sich nicht bei der Bäckerei...

Als Jobber, der nicht alt werden will in diesem Betrieb, hatte ich es vergleichsweise einfach: mir war ziemlich egal, ob die Brötchen pünktlich kamen, aber es gab auch von mir selber insofern Druck, daß ich keinen Bock auf einen 10h-Tag oder mehr hatte, da bei dieser Bäckerei die Devise gilt: gearbeitet wird so lange bis die Arbeit fertig ist, von festen Arbeitszeiten kann keine Rede sein, du bedienst die Stechuhr und kriegst auch jede Minute bezahlt (was von mehreren Kollegen als großer Vorteil bzw Anreiz gepriesen wurde - das ist es auch tatsächlich im Vergleich zu den Pauschallöhnen in den meisten Speditionen, wo Du immer um Deine Freizeit kämpfen mußt, außerdem sind viele ArbeiterInnen angesichts der lächerlichen Tariflöhne erst mal auf die Überstunden angewiesen).
Die Alternative: wenn vor der letzten oder vorletzten Tour abzusehen ist, daß du weitere Überstunden schiebst, machst du Schluß.
Das habe ich an zwei Tagen dann auch angekündigt und durchgezogen: Einmal habe ich mich geweigert, nach 8 Stunden den Wagen zu waschen, beim anderen Mal habe ich nach 9 Stunden (!) Feierabend gemacht.
Meine Ankündigung, daß ich keinen Bock auf Überstunden hätte, sprach sich sofort in der Zentrale (ca 30 Bäcker und VersandarbeiterInnen) rum. Es gab Diskussionen mit einigen Kollegen, die meinten, ich soll doch froh sein, daß ich Arbeit habe (später traf ich einen Fahrer, der es gerade bei der Sommerhitze nicht so schrecklkich fand, arbeitslos zu sein).
Die sechs anderen Fahrer, als meine unmittelbaren Kollegen, waren nicht dazu zu bewegen, Dienst nach Vorschrift zu machen, sprich: langsam fahren, ohne Streß arbeiten, pünktlicher Feierabend.

Klar spielt es gerade für Leute mit Kindern eine große Rolle, ob sie mit 3.000 oder 4.000 DM nach Hause kommen, aber mein Vorschlag, die Festeinstellung eines weiteren Fahrers zu fordern (was sicherlich die Überstunden und damit das Einkommen für alle bei gleichbleibender Arbeitsintensität senken würde, aber auch das hätten wir ja in der Hand gehabt), wurde teilweise mit dem Unternehmerargument der zu hohen Kosten gekontert. Dabei war allen klar, daß wir uns bei dieser Arbeit innerhalb von wenigen Jahren kaputtgemacht haben bzw vom Leben nicht mehr allzuviel haben würden. Allen war auch klar, daß es total gefährlich ist, ständig unter Streß mit möglichst hoher Geschwindkeit durch Wohngebiete zu fahren. Immerhin sorgte der Sieg des BVB in der Fußballmeisterschaft vorübergehend für gute Stimmung im Betrieb, aber an Aktionen war in diesem Klima schon gar nicht mehr zu denken.
Mein Vorschlag, daß wir genau das als Anweisung vom Unternehmer schriftlich fordern und ansonsten nach der Straßenverkehrsordnung fahren sollten, wurde als Witz aufgefaßt. Eigentlich schade, weil wir hätten uns nur zu siebt einig sein müssen.
Als Neuer hast du natürlich einen schweren Stand, aber solange mit solchen Vorschlägen zu warten, bis man nicht mehr der Neue ist, kann verdammt lange dauern und einen selber schon ziemlich einlullen.

Nach knapp zwei Wochen mußte ich leider einen Krankenschein nehmen, ich brauchte erst mal eine mehrtägige Pause, um meinen Rücken zu schonen.
Der Unternehmer ließ die Juniorchefin, seine Tochter, persönlich die Kündigung vorbeibringen, die merkwürdigerweise den Kündigungstermin erst auf vier Tage später datierte.
Zuerst taten sie dann so, als müßten sie für die Krankentage keine Lohnfortzahlung machen, aber eine sanfte Drohung mit dem Arbeitsgericht half schnell.
N.

In den Gemächern der Bourgeoisie

Vor etwa drei Wochen habe ich mich bei einem Hotel als Zimmerfrau beworben. Bei dem Vorstellungsgespräch stellte sich raus, daß mein Arbeitgeber eine Gebäudereinigung aus Mönchengladbach ist. Ich habe die Wahl zwischen einer Festanstellung und einem Nebenjob. Nebenjob bedeutet in Sachsen 470 DM monatlich, das ist zuwenig, ich brauche eine Festanstellung. "Bei uns zählt Schnelligkeit und Sauberkeit, deshalb zahlen wir Leistungslohn." Das heißt 3.25 DM pro Zimmer und 9.40 DM Stundenlohn für die Frühschicht einmal pro Woche, monatlich sollen das ungefähr 1200 DM brutto werden. Die Frühschicht

beginnt 5:30 und endet 7:30, die normale Arbeitszeit ist von 8:00 bis 13:00. "Es kann aber auch mal 18:00 Uhr werden, je nachdem wieviel Zimmer belegt sind." Wochenende und Feiertage werden mit freien Tagen ausgeglichen, zusätzlich gibt es zwei freie Tage pro Monat. Es gibt keine gemeinsame Pause, weil jede Frau so schnell wie möglich fertig werden will. Das klingt alles nicht so prima, aber ich brauche einen Job und sage zu.
Als ich zwei Wochen später im Hotel antanze, schickt mich die gleiche Person, mit der ich das Gespräch geführt hatte, wieder weg. Es seien zu wenig Zimmer belegt. Sie hätte keine Arbeit für mich, aber ich soll am nächsten Tag wiederkommen. Fängt ja gut an. Am nächsten Tag beginne ich zu arbeiten. Es sind knapp 20 Frauen hier beschäftigt, etwa die Hälfte scheinen neu eingestellt zu sein. Wir gehen gemeinsam in den Keller um die "Caddys" mit riesigen Wäschebergen und Kleinkram zu beladen. Dort werden auch die Einsatzpläne verteilt, auf denen wir später unterschreiben müssen, welche Frau welches Zimmer gereinigt hat. Ich werde zwei Frauen zugeteilt, um etwa zwölf Zimmer zu putzen. Eine der beiden ist schon länger dabei, die andere (Erika) arbeitet erst zehn Tage dort. Nachdem wir acht Räume sauber gemacht haben, entsteht eine Pause, weil die Gäste ihr Zimmer nicht verlassen. Ich gehe mit Erika in die Raucherinnenecke, dort sitzen noch andere Kolleginnen, die das gleiche Problem haben. Zwei haben gerade ihren Lohn ausbezahlt bekommen und sind sichtlich sauer. Sie haben etwas über 500 DM in ihrer Lohntüte. Ich erfahre, daß es den Stundenlohn nur in der Frühschicht gibt, dann werden keine Zimmer, sondern Sauna, Fitness- und Konferenzräume, Restaurant und Empfangshalle gereinigt. Wir bekommen nur die Zimmer bezahlt, im Moment verdienen wir gar nichts, jede Pause ist unbezahlt. Die "Neuen" sind schockiert, alle hatten es mißverstanden, wir waren von 9.40 DM pro Stunde plus 3.25 DM für jedes Zimmer ausgegangen. Die Stimmung kocht hoch, nach einer kurzen Pause sagt eine, "wir sollten streiken".
Um es gleich vorwegzunehmen, wir haben nicht gestreikt. Diese Idee kam allen doch etwas verwegen vor. Eine Frau, die schon seit April dort arbeitet erzählte, daß sie den Chefs schon mal Ärger gemacht haben, weil sie am Anfang noch weniger für die Zimmer zahlen wollten. Damals wären sie 20 Frauen gewesen, die 40 Zimmer sauber machen sollten, sie hatten sich regelrecht um die Zimmer prügeln müssen. Doch am Tag, an dem sie streiken wollten, hielten es einige nicht lange durch und gingen hoch zum arbeiten.
Erika und ich sitzen noch zwei Stunden rum bis wir erfahren, daß wir nach hause gehen können. Ich habe in vier Stunden 13 DM (brutto) verdient, beschließe aber die Stimmung auszunutzen, um vielleicht doch noch einen Streik zu provozieren.
Am nächsten Tag ist die Stimmung noch gereizter. Es gibt wenig Zimmer und die meisten davon sind "Bleiben" (bei "Abreisen" verlassen die Gäste meist früh das Zimmer, bei "Bleiben" entstehen oft lange Zwangspausen, weil die Gäste

sich Zeit lassen). Ich spreche öfter die Vorteile von Stundenlöhnen an, aber keine reagiert darauf.
Am folgenden Tag verteile ich heimlich Flugblätter. Als Zimmerfrau dürfen wir uns eigentlich nur auf den Personalgängen bewegen und auch nur in den Personalfahrstühlen fahren. Das hat mich bisher genervt und ich ging demonstrativ durch die Empfangshalle. Zum Verteilen der Flugblätter funtionierte das prächtig. Mir gelingt es durch das gesamte Hotel zu laufen, ohne, daß mich jemand sieht ... Auf den Flugblättern geht es darum, wieviel wir wirklich verdienen und um das Problem mit den Bleiben. Es schließt mit der Aufforderung, gemeinsam einen Stundenlohn plus 3.50 DM für jedes Zimmer (mit Strichliste) und eine täglich garantierte Arbeitszeit durchzusetzen. Ich warte den ganzen Tag ab, aber es passiert nichts, keine erwähnt etwas. Insgesamt hat sich die Stimmung wieder beruhigt, es ist viel zu tun. Keine kommt dazu, eine Pause zu machen. Als ich mit der Arbeit fertig bin, sind alle schon nach Hause gegangen. Der vierte Tag ist mein letzter. Ich reinige mit einer Kollegin sechs Zimmer und wir erledigen einen "Sonderauftrag": Grundreinigung (bedeutet aus sauberen Zimmern imaginären Schmutz wegsaugen). Ich bekomme meinen Höchstverdienst mit 27.62 DM in sechs (!) Stunden. Als ich den Arbeitsvertrag unterschreiben soll, der dem Ganzen noch die Krone aufsetzt (Arbeit auf Abruf, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den ersten sechs Tagen,...) verlasse ich diesen Ort.

Meine Kolleginnen

Alle Frauen sind aus der Gegend, es soll eine Frau aus Rußland dabei sein, aber sie habe ich nie gesehen. Das Alter der Frauen war von 17 bis Ende 40 (geschätzt), fast alle haben Kinder und leben mit ihrem Ehemann oder Freund zusammen. Da ich jeden Tag mit anderen Frauen zusammenarbeitete, hatte ich die Gelegenheit mit etwa einem Drittel der Arbeiterinnen zu reden. Auf die Frage warum sie dort arbeiten, haben alle die gleiche Antworten gegeben, sie bekommen kein Geld vom Arbeits- oder Sozialamt, weil ihre Ehemänner zu viel verdienen. Es ist schwierig einen Job zu finden, aber sie sind weg, sobald sie eine andere Stelle gefunden haben. Alle, die ich danach gefragt habe, hatten eine Ausbildung als Kellnerin, Verkäuferin oder als Hauswirtschafterin. Ich hatte den Job aus einer Anzeige in der Bild-Zeitung, die Kellnerin hat ihn vom Arbeitsamt vermittelt bekommen.
Die Arbeit der Zimmerfrau wird von den Gästen nicht wahrgenommen. Für sie ist es etwas natürliches, daß das Zimmer sauber ist, wenn sie ins Zimmer kommen. Auffällig werden wir nur, wenn wir Regeln überschreiten, z.B. wenn wir den Gästefahrstuhl benutzen, anstatt den für uns vorgesehenen Personalaufzug. Eine Kollegin hatte deswegen einen Anschiß bekommen. Nachdem wir die Zimmer gereinigt hatten, wurde alles von einer "Checkerin" der Gebäudereinigungsfirma kontrolliert, die wiederum von der "Hausdame" des Hotels überprüft wurde. Ich mußte einmal nachputzen, konnte es aber nicht einsehen und im übrigen

auch die Putzstreifen nicht finden, also habe ich nichts gemacht. Die Checkerin hat dann nichts mehr von sich hören lassen.
Meistens arbeiteten zwei Frauen auf einem Gang. Die Stimmung untereinander war solidarisch. Unbeliebt waren die, die nach hause gingen, bevor die Arbeit gemacht war. Es gab ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch, viele Zimmer zu schaffen und dem, früh nach hause zu gehen. Gelöst wurde das, indem die Zimmer möglichst "gerecht" aufgeteilt wurden (also z.B. eine Abreise gegen zwei Bleiben), das haben die Frauen untereinander ausgemacht. Es soll mal eine gegeben haben, die 900 DM im Monat verdient hat. Sie muß jeden Tag Frühschicht gemacht und 15 Zimmer geschafft haben, was eine tägliche Arbeitszeit von etwa 10 Stunden bedeutet. Sie war wohl auch nicht sehr beliebt, auf jeden Fall kein Vorbild.

Also doch Teilzeit

Ich habe im Schnitt fünf Stunden pro Tag gearbeitet und durchschnittlich 4.30 DM verdient. Bei einer Sechs-Tage-Woche mit zwei freien Tagen durch das Wochenende und zwei zusätzlichen freien Tagen wären das 470 DM (so ein Zufall) monatlich. Der Unterschied zur "geringfügigen Beschäftigung" ist dann nur noch die Versicherungspflicht. Laut Leipziger Volkszeitung vom 15./16. Juli gibt es für Frauen nicht genügend Teilzeit-Job Angebote. Obwohl der Anteil der ostdeutschen Frauen an der Teilzeitarbeit im Gesamtdurchschnitt nur die Hälfte des der westdeutschen Frauen (Männer Ost: 2%) beträgt, ist die Quote bei den Frauen zwischen 16 und 30 Jahren fast doppelt so hoch (Ost: 26,6%, West: 13,5%). Im Durchschnitt sind Frauen aus dem Osten besser qualifiziert, als die im Westen. "Hier liegt also eine Arbeitskräftereserve, deren Nutzung im Interesse der deutschen Wirtschaft dringend erwünscht ist." Diese Zahlen deuten zusammen mit dem, was mir die Frauen erzählt haben, eher auf eine Weigerung der Frauen, Teilzeitarbeit zu machen. Eine erzählte, daß von zehn Frauen, die vor ihr im Bewerbungsgespräch waren, keine den Job angenommen hat.

Interview mit einer Hamburger Lehrerin zur vollen Halbtagsgrundschule

Der Hamburger Senat hat Pläne veröffentlicht, von denen wir aus der Presse erfahren haben, daß die volle Halbtagsgrundschule in Hamburg eingeführt werden soll. Das bedeutet: stufenweise soll verwirklicht werden, daß die Kinder in Zukunft von 8 bis 13 Uhr verbindlich in der Schule sein sollen. Bis jetzt haben die Kinder unterschiedliche Stundenpläne: die ersten Klassen z.B. haben 19 Wochenstunden, die vierten Klassen 23 Stunden. Das soll jetzt für alle verbindlich auf 27 Wochenstunden angehoben werden. Das Ganze ist eine Reform zum Nulltarif. Sie soll finanziert werden durch Umschichtung aus anderen Bereichen, z.T. wird sie finanziert durch die 1 Stunde Mehrarbeit, die wir leisten sollen. Zweitens ist ein erheblicher Teil Umschichtung aus anderen Schulen, daß z.B. Gymnasiallehrer an der Grundschule unterrichten sollen und auch aus dem Hort. In der Zeit, in der die Kinder alle in der Schule sind, sollen die Horte für Grundschulkinder geschlossen werden. Das bedeutet für die Hort-Erzieher, daß sie z. B. zwangsweise auf Teilzeit gehen sollen, es sei denn sie erklären sich bereit, in der freiwerdenden Zeit morgens Kleinkindergruppen aufzunehmen, also die 3-6-jährigen. Das ist meiner Meinung nach auch der eigentliche Sinn der Reform zum Nulltarif. Eine Sparmaßnahme, um diesen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu gewährleisten. Es sollen Plätze einfach freigeschaufelt werden.

?Was bedeutet das jetzt konkret für die Lehrer?

Wir sind sowieso schon der Auffassung, daß die Sparmaßnahmen in der letzten Zeit unsere Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert haben, als auch die Lernbedingungen der Kinder. Wir haben zu wenig Geld für die Kinder, die Ausstattung ist schlecht, und die Klassen werden immer größer. Die Orientierungsfrequenz in Hamburg hat sich in den letzten Jahren soweit erhöht, daß sie jetzt bei 26 plus 10% liegt, d.h. daß bis zu 29, 30 Kinder in einer Klasse sein können.
An vielen Grundschulen wie gerade in einem Stadtteil wie Altona, wo vorwiegend sehr engagierte Lehrer arbeiten, versuchen diese, Reformpädagogik in das staatliche Schulwesen reinzubringen. Die Praxis ist die, daß viele Kollegen sehr viel Geld selbst reinbuttern und sehr viel Zeit brauchen und einsetzen, um dieses schlechte Schulsystem und diese Bedingungen einigermaßen für sich selbst und auch für die Kinder erträglich zu machen. Das sieht bei mir so aus, daß ich sogar sehr viele Bücher selbst kaufe und selbst bezahle: Bücher, die die Kinder gerne lesen möchten, Tierbücher, weil ich meine Arbeitsbedingungen auch erleichtere, wenn genug Material in der Klasse ist. Ganz zu schweigen von den

ganzen Bemühungen, offenen Unterricht zu machen und auf die Lebensbedingungen der Kinder einzugehen. Mit dieser Reform wird sehr viel zunichte gemacht. Das heißt, die Möglichkeit die Kinder in kleinen Gruppen zu fördern. Die Teilungsstunden, die wir haben - daß zwei Kollegen zusammen in einer Klasse sind, entweder in einem Raum oder die Klasse in zwei verschiedenen Räumen - werden nicht entsprechend angehoben, sondern es wird einfach nur die Zeit, die die Kinder anwesend sind, so ausgedehnt, daß alle zusammen in einem Klassenraum sein sollen. Viele Schulen haben überhaupt keine entsprechenden Gruppenräume und keine Möglichkeiten, die Kinder auch mal in Kleingruppen unterrichten, mit ihnen spielen oder sie fördern zu können. Es gibt im Moment 20 Präventionslehrer in Hamburger Grundschulen, Sonderpädagogen, die für schwierige Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten da sind. Diese Stellen sollen jetzt eingehen in den normalen Unterricht und nicht mehr als Sonderstunden zur Verfügung stehen. Es werden bestimmte Förderstunden gestrichen. An allen Schulen bedeutet das - wobei sich das in den Problemgebieten noch härter auswirkt, da wir im Moment noch mehr Sonderzuweisung an Stunden haben - daß in kleinen Klassen immer mehr Kinder zusammengepfercht werden. Dazu kommt, daß die Behörde dies den Eltern und der Öffentlichkeit gegenüber als eine verläßliche Grundschule verkauft, d.h. das Modell soll angeblich gewährleisten, daß Eltern und alleinerziehende Mütter zwischen 8 und 13 Uhr berufstätig sein können, weil die Kinder verbindlich versorgt werden. Hier sind viel zu wenig Vertretungsstellen vorgesehen, von wegen Verbindlichkeit, so daß wir Unterricht ausfallen lassen müssen, es geht nicht anders. Die Kinder sollen dann nicht nach Hause geschickt werden, oder wenn die Eltern zu Hause sind in Absprache mit ihnen. Für uns ist aber dann das Problem, daß die Hortkinder nicht wie bisher in den Hort geschickt werden können. Und das wirkt sich natürlich auch wieder gerade in einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich aus. In Stadtteilen wie Altona, wo sehr viele Kinder tagsüber in Horten untergebracht sind, verschlechtern sich für sie die Bedingungen natürlich besonders.
Nochmal zu dem Punkt, woraus das finanziert wird. Wir sollen jetzt ab Sommer 95 alle eine Stunde länger arbeiten. Die Behörde behauptet, wenn wir statt 27 Unterrichtsstunden, 28 geben, wäre das keine Arbeitszeitverlängerung, weil wir diese eine Stunde Mehrarbeit, Unterrichtsarbeit, aus unserer Vorbereitungszeit nehmen könnten. Sie läßt natürlich offen, was wir dann nicht mehr machen sollen. Und es wird suggeriert, daß wir in der restlichen Zeit sowieso nur auf der faulen Haut liegen. In Wirklichkeit ist dieses Modell der 28. Stunde meiner Meinung nach ein Gehaltskürzungsmodell. Besonders an den Grundschulen gibt es kaum KollegInnen, die Vollzeit arbeiten, weil es ziemlicher Wahnsinn ist 27 Stunden voll zu unterrichten und das Geld auch ausreicht, wenn man etwas weniger arbeitet. Das ist ja bei LehrerInnen bekanntlich so. KollegInnen von mir, die 22 Stunden arbeiten, sind so ausgelastet, als ob sie nen vollen Job hätten. Für die bedeutet diese Stunde Mehrarbeit keine Mehrarbeit, sondern eine an-

teilige Gehaltskürzung. Sie müssen jetzt nicht statt 22 in Zukunft 23 Stunden arbeiten, sondern ihnen wird einfach eine Stunde weniger bezahlt.
Der Protest der Lehrer richtet sich natürlich gegen die eine Stunde Mehrarbeit bzw. die Gehaltskürzung. Ich denke aber, daß das nicht so eine große Bedeutung hat. Viele KollegInnen sagen: ich würde gerne eine Stunde mehr arbeiten und nehme auch in Kauf, etwas weniger zu verdienen, wenn ich dafür an der Schule andere Arbeitsbedingungen hätte. Das heißt im wesentlichen: kleinere Klassen. Wenn ich statt 28 Kinder 20 Kinder in der Klasse hätte, was eine alte Forderung der Reformpädagogik ist, dann würde das meine Arbeitsbedingungen und auch die Lernbedingungen der Kinder so erleichtern, daß ich dann sogar eine Stunde länger arbeiten würde. Das macht wahrscheinlich auch die Wucht des Protestes jetzt aus, der sich an den Grundschulen immer mehr ausbreitet. Von Woche zu Woche begreifen das die KollegInnen einfach immer besser, was das für sie bedeutet, wenn jetzt nach den Sommerferien stufenweise schon die Einführung stattfindet und Zweitklässler statt bisher 19 jetzt 23 Stunden unterrichtet werden sollen. Es begreifen immer mehr, daß das nicht durchführbar ist und nicht geht.

? Wie ist das denn losgegangen mit der Initiative?

Wir haben von diesen Reformplänen aus der Presse erfahren. Einzelne Kollegien haben dann empörte Briefe an die Behörde geschrieben. Dann gab es die Idee, nicht mehr vereinzelt zu protestieren, sondern sich zusammenzusetzen. Es sind auf den ersten Treffen ständig mehr Kollegen aus den Schulen gekommen. Das ist im Süden Hamburgs ähnlich. Da hat sich auch eine Initiative gegründet. Wir haben auch gesagt, wir arbeiten erstmal nur in Altona, weil wir mehr nicht leisten können und wir unterstützen alle anderen, in ihren Stadtteilen auch so zu arbeiten.
Das interessante an dieser Initiative ist: wir haben das extra nicht als gewerkschaftliche Initiative gegründet, sondern alle Kollegien eingeladen und das - denke ich - macht auch mit die Breite aus und die Kraft, die wir entwickeln können, denn es sind ganz normale KollegInnen dabei, CDU-KollegInnen, auch bewußt nicht in der Gewerkschaft arbeitende, auch konservative KollegInnen. Das ist im Moment für uns kein Problem, weil man sich sehr gut ergänzt, sich auch aufeinander beziehen kann und es da im Moment keine Spaltung gibt. Ich denke, daß eine Spaltung zukünftig angelegt sein wird, weil die CDU sehr auf Freiwilligkeit dieser ausgedehnten Schulzeit drängt, also auf dem Standpunkt steht, daß nicht in das Recht der Familie eingegriffen werden darf, ihre Kinder zu betreuen, und daß die Schule sich auf Unterricht beschränken soll. Von daher fordern sie Freiwilligkeit und wir sagen: wir haben nichts gegen diese Freiwilligkeit, solange die Schulen so sind, wie sie sind und sie sind wirklich nicht so, daß man Eltern guten Gewissens empfehlen kann, ihre Kinder in diese Schulen

zu schicken, auch wenn sich die Lehrer Mühe geben, es den Kindern dort gut zu machen. Solange die Schulen nicht ausreichende Spiel- und Betreuungsangebote haben, Spielräume und große Schulhöfe und Pausenhallen und Büchereien, solange können wir die Eltern verstehen, wenn sie so einen Standpunkt haben. Die Spaltung wird da auftreten, wo wir sagen: wir wollen das Geld aus den Horten nicht, wir wollen nicht, daß die Horte geschlossen werden. Ob die CDU für diesen Standpunkt zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Wir fordern sowieso, daß das alles erstmal in Modellversuchen erprobt wird und erstmal nur in den Stadtteilen, wo die KollegInnen und die Eltern das wollen.

? Wie ist denn die Rolle der Gewerkschaft? Waren es gewerkschaftlich organisierte Lehrer, die diese Initiative gegründet haben oder war das völlig außerhalb der Gewerkschaft und wie hat die Gewerkschaft darauf reagiert?

Die meisten Aktiven sind aus der Gewerkschaft. Wir sind aber keine Gewerkschaftsfunktionäre, sondern eher Basismitglieder bzw. einige von uns, die schon lange Lehrer sind, haben früher Funktionen in der Gewerkschaft gehabt.
Die Gewerkschaft war sehr erstaunt darüber, als wir unsere Pressekonferenz machen wollten, sie davon in Kenntnis gesetzt und sie als Gast eingeladen haben. Die konnten das gar nicht fassen, daß sie diese Pressekonferenz nicht ausrichten. Die GEW ist dann auch nicht erschienen.
Die ersten Stellungnahmen der Gewerkschaft waren so, wie es sich für die GEW gehört: sie begrüßt die Reform der Behörde grundsätzlich, läßt dann aber verlautbaren, daß bestimmte Nachbesserungen sein müssen: Ein paar mehr Stellen, nicht zum Nulltarif, aber grundsätzlich wurde dies begrüßt. Wir haben uns auf den ersten Gewerkschaftsversammlungen gegen diese Position gewehrt und haben dargelegt, daß Frau Raab, die Senatorin, gesagt hat: also entweder es gibt diese Reform oder keine und sie gibt es nur zum Nulltarif und solange die Senatorin das sagt, werden wir das nicht begrüßen, weil das für uns keine Reform ist, sondern nur eine Verschlechterung bedeutet und Reform vom Begriff her bedeutet, daß es schon eine Verbesserung sein muß. Der Hintergrund sind diese Sparmaßnahmen und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Das ist sehr schwierig in der Gewerkschaft gewesen, unsern Standpunkt durchzusetzen. Jetzt hat sich die GEW in den öffentlichen Stellungnahmen unsern Positionen angeglichen, d.h. sie reden nicht mehr von Reform. Innerhalb der GEW sind aber nur diejenigen Stimmen, die hinter der Reform stehen, zum Schweigen gebracht worden, die äußern sich im Moment nicht. Es gibt auch Schulleiter in der GEW, SPDler, die das durchaus als Prestigeprojekt sehen: die volle Halbtagsschule als die pädagogische Reform überhaupt. Sie meinen, sie könnten ihre Schule aufwerten, wenn sie dieses Projekt durchsetzen. Die Auseinandersetzungen in der GEW sind deshalb sehr zäh, denn man kommt eigentlich nie zur Beratung darüber, wie man sich dagegen wehrt, sondern es wird auf allen Sitzun-

gen sehr viel darüber geredet, ob man dafür oder dagegen ist, so daß eigentlich nur in diesen Stadtteilinitiativen die Arbeit gemacht wird gegen die volle Halbtagsschule, d.h. sowohl die Öffentlichkeitsarbeit als auch die Vernetzung, die hier stattfindet. Die einzelnen Initiativen informieren sich darüber, was sie gerade machen.

? D.h., ihr habt nicht erst probiert, euren Standpunkt innerhalb der GEW durchzusetzen, sondern habt gesagt: wir fangen sofort an mit organisieren?

Wir haben sofort mit dem Organisieren angefangen, haben dann gleichzeitig bei den entsprechenden GEW-Versammlungen unsere Position eingebracht.

? Wie war die Reaktion der Eltern, denn grundsätzlich hört sich das ziemlich gut an: volle Halbtagsschule, garantierte Betreuung? Auf den ersten Blick ist das für Eltern eine ziemlich gute Sache.

Die Eltern, die tatsächlich auf die Betreuung der Kinder angewiesen sind, haben zuerst so reagiert: das ist doch toll! Das sind die Eltern, die, wenn sie darüber informiert werden, wie sich das an den Schulen konkret umsetzt, dann sagen: das wollen wir aber nicht für unsere Kinder. Andere Eltern sagen: wir haben uns darauf eingerichtet, daß einer zuhause bleibt, um das Kind während der Schulzeit zu betreuen und wir sehen nicht ein, daß wir nicht mit unserem Kind in Ruhe morgens um 8 Uhr frühstücken können und warum wir es bei Regen und Schnee auf Teufel-komm-raus um 8 Uhr in die Schule schicken sollen. Das sind die Standpunkte von normalen Eltern. Die Position von etwas bessergestellten Eltern, die sich dann explizit auf eine reaktionäre Position berufen ist: das ist ein direkter Eingriff in die Familie von Seiten des Staates.

Die Elternvereine in Hamburg sind entsprechend gespalten. Der Elternbund, der CDU-nahe Verein, protestiert gegen diese Reform und beruft sich auf diese Freiwilligkeit, während der Elternverein Hamburg, der SPD-nahe Verein, diese Reform ausdrücklich begrüßt. In den Elternräten setzt diese Diskussion jetzt erst ein und da kommen jetzt auch immer mehr Stimmen gegen diese Reform.

Ich hab mich immer gefragt, was jetzt diese Wucht ausmacht, warum gerade Grundschullehrerinnen, die sonst ja eher als sehr brav gelten und nicht in vorderster Front kämpfen, jetzt so wütend und aufgebracht und empört sind und sich organisieren. Bei Lehrern ist das ja immer ambivalent: die kämpfen ja eigentlich nicht für ihre Arbeitsbedingungen, sondern das ist immer bildungspolitisch verbrämt. D.h. es geht immer darum, daß man für eine bessere Bildungspolitik sein muß, weil es zum Wohle der Kinder ist. Ich denke, daß in diesem Fall eben beides zusammenkommt: die eigenen Arbeitsbedingungen werden im Moment so massiv angegriffen durch diese Bildungsreform, daß alle darüber wütend sind. Diese Ambivalenz bleibt aber trotzdem in der Argumentation da.

Es ist nicht so, daß man jetzt sagen kann, das ist ein Kampf von Lehrerinnen für ihre Arbeitsbedingungen, sondern es ist beides. Aber ich denke, die Arbeitsbedingungen sind schon sehr weit in den Vordergrund gerückt.

? Du meinst, daß sie jetzt anfangen, nicht mehr nur mit Bildungspolitik und dem Wohl der Kinder zu argumentieren, sondern auch offensiv ihre eigenen Interessen thematisieren?

Ich finde, es ist immer noch ambivalent. Man kann es nicht so eindeutig sagen, aber in diesem Falle ist es tatsächlich durch diese Behördenmaßnahme so deutlich verknüpft, daß wirklich keiner mehr daran vorbeikommt, zu sagen: es sind meine Arbeitsbedingungen, die jetzt massiv verschlechtert werden sollen. Das hängt auch mit dieser Ausweitung der Klassenfrequenz zusammen.
Wenn Lehrer zusammensitzen und sagen, man müßte mal was unternehmen gegen diese Arbeitsbedingungern, dann ist das nächste Bedenken: aber die Öffentlichkeit, die halten uns doch sowieso für faul und wir dürfen doch gar nicht aufmucken, weil uns nimmt doch sowieso keiner ernst. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß sie alle wissen, daß sie eine relativ privilegierte Stellung haben, was das Gehalt angeht, was Unkündbarkeit angeht und in dem Moment, wo sich rundherum die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern und alle Freunde und Bekannte haben, die arbeitslos sind, sagen: ich darf mich nicht wehren, weil eigentlich geht es mir ja gar nicht so schlecht. Das ist auch eine Argumentation, die im letzten Jahr in der GEW eine Rolle gespielt hat, als es darauf ankam, sich zu entscheiden: wollen wir jetzt kämpfen? Das interessante ist, daß es jetzt an der Grundschule aufgebrochen ist. Da spielt das keine Rolle mehr, sondern die sagen einfach: es reicht jetzt.
Die Stimmung in der Initiative im Moment ist so, daß es Spaß bringt; das muß man einfach so sagen. Wir sind alle ziemlich davon begeistert, daß wir uns kennenlernen. Wir arbeiten an benachbarten Schulen und stellen jetzt plötzlich fest, daß es an allen Schulen kämpferische, nette, aufgeschlossene KollegInnen gibt und ich hoffe, daß auch eine weitere Zusammenarbeit stattfinden kann, falls die Initiative zu dem Thema nicht mehr benötigt wird. Wir haben angefangen, spontan diese Pressekonferenz zu machen und ich denke, das war in Hamburg auch ein Umkippen in der Berichterstattung. Es waren von den Hamburger Zeitungen alle da. Die haben auch alle gut darüber berichtet und es war das erste Mal, daß in der Presse wirklich - abgesehen von direkten Stellungnahmen der CDU - kritische Stellungnahmen zu dieser Reform veröffentlicht wurden. Das hat schon was in Gang gesetzt. Im Moment sind wir damit beschäftigt, auf alle Sitzungen zu laufen, auf Anhörungen der Bürgerschaft, auf Veranstaltungen von Elternvereinen und dort zu reden. Wir haben Kontakte zu Elternräten geknüpft, gemeinsame Sitzungen gemacht.

? Habt ihr als Lehrer schon überlegt, was ihr macht, wenn das eingeführt werden soll, wie ihr euch dann in der Schule konkret verhaltet?

Ich weiß, daß an vielen Schulen jetzt darüber beraten wird. Da gibt es aber noch keinen Zusammenschluß und keine Vereinheitlichung, wie jetzt mit der Stundenausweitung für die ersten Klassen im Herbst umgegangen werden soll. Da sollen die Kinder schon 23 Stunden in der Schule sein. Das bedeutet, daß sie an drei Tagen fünf Stunden in der Schule sind und an zwei Tagen vier Stunden. Wir haben an unserer Schule schon gesagt, das wir das nicht durchführen werden, sondern daß wir weiterhin an einem Modell mit vielen Teilungsstunden und Halbgruppenstunden festhalten. Das bedeutet aber, daß die Kinder nicht auf die volle Stundenzahl kommen, die ihnen zusteht, daß sie dann nicht 23 Stunden haben, und wenn wir das nicht mehr als "graue Maßnahme" machen, wie das bisher gelaufen ist, sondern das der Behörde gegenüber offensiv vertreten: was dann passiert, das hängt jetzt davon ab, inwieweit andere Schulen das auch machen, ob die Behörde das toleriert oder ob sie Anweisung kriegen, das durchzuführen. Das muß man dann sehen, wie das läuft. Das ist natürlich von Schule zu Schule unterschiedlich. Wenn die Schulleitung auf Seiten der Behörde steht, werden die Kollegen das schwer haben. Wenn die Schulleitung auf unserer Seite steht, wird die Behörde das hoffentlich schwer haben. Die Zusammenarbeit mit den Eltern wird dann sehr wichtig.

WAS ! RAZZIA ?